

DÜSSELDORFER DEBATE

Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

12/85

Dezember



Der Alptraum, daß die Alternative Sozialismus oder Barbarei
abgelöst wird durch die Alternative Untergang oder Barbarei.
Das Ende der Menschheit als Preis für das Überleben des Planeten.

Eine negative Friedensutopie.

Ich hätte gern, daß auch davon gesprochen wird.

(Heiner Müller)



Redaktion:

Michael Ben, Peter Maiwald, Thomas Neumann
Karl Anton Straße 16, 4000 Düsseldorf 1, 02 11/3 61 33 60

Thorsten **Becker**, geb. 1958; Schauspieler, Schriftsteller in Westberlin; Die Bürgschaft, Erzählung, Zürich (Amman) 1985.

Wilfried von **Bredow**, Dr. phil., geb. 1944; Prof. für Politikwissenschaft in Marburg; u. a.: Moderner Militarismus, Stuttgart (Kohlhammer) 1983; Deutschland – ein Provisorium?, Berlin (Siedler) 1985.

Peter **Brokmeier-Lohfing**, Dr. phil., geb. 1935; Prof. für Politikwissenschaft in Hannover; Aufsätze und Beiträge zur Geschichte der politischen Philosophie, Sozialismustheorie.

Heinz D. **Dombrowski**, Dr. rer. nat., geb. 1936; Prof. für Mathematik in Bremen; Warenform – Denkform, (Hrsg.) 1978.

Georg **Fülberth**, Dr. phil., geb. 1936; Prof. für Politikwissenschaft in Marburg; u. a.: Die Beziehungen zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik der Weimarer Periode 1918/19–1933, Köln (Pahl-Rugenstein) 1985.

Jürgen **Habermas**, Dr. phil., geb. 1929; Prof. für Philosophie und Soziologie in Frankfurt; u. a.: Theorie des kommunikativen Handelns, 1981; Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt (Suhrkamp) 1985.

Mechtild **Jansen**, geb. 1952; Publizistin; zuletzt: Frauenbewegung, Strömungen, Strategien, in: Emanzipation in der Krise?, hrsg. vom IMSF, Frankfurt, 1985.

Uwe **Koch**, geb. 1954; Korrektor in Hamburg; (mit Georg Heinzen:) Heimat-Stadt, 1982; Von der Nutzlosigkeit erwachsen zu werden (Rowohlt) 1985.

Helmut **Ridder**, Dr. jur., Dr. h. c., geb. 1919; Prof. für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik in Gießen; u. a.: Beiträge im Alternativ-Kommentar zum Grundgesetz, 1984.

Karl Hermann **Tjaden**, Dr. phil., geb. 1935; Prof. für Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie in Kassel; u. a.: Geschichte als gesetzmäßige Entwicklung? in Hahn/Sandkühler (Hrsg.), Gesellschaftliche Bewegung und Naturprozesse, Köln 1981; Gesellschaftliche Produktivkraft und ökonomische Gesellschaftsformation, in Dialektik 9, Köln, 1984.

Frank **Unger**, Dr. phil., geb. 1945; wiss. Mitarbeiter am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikaforschung der FU-Berlin; zuletzt: Politische Ökonomie und Subjekt der Geschichte, Frankfurt, 1985.

ISSN 0176-7232

DÜSSELDORFER DEBATTE

Herausgeber: Michael Ben, Peter Maiwald
Redaktion: Michael Ben, Peter Maiwald, Thomas Neumann
Karl-Anton-Straße 16, 4000 Düsseldorf 1, 0211/3613360

Erscheinungsweise: monatlich (außer Juli/Aug.)
Abo-Heftpreis 12,- DM (einzeln 15,- DM) + Versandkosten
Kündigung mit Dreimonatsfrist zum Ende des jeweiligen Abonnement-Jahres.

Copyright©:
Verlag: GbR Peter Maiwald, Michael von Bentivegni
Konto 31046-209 Postgiroamt Hamburg (BLZ 20010020)

Gestaltung: Kurt Weidemann
Satz: Konkret, Hamburg; Druck: Plitt, Oberhausen;
Vertrieb: inter-abo, Postfach 1449, 2054 Geesthacht
Anzeigenpreisliste 1/84

Editorial	2
-----------------	---

Wilfried von Bredow Ost-West-Konflikt und antagonistische Kooperation	3
--	---

Frank Unger Rationalität von Genf	11
--	----

Georg Fülberth Adenauers Teegespräche 1950-1954	15
--	----

Peter Brokmeier-Lohfing Die Metamorphosen der Politik und Saint-Simons Frage	19
---	----

Thomas Neumann Minister Fischer — Zeitschriftenschau	25
---	----

Heinz D. Dombrowski Mathematisierung von Gesellschaft, Natur und Mathematik	30
--	----

Mechtild Jansen Die quotierte Frau — Keine Frauenpolitik ohne Feminismus	39
---	----

Thorsten Becker Einige umständliche Überlegungen zu Heiner Müllers VERKOMMENES UFER MEDEAMATERIAL LANDSCHAFT MIT ARGONAUTEN	45
--	----

Jürgen Habermas Wolfgang Abendroth in der Bundesrepublik	54
---	----

Karl Hermann Tjaden Die Bedeutung der 'Wissenschaft von der Politik' Wolfgang Abendroths	59
--	----

Helmut Ridder Der Jurist Wolfgang Abendroth	67
--	----

HARAKIRI	74
----------------	----

Uwe Koch Gehuckelt hat es	75
------------------------------------	----

Um zu sehen, daß das, was man denkt, nicht das ist, was man denken will, muß man es aufschreiben (Martin Walser). So geschehen nach den Pressekonferenzen und in den Communiqués von Genf zur Belehrung der Romantiker beider Seiten. Nun begrüßt das auch die DEBATTE zutiefst und entschieden vor allem dort, wo Genf wieder *politisches* Interesse stimuliert gegen den starren Blick des Kaninchens auf die Schlange, die ausblendende Weitsicht vieler Friedensfreunde auf den Weltuntergang. Man hat sich jetzt in der kleinen fetten Schweiz das für die Zukunft hoffentlich zu vereinbarenden und das hoffentlich Unvereinbare in ordentlich entmystifizierter Gegnerschaft erklärt. Anstelle des Rüstungswahnsinns, des Bösen schlechthin und sonstiger letzter Dinge könnte eigentlich die Klassenfrage wieder in die Gesichtskreise — zumindest der »objektiv« Interessierten — treten als das, was die Gattungsfrage erst gestellt hat und immer noch im Innersten zusammenhält.

Den momentan ermüdeten Hysterikern ist Wilfried von Bredows Aufsatz nicht gerade gewidmet. Ob seine Unparteilichkeit Rollenprosa oder Unbewegtheit ist, die in Betrachtung der Bewegung analytisch nur bis zu einem, wenn auch noch so weiten, persönlichen Horizont reichen kann, die eben bloß ein Standpunkt ist, das mag die weitere Debatte klären. Belebende Ernüchterung wird auf jeden Fall dem geboten, der sich mit ihm zwischen alle Stühle stellt — ein Platz, der bekanntlich nicht in der Mitte liegt. So steht v. Bredow implizit gegen die Umfunktionierung seines Koexistenz-Begriffs »antagonistische Kooperation« für Zwecke des inneren Friedens durch Peter Glotz.

Peter Brokmeier-Lohfing führt unsere Bemühungen weiter, unseresgleichen mit den von Marxisten angeblich längst gelösten Fragen in Verlegenheit zu bringen, hier mit Saint Simons Frage. Mechthild Jansen und Thorsten Becker haben trotz des denkbar größten Unterschieds in Geschlecht, Thema und Bearbeitung eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit: sie zeigen zwei Seiten des gleichen Problems, sie zeigen es älter, tiefer und zäher, als nach den beruhigenden Taktiken der zuständigen Bewegungsververtretungen erlaubt sein dürfte.

Am 12. November hat das Marburger Institut für Politikwissenschaft (Fachbereich Gesellschaftswissenschaft und Philosophie) Wolfgang Abendroth durch eine Gedenkveranstaltung geehrt. Seine Professorenkollegen Habermas, Tjaden und Ridder stellen der DEBATTE ihre Vorträge zur Verfügung. Knapper ist das, was wir als Politik zu verstehen gelernt haben, in Heiner Müllers Satz auf der Titelseite dieser Nummer gefaßt — der letzten des 2. Jahrgangs. Um zwischen so vielen Umschlagdeckeln auch Detailliertes zu bieten, waren einige Freunde nötig, die nötig bleiben. Das ist zum Dank gesagt, aber auch, um in aller Platitude hinzuweisen auf die Selbstanzeige »Geschenkabo« in diesem Heft. Wir stehen sozusagen auf einem halben Bein, was schmerzhaft ist, wie man sich denken kann, und nicht mal von Dauer ohne ihre finanzielle Unterstützung.

Der Augenblick wollte aber nicht verweilen.

Trotzki

Wilfried von Bredow

Ost-West-Konflikt und antagonistische Kooperation

1. Zur Betrachtungsweise

Frieden ist nur scheinbar eine unstrittige Sache. Durch das Engagement für den Frieden hat man nicht schon den Begriff der Sache, für die man sich engagiert. Richtig. Den Begriff der Sache haben, der alle empirischen Vorgänge, Rückschläge, Verwicklungen, Mißverständnisse und schrecklichen Irrtümer auffängt, entwirrt und klärt, das ist ohnehin ein Ansinnen an sich selbst und andere, das jedermann überfordert. Ich möchte auch warnen vor jenem gedoppelten Optimismus, der erstens Politik nicht nur restlos analysieren zu können vorgibt und zweitens die wissenschaftlich unanfechtbare Erkenntnis stracks in die Handlungswirklichkeit transferiert. Etwa so: »Wenn man die im Frieden liegenden Ursachen des Krieges kennt, dann kann man den Frieden so umbauen, daß der Krieg vermeidbar wird.« Dies, leider, ist völlig falsch. Mein Bezugsautor weiß das auch, denn er fügt gleich eine Reihe von Vorbedingungen hinzu, die erst erfüllt sein müssen, bevor es soweit ist (1). Die inoffizielle Soziologie nennt diese — sehr weit verbreitete — Haltung das »antizipierte ex-post-Syndrom« (sorry, auch die inoffiziellen Soziologen lieben ihren Jargon). Ins leichter Verständliche übertragen: Erst muß sich alles geändert haben, dann kann sich alles ändern.

Soziologische und politikwissenschaftliche Analyse, sofern sie wirklich dies sein will und nicht z.B. politische Bildung oder moralische Aufrüstung oder ein Antrag auf Drittmittel, muß sich zweckmäßigerweise durch eine gewisse Distanz zum Gegenstand auszeichnen, auch übrigens zu eigenen Präferenzen und Philosophien. Parteilichkeit bei der Analyse ist fast schon die Garantie für Borniertheit, aus welchen edlen Motiven heraus, spielt keine Rolle. Analyse der internationalen Beziehungen der Gegenwart ist immer noch ein relativ krudes Geschäft; man handelt mit Informationen und Akteuren, für deren Stellenwert und Gewicht nur grobe Beurteilungskriterien bereitstehen. Jede Theorie der Internationalen Beziehungen, die sich ihres vorläufigen Charakters nicht bewußt ist, lügt sich etwas vor. Im übrigen gilt auch in den Sozialwissenschaften: je präziser die Beschreibung, desto größer die Chance zu vertiefter Analyse.

Die folgenden Überlegungen bleiben fast vollständig auf der Ebene von Beschreibung. Es wird in Form einer Skizze die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen beschrieben. Der Mehrzahl der dabei verwendeten Begriffe ist die analytische Qualität im Lauf der Jahre und der Auseinandersetzungen abhanden gekommen, so wie Bleistiftspitzen beim Schreiben platter werden. Analytisch angespitzt, um im Bild zu bleiben, wird die Beschreibung durch die Verwendung des Begriffs oder Konzepts der »antagonistischen

Kooperation«. Während alle anderen Aussagen zur politischen Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses in der Hauptsache auf schlichter Beobachtung beruhen (einen Rest theoretischen Gewürzes tut ohnehin jeder dazu), sind die sich auf die »antagonistische Kooperation« beziehenden Aussagen normativ aufgeladen und nehmen, natürlich nur leise, eine Art handlungsleitenden Appell-Charakter an. Die Warte, von der aus dieser Essay geschrieben worden ist, ist die fiktive Position eines UNO-Beobachters des Ost-West-Konflikts.

2. Ost-West-Konflikt

In der politischen Alltagssprache, der Heftchen-Ebene politischer Selbst-, Feind- und Welt Darstellung, taucht der Ost-West-Konflikt bekanntlich als manichäische Konstruktion auf: das Reich des Guten gegen das des Bösen, hier gesund, dort krank, hier die Zukunft, dort die Vergangenheit. Nichts gegen die Alltagssprache (obwohl man sie besser nicht heroisiert), sie wird ja auch bis in die höchsten Spitzen der Prominenz von Politik und Wissenschaft benutzt, hier wie dort. Zur Beschreibung und Erklärung des Sachverhalts reicht sie nicht hin, denn bis auf wenige Intellektuelle glaubt niemand diesen Manichäismus, so wie kein Heftchen-Leser an die Wirklichkeit der Verhältnisse in seiner Lektüre glaubt. Behutsame und differenzierende Darstellungen des Ost-West-Konflikts setzen die Akzente anders. Beispielhaft will ich zwei nennen. »Die Spannungen zwischen dem Westen und der Sowjetunion beruhen ... auf dem unausweichlichen, außenpolitischen Konflikt zweier Imperialismen«, hat C. F. von Weizsäcker 1976 geschrieben (2), und viele haben ihm damals zugestimmt und tun das auch heute. Und Dieter Senghaas interpretiert die Schwierigkeiten im internationalen System der Gegenwart als die Folge einer »Veränderung in der internationalen Machtstruktur, die in einer Zerbröckelung der einst unbestrittenen Hegemonialposition der USA begründet ist« (3). Beides trifft nicht zu. Weder kann man die Block- und Bündnispolitik der Weltführungsmächte USA und UdSSR durchgängig auf Imperialismus zurückführen (an manchen Orten allerdings schon), noch ist die reduktionistische Betrachtungsweise der internationalen Politik als Hegemoniekonflikt angemessen. Schließlich ist auch einiges Mißtrauen gegenüber der aus der Nach-Vietnam-Phase der amerikanischen Politik stammenden Vorstellung vom Abbröckeln der US-Machtpositionen angebracht.

Gerade wenn man die permanente Ausdehnung des internationalen Systems seit dem 16. Jahrhundert nicht aus dem Blick läßt und erkennt, daß sich dieses internationale System eigentlich erst seit der Mitte unseres Jahrhunderts als wirklich global, erdumspannend erweist (4), muß man den Ost-West-Konflikt als eine tiefreichende Verwerfungslinie, als *Strukturkonflikt* in diesem System bezeichnen, der machtpolitische und imperialistische Konkurrenz zwar einbegreift, sie aber transformiert und weit übersteigt.

Man kann den Ost-West-Konflikt fassen als das Verhältnis zwischen den beiden ungleichartigen, ungleichgewichtigen und auf eine neuartige, die herkömmlichen Kategorien der Machtpolitik ideologisch und militärisch

übersteigende Weise miteinander verfeindeten (= antagonistischen) Weltführungsmächten samt ihren Verbündeten. Der Ost-West-Konflikt hat nicht nur eine zwischenstaatliche, sondern auch eine transnationale und eine gesellschaftspolitische Dimension.

Natürlich täuscht eine solche Bestimmung randscharfe Abgrenzungen zwischen den Protagonisten nur vor. In Wirklichkeit gibt es Verwischungen — Kontra-Loyalitäten, block-interne Konflikte, die bis zum »Wechsel des Lagers« führen können, gibt es vor allem auch Kooperations-Zwänge, denen sich kein Akteur bei Strafe enormer Eigenverluste entziehen kann. Man darf sich den Ost-West-Konflikt also nicht nach dem Modell eines Null-Summen-Spiels vorstellen; das ist er manchmal, aber nicht häufig und nur auf wenigen Gebieten.

Zwei Staaten, die USA und spätestens seit 1941 die UdSSR, spielen entscheidende Rollen bei der Austragung des Ost-West-Konflikts. Beide stehen in einem asymmetrischen Konkurrenzverhältnis zueinander. Aber es ist eine andere Konkurrenz als beispielsweise die zwischen Deutschland und Frankreich 1871 bis 1918. Es konkurrieren zwei einander in wesentlichen Elementen entgegengesetzte Gesellschaftsordnungen, die wiederum auf zwei verschiedenen Welt- und Menschenbildern basieren. Was ideologische Konfrontation genannt wird, ist nichts anderes als das Gegeneinander dieser Welt- und Menschenbilder, umgesetzt in Zukunftspläne und -erwartungen, Selbst- und Umweltdeutungen, Wahrnehmungsmustern usw. Die nicht unplausible These vom Niedergang der Ideologie(n) im Ost-West-Konflikt zielt nur auf Unsicherheiten und Unglaubwürdigkeit beim Präsentieren gewissen Lehrgebäude; da trifft sie voll ins Schwarze. Aber damit ist nur der unwichtige Part der ideologischen Konfrontation getroffen; diese selbst setzt sich fort. Dies verhindert übrigens auch, daß es im Ost-West-Konflikt zu »machtpolitischer Verständigung« kommen wird, sei es, was viele wünschen, als Durchsetzung einer »ideologiefreien« Vernunft, sei es, was viele befürchten, als »Komplizenschaft der Herrschenden« hüben und drüben.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Ost-West-Konflikts nach 1945 ist seine nukleare Überformung — in wiederum asymmetrischer, in mancherlei Hilfsweise auf Ausgleichung dieser Asymmetrie bedachter Form hat sich die militärische Konfrontation zwischen Ost und West in eine Konstellation verwickelt, die einerseits das ohnehin schon schwindelerregende Tempo rüstungstechnologischen »Fortschritts« ohne Unterlaß weiter dynamisiert, andererseits jedoch die Möglichkeiten eines rational kalkulierten Einsatzes der modernsten Waffensysteme gegen Null reduziert. Aus dieser hochbrisanten Konstellation ergeben sich, was nur auf den ersten Blick widersinnig erscheint, die meisten und wichtigsten Impulse für eine die Ost-West-Konfrontation partiell mildernde Zusammenarbeit.

Ein unvoreingenommener und gegen Schreckhaftigkeit gewappneter Beobachter des Ost-West-Konflikts hat sich, nicht selten zu seinem eigenen Leidwesen, aller geschichts-teleologischer Versuchen zu erwehren. Es ist ihm nicht vergönnt, darüber nachzusinnen, ob der Ost-West-Konflikt sozusagen von seiner Anlage her zu einem bestimmten Ende kommen müßte, handle es sich dabei nun um den Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab (5) oder um den der bürgerlichen Gesellschaft, um eine eher erfreuliche

oder unerfreuliche (freiheitliche oder diktatorische) Konvergenz der Systeme oder neuerdings wieder um den gemeinsamen katastrophalen Untergang, an dem manch ein Zeitgenosse sein ängstliches Gefallen findet (6). Dem sich um systematische Beschreibung und Strukturanalyse mühenden Politologen steht all dem gegenüber ein bißchen Mut zur Kontingenz zu!

3. Anti-Hitler-Koalition

Vor 1917 war die Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Sozialismus eine interne Angelegenheit bürgerlicher Gesellschaften. Mit der Oktoberrevolution verlagerte sie sich aber zusätzlich auf die zwischenstaatliche Ebene; ohne allerdings hier schon sehr wirkungsmächtig zu sein. Das änderte sich erst mit dem Aufkommen und dem regionalen, sich zu globalisierenden drohenden Erfolg von Nationalsozialismus, Faschismus und Tennoismus. Die Anti-Hitler-Koalition kam in dem Augenblick (und keinen früher) zustande, in dem die verbündeten Achsenmächte nachhaltig die Entwicklungs-Chancen sowohl der »westlichen« Staaten als auch der UdSSR zu zerstören begannen. Weder lag den Westmächten das Wohlergehen des Bolschewismus am Herzen, als sie sich mit der UdSSR 1941 verbündeten, noch wollte diese mit der Anti-Hitler-Koalition das Absterben des Kapitalismus verhindern. Aber beiden Akteuren erschien, wohl zu Recht, die ihnen gemeinsam drohende Gefahr größer als die Vorteile, die aus einer Niederlage des Koalitions-Partners durch die Achsenmächte für die eigene Seite entstehen könnten. Die Anti-Hitler-Koalition, kurz gesagt, beruhte auf einem kühlen politischen Kalkül, keineswegs auf spontanen Aufständen des Gewissens der Staatsmänner in Ost und West. Auch ist es zu einer tragfähigen Brücke über die Abgründe des Ost-West-Konflikts mit Namen Antifaschismus auf der Ebene der Politik niemals gekommen, darüber können auch die Funde der Alltags- und Barfußhistoriker aus der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit nicht hinwegtäuschen.

Die Vorstellungen, die heute gerne und manchmal nicht ganz ehrlich als positives Gegenbild zur verschärften Ost-West-Konfrontation evoziert werden, nämlich die von einer friedlichen und den Ost-West-Konflikt suspendierenden Nachkriegsentwicklung, hätte man damals »bloß« die eine oder andere Maßnahme unterlassen oder unternommen (7), waren schon seinerzeit nichts als Illusionen. Die Anti-Hitler-Koalition, selbst in ihrer Blütezeit übrigens äußerst krisenanfällig, wurde durch den gemeinsamen Feind zusammengehalten. Mit dem Sieg der Alliierten rückten ihre jeweiligen nationalen und gesellschaftspolitischen Interessen wieder an die erste Stelle. Das ist keine neue Einsicht, aber eine, über die immer wieder hinweggegangen wird.

4. Kalter Krieg

Nach einer kurzen Übergangsphase, während der die Akteure ihren neu zu definierenden globalen Spielraum auszumessen versuchten, verfestigte sich seit 1946/47 ein neues Ost-West-Konfliktmuster, das mit einem treffenden

Ausdruck Kalter Krieg genannt wurde. Entgegen einer verbreiteten Interpretation des Kalten Krieges muß man, um den Akteuren gerecht zu werden, den hohen Anteil an Risiko-Kontrollfähigkeit betonen, der ihre Politik bestimmt hat. Trotz der internationalen Krisen jener Jahre lag einer der wichtigsten Akzente der Politik des Kalten Krieges auf der Innen- und Gesellschaftspolitik, und zwar in den USA wie in der UdSSR, in Europa, Ost wie West, gleichermaßen. Die zwar keineswegs entscheidende, aber exemplarische Bedeutung von Deutschland für diese Periode liegt auf der Hand. Mit der Teilung und Stabilisierung zweier »antagonistischer« deutscher Staaten wurde die Dominanz von Blockloyalität vor nationaler Identität erprobt und, jedenfalls für die Generation der Zeitgenossen, auch erfolgreich demonstriert, wenn auch unterschiedlich erfolgreich, schließlich benötigte die DDR eine besondere Art der Grenzbefestigung. Aber gerade an Deutschland und den Bemühungen, Teilung und Zweistaatlichkeit zu überwinden, kann man auch ablesen (wenngleich dies erst dechiffriert werden muß), daß es trotz tiefster Temperaturen im Kalten Krieg immer doch auch ein Minimum an wahrgenommener »Viermächteverantwortung« gegenüber diesem Land gegeben hat und gibt (8).

Während des Kalten Krieges rückte die militärisch definierte Sicherheitspolitik der Kontrahenten in neuartiger Weise in den Brennpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit. Vor allem die nuklearen Sprengmittel und ihre Träger (Fernbomber, Raketen mit immer größerer Reichweite und immer höherer Treffsicherheit, Unterseeboote) veränderten militärstrategische Grundsätze, verknüpften die Sphären von Militär und Politik noch enger, beeinflussten wegen ihrer enormen Kosten und technologischen Komplexität die ökonomische und soziale Entwicklung der beteiligten Gesellschaften. Der »Rüstungswettlauf« benötigte ziemlich starre Feindbilder, intensivierte sie auch. Die Geschichte der Versuche zur Verlangsamung des Rüstungswettlaufs während des Kalten Krieges ist durch wechselseitige Propaganda gekennzeichnet.

5. Entspannung

Und doch ging gerade von diesem Bereich des Ost-West-Konflikts, seinem brisantesten, der nachhaltigste Impuls für eine Milderung des Kalten Krieges und für eine verbesserte Ost-West-Kommunikation aus. Im Verhältnis der beiden Führungsmächte bahnte sich diese Veränderung gegen Ende der fünfziger Jahre an; eine von der Weltöffentlichkeit als dramatisch wahrgenommene Zäsur bildete die Kuba-Raketenkrise im Herbst 1962. Die seither sich auf dieser Ebene, bald auch in der europäischen Region entwickelnde und schließlich auch auf die deutsch-deutschen Beziehungen übergreifende Entspannung (detente) erhielt ihre logische und real drängende Notwendigkeit von der unabwiesbaren Erkenntnis, daß die nukleare Konfrontation erheblich effizienter unter Kontrolle gehalten werden muß; Rüstungskontrolle (auch kooperative Rüstungssteuerung genannt) machte deshalb in den sechziger Jahren und auch noch zu Beginn der siebziger Jahre das Kernstück der Entspannung im Ost-West-Konflikt aus. Diese Entspannung ist von allen Beteiligten immer als *partiell* begriffen worden.

Das hinderte aber keineswegs weiterreichende Entspannungsprojekte, wobei ökonomische und technologische Visionen oder detaillierte Kooperations-Kataloge (wie etwa in der KSZE-Schlußakte) die schwierige Balance zwischen beibehaltener und weiter wirksamer Gegnerschaft im Grundsätzlichen einerseits und ein gewisses Maß an Partnerschaft und gegenseitigem Vertrauen andererseits eher behinderten. Auch z. B. dadurch, daß die Erwartungen an die Ost-West-Entspannung immer weiter stiegen und häufig ganz unrealistisch waren. Sieht man von einigen wenigen Akteuren der internationalen Politik einmal ab (darunter etwa die Regierungen in Bonn und Ostberlin, in Budapest und Wien, aber viel mehr wird man kaum finden), dann hat sich die Entspannungspolitik in den Kalkülen ihrer Protagonisten als wenig erfolgreich herausgestellt. In den USA ist diese Einschätzung weit verbreitet. Aber auch aus sowjetischem Blickwinkel erscheinen die siebziger Jahre überhaupt nicht als großartige Konsolidierung oder gar Expansion des eigenen Systems, vielmehr als das quälende Vorspiel zu einer inzwischen unwahrscheinlich gewordenen Phase interner technologischer Runderneuerung und internationaler De-facto-Gleichberechtigung mit den USA. Die Entspannung hat zudem den Prozeß zerbröselnder gouvernementaler und Partei-Autorität in Polen vorangetrieben, sie hat ferner trotz aller Hin- und Herpropaganda zwischen Ost und West (etwa auf den KSZE-Nachfolgekonferenzen) das Thema »Menschenrechte« in eine vorher ungeahnte Weise akzentuiert (9). Kurz: am Ende der Entspannungsphase, gekennzeichnet durch das Engagement der UdSSR in Afghanistan, den NATO-Doppelbeschluß und den Wahlsieg Reagans in den USA, hatte sich in Washington und Moskau Enttäuschung über die Folgen der Entspannung verbreitet. Weder die konservative Regierung Thatcher in Großbritannien noch die sozialistische, zu Beginn sogar sozialistisch-kommunistische Koalitionsregierung unter dem französischen Staatspräsidenten Mitterand haben großen Wert auf eine Fortsetzung der Entspannungspolitik gelegt. Es ist wichtig, sich dies vor Augen zu halten, wenn man die gegenwärtigen Aussichten des Ost-West-Konflikts zu beurteilen hat.

Antagonistische Kooperation

Antagonistische Kooperation erscheint dann sinnvoll, wenn miteinander verfeindete Akteure sich vor Probleme gestellt sehen, deren Lösung jedem einzelnen von ihnen ohne die Hilfe des anderen nur in viel kostenaufwendiger Weise oder sogar überhaupt nicht möglich ist (oder, weil es sich wie immer in der Politik um Wahrnehmungen, Perzeptionen handelt: nicht möglich erscheint), wenn absehbar ist und kalkuliert werden kann, daß alle Akteure durch die Kooperation so viel gewinnen, daß jedem einzelnen sein eigener Gewinn wichtiger erscheint als der des anderen (so daß dessen Gewinn zwar hingenommen, aber gewissermaßen neutralisiert wird), wenn drittens die Kooperation den Sachverhalt des Antagonismus der kooperierenden Akteure nicht zudeckt.

Antagonistische Kooperation ist also immer ein Hilfsmittel, ein prekäres zumal, denn sie droht, die grundsätzlichen Differenzen zwischen den Ak-

teuren einzuebnen (darauf gründen sich Konvergenz-Hoffnungen oder -Befürchtungen). Sie verlangt deshalb als Kompensation immer auch ein gehöriges Maß an Abgrenzung. Antagonistische Kooperation im Ost-West-Konflikt kann unmöglich der Beginn zu seiner »Versöhnung« sein, wie immer man sich diese vorzustellen hat, sie kann ihn nur partiell mildern, seine Regeln so umgestalten, daß über Gebühr große Risiken vermieden werden. Die Anti-Hitler-Koalition und die Entspannung sind Beispiele von antagonistischer Kooperation im Ost-West-Konflikt, sie sind hier deshalb besonders erwähnt worden, weil sie sozusagen den »ganzen« Ost-West-Konflikt für einige Zeit mitbestimmen. Es gibt auch weniger spektakuläre Beispiele für antagonistische Kooperation im Ost-West-Konflikt. Selbst während der Zeit des Kalten Krieges hat es sie gegeben — man denke an den Staatsvertrag für Österreich.

Und heute? Wie stehen die Chancen für eine solche Milderung des Ost-West-Konflikts für die nächsten Jahre? Zunächst einmal muß man, wer tut so etwas schon gerne, mit einiger Selbstdisziplin den Wust von Gegenwartsdeutungen, Zukunftsängsten und -hoffnungen beiseite räumen, die im letzten Jahrzehnt ins Kraut geschossen sind. Die SS 20 und die Pershing II, um einmal geradezu beleidigend offenherzig zu werden, bringen uns dem 3. Weltkrieg *nicht* näher oder nur im ganz nichtssagenden Sinne à la wir-werden-jeden-Tag-älter. Das politische Verhältnis der Weltführungsmächte zueinander ist aus vielerlei Gründen seit 1979 ziemlich schlecht, was aber nicht verhindert hat, daß ein bestimmtes Niveau kooperativer Rüstungssteuerung, das man in den frühen siebziger Jahren mühselig erreicht hat, *nicht* unterschritten worden ist. Allerdings wird, einfach infolge weiterer Globalisierungsprozesse aller Art, die Zahl der Probleme, vor die die USA und die UdSSR gemeinsam gestellt werden und die sie für sich allein nur unbefriedigend lösen können, in den nächsten Jahren noch weiter ansteigen. Nach einer jetzt nicht mehr aufzuhaltenden Phase des Wettrüstens wird es z. B. darum gehen, die mit der neuen Generation strategischer Waffensysteme, gleichviel ob »offensiv« oder »defensiv«, verbundenen Risiken zu verkleinern.

In der Region Europa und besonders in Mitteleuropa erscheinen die Sicherheits-Risiken des Ost-West-Konflikts als besonders groß. Nicht zuletzt deshalb gibt es aus dieser Region und für sie seit neuestem zahlreiche sicherheitspolitische Alternativvorstellungen. Darüber im einzelnen zu debattieren, ist teils spannend, teils ermüdend. Man kann zwei Prüfkriterien für ihre politische Solidität benutzen. *Erstens*: basieren diese sicherheitspolitischen Vorstellungen auf der Einsicht vom Ost-West-Konflikt als dem Strukturkonflikt des gegenwärtigen internationalen Systems oder mogeln sie sich darum herum? Die neue sozialdemokratische Sicherheitspolitik, gekennzeichnet durch Schlagworte wie »Selbstbehauptung Europas« und »Sicherheitspartnerschaft« (letzterer ist allerdings von Bahr'scher Opakheit), mogelt sich um diese Einsicht herum oder tut wenigstens so. *Zweitens*: Welche beabsichtigten oder unbeabsichtigten Grenzverschiebungen sind in der Region Europa mit solchen Vorstellungen verbunden? Die Wiedervereinigung Deutschlands wird es als Ausbau einer (ohnehin wenig wahrscheinlichen) chemiewaffen-freien Zone *nicht* geben; man vergesse doch bitte nicht, daß Berlin-Abkommen und KSZE-Schlußakte, also die

regionalen Höhepunkte des letzten Zyklus antagonistischer Kooperation in Europa, gerade diese Grenzen festgezurr haben, wie kompliziert und sogar widersinnig das im einzelnen erscheinen mag. Ein beachtlich großer Teil neo-neutralistischer, nationalistisch durchglühter Vorstellungen aus der westdeutschen Friedensbewegung fällt dieser zweiten Prüffrage zum Opfer. Das Spielen mit der nationalen Option mag faszinierend sein, im Inwiefern im Ausland. Wer immer das tut, sollte verteuftelt gut aufpassen und genau wissen, was er will und was nicht.

Natürlich wird es im Ost-West-Konflikt angesichts der vor uns liegenden Probleme wieder zu vermehrter antagonistischer Kooperation kommen, wahrscheinlich schon in den nächsten drei Jahren. »Rückfall in die Entspannung«, werden die Hardliner dann klagen, so wie kürzlich viele Anhänger der Entspannung (das sind keineswegs nur Softliner) geklagt haben: »Rückfall in den Kalten Krieg«. Da haben beide Unrecht. Der Wechsel von mehr konfrontativen und mehr kooperativen Phasen im Ost-West-Konflikt ist nicht die Wiederkehr des immer Gleichen, vielmehr eingebunden in einen Entwicklungsprozeß des Ost-West-Konflikts. Über dessen Richtung und Zielpunkt hegen die Akteure allerdings die unterschiedlichsten Vorstellungen.

- (1) P. Furth, Frieden oder gerechter Frieden?, in: Düsseldorfer DEBATTE, Heft 8/9-1985, S. 18 f. Von ihm stammen auch die ersten beiden Sätze in diesem Essay (ebd., S. 11).
- (2) C. F. von Weizsäcker, Wege in der Gefahr, München 1976, S. 73.
- (3) D. Senghaas, Die friedenspolitische Großwetterlage, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 34. Jg. 1983, H. 3, S. 140.
- (4) Ein »internationales System« umfaßt nach R. Aron eine Gesamtheit politischer Einheiten, die untereinander reguläre Beziehungen unterhalten und in einen allgemeinen Krieg hineingezogen werden können.
- (5) Eigentlich ist »die Welt« natürlich kein Maßstab, sondern die Sache, an die Maßstäbe angelegt werden. Den Ursprung des eigenartigen Sprachgebrauchs müßte die inoffizielle Soziologie einmal klären.
- (6) Nicht diese Formulierung ist zynisch, vielmehr Publikationen wie diese sind es: U. Horstmann, Das Untertier, Konturen einer Philosophie der Menschenflucht, Wien u. Berlin 1983, 3. Aufl.
- (7) Genannt werden u. a. die Anerkennung des sowjetischen Sicherheitsinteresses an ihrer Westgrenze, die einvernehmliche Lösung der Reparationsfrage, die Gewährung zinsgünstiger Kredite an die Sowjetunion, die Zulassung freier Wahlen in Osteuropa — nicht, weil es bei diesen und anderen Fragen zu keiner Einigung kam, begann der Kalte Krieg. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.
- (8) Darüber etwas ausführlicher im Kapitel »Deutschlandpolitik« von: W. v. Bredow, Deutschland — ein Provisorium?, Berlin 1985, S. 112 ff. sowie, in eigenwilliger, aber fundierter Argumentation, eine in Vorbereitung befindliche Gießener Dissertation von Brandstetter.
- (9) Daß Entspannung als Zielwert politischer Propaganda nach wie vor einen hohen Rang besitzt, steht auf einem anderen Blatt.

Literaturparty — Spätherbst 1985:

Als der reiche Jude die Schrebergärtlein zerstört und das Bahnhofsviertel errichtet hatte, stürzte die Stadt in den Abgrund und wurde weltweit berühmt. Dem opernhafte wiederaufgebauten Wahren, Guten und Schönen wieder zugewandt erstickte sie im Müll. Denen die redeten, wurde es dunkel vor den Augen, und der Haß der Meinenden gegen die Meinungen stand auf. Das Tribunal auf der Bühne: das Chaos wurde abgesagt, einer, der den Namen schon anfangs genannt hatte, wiederholte ihn: Raddatz. Uns wurde leicht ums Herz. Die Häme siegte.

Elisabeth Endres

Frank Unger

Rationalität von Genf

Im Vorfeld des Genfer Gipfeltreffens hörte man allerhand Differenziertes über Ronald Reagan, allein das schon war etwas Ungewöhnliches. Am meisten bemüht wurde wohl die Theorie, daß gerade Reagan als gestandener Konservativer und seit langem erwiesener Anti-Kommunist am ehesten in der Position sei, mit der Sowjetunion einen dauerhaften Frieden in die Wege leiten zu können: ihm würde man das nicht als »Schwäche« auslegen. Für diese Hoffnung gibt es immerhin Präzedenzen in der amerikanischen Geschichte: alles in allem waren die (republikanischen, also »konservativen«) Nachkriegspräsidenten Eisenhower und Nixon weit weniger außenpolitisch-militärische Abenteuerer als ihre (demokratischen, also »liberalen«) Amtskollegen Truman, Kennedy und Johnson, die immerhin die USA in zwei für das Land äußerst belastende Landkriege in Asien geschickt haben. Das Muster des »rechten« politischen Führers, der die »links« anstehenden Sachen tut, und umgekehrt, ist eine bekannte Erscheinung westlicher Nachkriegspolitik — man denke an de Gaulle in Frankreich (Algerien) und Harold Wilson in England (der die Gewerkschaften disziplinierte) — scheint aber mit dem Ende des Wirtschaftswachstums allgemein erschöpft zu sein. Frau Thatcher ist wohl kaum in dieses Muster einzuordnen und Ronald Reagan nur bedingt. Was aber bleibt dann noch übrig von den Hoffnungen der meisten Menschen auf Frieden und Verständigung, nicht nur als Ziel an sich, sondern als Voraussetzung für die Lösung der Probleme des Wettübens?

Unsere Medien — das war zu erwarten — haben sich bei der Kommentierung des Treffens in Genf nicht mit

Ruhm bekleckert. Gerade die Tatsache, daß die beiden Delegationen eine Nachrichtensperre vereinbart hatten, wäre ein ausgezeichneter Anlaß für unsere »alternative« Presse gewesen, zu zeigen, wofür sie eigentlich da ist, nämlich das zu bringen, wovon die anderen schweigen. Und vor allen Dingen: etwas zur Aufklärung beizutragen. Davon konnte aber kaum die Rede sein. Es bedarf nicht übermäßig vieler gedanklicher Arbeit, das gegenseitige Hochschaukeln der Vernichtungskapazitäten auf Seiten der sogenannten Supermächte »Wahnsinn« zu finden. (Dazu hat im übrigen schon Günter Anders vor mehr als zwei Jahrzehnten alles Sagenswerte gesagt.) Nicht so einfach ist es dagegen, über dieses Thema sachverständig und zugleich kritisch so zu schreiben, daß am Ende als Kontrastprogramm zur salbungsvollen Beschwörung unberechtigter Hoffnungen mehr herauskommt als halbaufgeklärt-hilfloses Rasonnieren über die »Anmaßung« und den »lächerlichen Pomp« der Mächtigen. Heller, reiner, ja blanker Wahnsinn ist das Wettüben nämlich nur auf der »Verlautbarungsebene« von Politik. Auf der »Handlungsebene« — und die ist mindestens ebenso wichtig — hat der Wahnsinn zumindest eine nachvollziehbare subjektive Rationalität.

Von FAZ bis taz aber verblieben unsere Presseleute voll in dem ihnen ja auch zugewiesenen Bereich der Verlautbarungspolitik: sie taten, als ginge es den »Supermächten« bei ihrer Rüstung subjektiv darum, sich jeweils gegenseitig vor einem »Überraschungsangriff« mit nuklearen Waffen zu schützen und ansonsten so etwas wie ein »Machtgleichgewicht« zu halten. Dafür wären in der Tat nur jeweils Bruchteile der exi-

stierenden Arsenale notwendig, und so einfügt könnte auch der aggressivste Paranoiker in beiden Lagern nicht sein, als daß er dies nicht begriffe. Dieses Motiv trifft zumindest auf der Handlungsebene für die Vereinigten Staaten von Amerika überhaupt nicht zu.

Dafür gibt es Belege, man muß sie nur suchen. So erläuterte z.B. der Reagan-Berater Richard Perle dem Journalisten Robert Scheer bei einem Interview im Jahre 1981 den strategischen Sinn der eingeleiteten amerikanischen Rüstungsanstengungen wie folgt: »Meine Hauptsorge ist weniger, was bei einem wirklichen nuklearen Schlagabtausch geschähe als vielmehr die, welche Auswirkungen das nukleare Gleichgewicht auf unsere Bereitschaft hat, in lokalen Krisensituationen Risiken einzugehen. Ich habe keine Angst davor, daß die Sowjets die Vereinigten Staaten mit Atomwaffen angreifen könnten — im Vertrauen darauf, daß sie diesen Atomkrieg gewinnen würden. Besorgt bin ich vielmehr darüber, daß ein amerikanischer Präsident das Gefühl bekommt, er könne es sich nicht leisten, in einer Krisensituation entschlossen zu handeln, weil er davon ausgehen müsse, daß die sowjetischen nuklearen Streitkräfte besser als unsere eigenen dafür ausgestattet seien, die Eskalationsleiter aufzusteigen, wenn es zu einer Eskalation kommen sollte.« (Zitiert nach Robert Scheer, *With Enough Shovels*, New York 1982, p. 13; deutsch, Und brennend fielen die Vögel vom Himmel, Kindler Verlag, 1983). Letzteres war, Perle und anderen zufolge (und damit gewissermaßen »offizielle« Einschätzung der gegenwärtigen Administration), der Fall in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Deswegen hätten die Vereinigten Staaten tatenlos zusehen müssen, wie eine ganze Reihe von Ländern in der Dritten Welt aus dem Machtbereich des Westens bzw. der USA ausgebrochen seien, u.a. Angola, Äthiopien, Mozambique und - last but not least - Nicaragua.

Dies z.B. als real existierende subjektive Perzeption und handlungsleitende Theorie der gegenwärtig maßgeblichen politischen Strategen in den USA dem Publikum zur Kenntnis zu geben, wäre weitaus aufklärender gewesen, als den Genfer Gipfel ironisch-amüsiert als »außerirdischer Distanz« als »Treffen der obersten Alpha-Männchen« der zwei »mächtigsten Primatenhorden der Welt« zu kommentieren, wie das die taz getan hat. Denn auf seinen eigenen Prämissen ist das Denken, das zum Wettrüsten und zu Gipfeltreffen führt, nur allzu rational. Es sind auf amerikanischer Seite nicht »Hollywood-Reagan« oder »Neue Rechte« oder irgendwelche durch den Genuß von zuviel Lucas-Filmen erworbene »Star-Wars«-Mentalitäten, sondern es sind die Prämissen und Prinzipien der 1947 mit der Verkündung der »Truman-Doktrin« eingeleiteten Politik der ausdrücklich *global* verstandenen »Eindämmung« des sowjetischen Expansionismus. Wer diese Prämissen teilt, dem erscheint praktisch *jedes* Ereignis auf der Welt im Bedeutungskontext eines »Zweikampfs« mit der Sowjetunion; mit der »Containment«-Doktrin schuf sich ein Teil der politischen Eliten der USA ein absolut hermetisches Kategoriengerüst politischer Perzeption, das bezeichnenderweise exakt von jener sich stets selbst beweisenden »Geschlossenheit« ist, die der Liberalismus immer dem Marxismus zuschreibt. Sie erlaubt nicht, lokale Ereignisse und Veränderungen anders zu begreifen denn als Nullsummenspiel zwischen den USA und der UdSSR, oder — unter den Auspizien der Reagan-Administration nunmehr stärker — zwischen »dem Westen« und der UdSSR.

Solange die Kategorien des »Eindämmungs«-Denkens in den USA weiter uneingeschränkt gelten — und es gibt auch nicht die Spur eines Hinweises dafür, daß sie durch das Gipfeltreffen etwa in Frage gestellt wurden — wird jedes Rüstungsabkommen für die ameri-

kanischen Unterhändler subjektiv nur ein *anderes Mittel zum Zweck* der »Eindämmung« sein, und auch nur als solches im inneren Kreis ihrer außenpolitischen Führungseliten zu begründen und durchzusetzen sein. Unter diesen Bedingungen ist es äußerst unwahrscheinlich, daß die UdSSR ihrerseits etwa einseitig aus dem Teufelskreis der Rüstungsspirale ausbricht, auch wenn sie es wirtschaftlich noch so nötig hätte: Die Truman-Doktrin und die daraus sich legitimierende globale Politik der »Eindämmung« haben nicht nur im strengsten Sinne des Wortes mit ihrem Drohgehalt die Entstehung der *militärischen* Supermacht UdSSR provoziert, sondern deren politischen Führern auch — ob mit Notwendigkeit oder nicht — weitgehend reziproke Kategorien globalen Politikverständnisses aufgenötigt, so daß heute im politischen Denken der sowjetischen Führungskreise allemal analoge Elemente eines Denkens in spieltheoretischen Kategorien vorhanden sind: man kann und will es nicht hinnehmen, daß die UdSSR im symbol-strategischen Rüstungsspiel vor den Augen der Welt wieder in die Position der No.2 zurückgedrängt würde. Gegenüber ihren darüber mitunter besorgten Verbündeten werden die sowjetischen Strategen vermutlich sagen: doch nicht allein unseretwegen, sondern im Interesse des globalen Anti-imperialismus, schließlich verdanken doch eine ganze Reihe von Völkern der Dritten Welt die ersten Schritte zu ihrer sozialen Befreiung vom imperialistischen Joch in den siebziger Jahren allein der Tatsache, daß die UdSSR als strategisch nunmehr mindestens gleichstarke Supermacht von den USA respektiert worden sei und sich deshalb von abenteuerndem Eingreifen zurückgehalten habe. Wirklich?

Es gibt plausiblere Begründungen für die These, daß die »Schwäche« der USA in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre weniger der gewachsenen nuklear-strategischen Statur der Sowjet-

union als vielmehr dem durchaus selbständig erzwungenen konventionell-militärischen Erfolg des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Expeditionsarmee zuzuschreiben war. Es ist immer wieder erstaunlich, mit welcher Schnelligkeit in den westlichen Ländern der Verdrängungsprozeß gegenüber diesem epochalen Geschehen in Südostasien abgeschlossen worden ist — auch die europäisch-amerikanische Linke, zumal die schicke, mag die Völker der »Dritten Welt« nur als Opfer und Leidende, als schließliche Sieger werden sie uninteressant oder gar zu eher mißtrauisch abgelehnten historischen »Tätern«. Es war zum größten Teil die Erfahrung dieser militärischen Niederlage gegen einen waffentechnisch weit unterlegenen Gegner, die in den USA zum ersten Mal nach 1947 Zweifel an der Angemessenheit der »Containment«-Weltsicht hatte aufkommen lassen. Vor allen Dingen Präsident Carters Secretary of State, Cyrus Vance, war es, der damit begann, soziale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt auf deren eigener Grundlage zu begreifen, d.h. nicht als angezettelt und gesteuert von der Sowjetunion. Vance hatte sich auch in einschlägigen Kreisen durch die Äußerung der Ansicht unbeliebt gemacht, daß Waffen und rein militärische Macht von durchaus begrenzter politischer Reichweite sind. Beides wurde ihm prompt bestätigt durch den schmachvollen Fall des Herrschers auf dem Pfauenthron, dem nur wenige Monate, bevor er aus rein innenpolitischen Gründen wie ein zahloser Hund aus seinem Land gejagt wurde, Vertreter aus *West und Ost* noch als vermeintlichem »Modernisierer« und (weil bis über die Ohren mit modernstem Kriegsgewehr bewaffnetem) »starkem Mann« ihre uneingeschränkte Reverenz erwiesen hatten. Die Regierung Reagan dagegen repräsentiert nun in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik nichts weiter als den entschlossen-verzweifelte Versuch, all dies zu verdrängen und so zu

tun, als könnten die klaren und eindeutigen Bedingungen des »Containment«-Nullsummenspiels mit der UdSSR wieder uneingeschränkt geltend gemacht werden.

Welche Lehren die Führer der Sowjetunion dagegen aus den letzten 15 Jahren Weltgeschichte gezogen haben, weiß man nicht so genau. Es gibt aber Grund zu der Vermutung, daß sie durch die projizierte Bedeutung, die die »neuen kalten Krieger« in der Reagan-Administration der strategischen Rüstung der UdSSR zuschreiben, eher geschmeichelt sind: zum ersten Mal erkennen sie die reelle Chance, von den USA als *ebenbürtige* Supermacht akzeptiert zu werden — und der Wahrnehmung dieser Chance werden sie die höchste Priorität zuschreiben. Ob dies dem Prozeß des Friedens und der Lösung der Weltprobleme nützt, hängt vor allem davon ab, ob die auf »Eindämmung« und Rivalität gedrehte politische Kultur der USA das für sie bislang unvorstellbare Konzept einer »antagonistischen Kooperation« ernsthaft akzeptiert. Um dies überhaupt möglich zu machen, bedürfte es zumindest noch einiger deutlicher Gesten der offiziellen sowjetischen Verlautbarungspolitik. Die wichtigste wäre wohl eine Revozierung oder zumindest eine Modifizierung der 1968 verkündeten Erklärung der KPdSU, daß die UdSSR sich das Recht vorbehalten, bei

jedem ernsthaften Versuch einer Bedrohung des Sozialismus in einem der sozialistischen Länder Osteuropas auch mit militärischen Mitteln einzugreifen: in den USA bekannt als »Breschnew-Doktrin«. Sie wurde dann auch zur Begründung des Eingreifens in Afghanistan herangezogen — und damit gewann sie eine Dimension, die der 1947 verkündeten »Truman-Doktrin« vergleichbar ist.

Auf der Handlungsebene der Politik in den abgeschotteten Genfer Konferenzräumen ist Michail Gorbatschow Ronald Reagan sicherlich mindestens ebenbürtig gewesen. Nun liegt es an ihm, zu beweisen, daß er auch das — im Vergleich mit seiner vertrauten politischen Kultur — im Westen ungleich subtiler zu handhabende Instrument der Verlautbarungspolitik beherrscht. Ein solcher Beweis wäre es, wenn er öffentlich erklärte, daß zumindest die Sowjetunion aus der Beurteilung der allerjüngsten Geschichte den eindeutigen Schluß gezogen habe, daß sich nirgendwo in der Welt — ob in Polen oder Persien, Afghanistan oder Nicaragua, Vietnam oder Guatemala — gesellschaftliche Strukturen und politische Machtverhältnisse allein durch *militärische* Gewalt auf die Dauer aufrecht erhalten lassen. Das hat im übrigen schon vor über 100 Jahren Friedrich Engels dem Eugen Dühring theoretisch klargemacht.

Die Poesie ist unentbehrlich — wenn ich nur wüßte wozu.

Jean Cocteau

Georg Fülberth

Adenauers Teegespräche 1950-1954

Adenauer war auch ein Ideologiepolitiker. Dies zeigt nicht nur sein Kampf gegen den Sozialismus-Begriff in der CDU-Programmatik 1946/47, sondern auch jeder Band seiner »Erinnerungen«. Diese hatte er in Angriff genommen, nachdem 1963 mit Erhard ein Vertreter des imperialistischen Internationalismus ans Ruder gekommen war und Adenauers Politik der Ost-West-Konfrontation abzurechnen drohte. Der erste Bundeskanzler führte nun seinen Kampf mit literarischen Mitteln fort. Sein Widerspruch gegen die Unterzeichnung des Nichtweitergabe-Vertrags fand — worauf bereits 1981 Hans-Peter Schwarz hinwies (1) — in seiner persönlichen Darstellung über den von ihm 1954 ausgesprochenen Verzicht der Bundesrepublik auf die Produktion von ABC-Waffen Ausdruck. Diese Selbstbeschränkung sei nur »rebus sic stantibus« erfolgt. Implizit hieß das: Westdeutschland kann bei seinem Verzicht bleiben, wenn er nicht durch zusätzliche Diskriminierung auf atomarem Gebiet unerträglich gemacht wird. Während seiner gesamten Amtszeit hat Adenauer instruierende »Teegespräche« mit einflußreichen Journalisten geführt. Zuerst wurde darüber Protokoll geführt. Der erste Band dieser gesammelten Aufzeichnungen erschien 1984 innerhalb der Rhöndorfer Adenauer-Ausgabe (2) im Siedler Verlag, der seinerseits in den letzten Jahren zu einer ideologiepolitischen Instanz ersten Ranges aufgestiegen ist.

Vergleicht man die »Erinnerungen« mit dem ersten Band der »Teegespräche«, dann fällt die große Einheitlichkeit der Selbstdarstellung auf. Es gibt keine Sensationen. Bei den Texten ist das weitgehende Absehen von wirt-

schaftspolitischen Fragen und die Konzentration auf die Probleme der Westintegration und der Auseinandersetzung mit der UdSSR gemeinsam. Bemerkungen zur Sozialpolitik finden sich daneben allerdings auch. Adenauer zeigt sich zum Beispiel ungehalten über die zunächst unnachgiebige Haltung der Unternehmer in der Frage der Montanmitbestimmung, und er ist 1950/51 entschlossen, dieses Gesetzesvorhaben durchzuziehen. In gleicher Weise verhielt er sich 1957 in der Rentenfrage. Die Sozialpolitik war für Adenauer immer eine Magd der Außenpolitik — nun aber gerade nicht in dem Sinne, daß er ständig Konsumverzicht zugunsten der Rüstung gepredigt hätte. Im Gegenteil: Löhne und Renten mußten stimmen, wenn die Leute das westdeutsche Gesellschaftssystem für verteidigungswert halten sollten. Auch für Erhard hatte die Sozialpolitik eine nur dienende Funktion. Oberster Bezugspunkt war für ihn aber nicht die Auseinandersetzung mit dem Osten, sondern die Behauptung der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt. Löhne und Renten waren diesem zentralen Zweck untergeordnet und bei Erhard im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit seit Anfang der sechziger Jahre, als die Wachstumsraten zurückgingen und die Bundesrepublik dann einmal wirklich kurzfristig eine negative internationale Leistungsbilanz hatte, mit Verzichts-Vorzeichen versehen. Adenauers Fall war das nicht.

Bekanntlich hat der Ausbruch des Korea-Kriegs 1950 in der Bundesrepublik Kriegsangst ausgelöst und wurde von der veröffentlichten Meinung fortan zum Anlaß für eine massive Unterstützung der Aufrüstung genommen.

Adenauer kam das zupaf. Die von ihm ausgenutzte Kriegsangst hat er aber nie geteilt. Es müßte untersucht werden, ob er tatsächlich selbst jemals aktiv die Furcht vor einem unmittelbar bevorstehenden sowjetischen Überfall geschürt hat. Die »Teegespräche« legen sogar eher das Gegenteil nahe. Adenauer betont dort immer wieder, die Sowjetunion werde weder jetzt noch künftig die Bundesrepublik militärisch überfallen, denn sie habe ein Interesse daran, das westdeutsche Industriepotential unversehrt in die Hand zu nehmen. Das einzig realistische Mittel hierfür aber sei nicht der heiße Krieg, sondern der Kalte. Zentrales Etappenziel der UdSSR sei dabei die Neutralisierung der Bundesrepublik — entweder für sich allein oder innerhalb eines bündnisfreien Gesamtdeutschlands. Dieses werde dann durch eine Kombination von militärischem Druck (nicht Angriff! Dieser sei gegenüber einem neutralen Mittelstaat gar nicht mehr nötig), internen Wirtschaftskämpfen und ideologischer »Unterminierung« unweigerlich in den Herrschaftsbereich der Sowjetunion gezogen. Langfristig sah Adenauer hier auch die Bedeutung der KPD, vor der er bis 1950 als einer großen Gefahr immer wieder warnte. Als diese Partei 1950 schwere Verluste bei Landtagswahlen erlitt, vermutete er, sie werde nun durch Arbeit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei ihre Ziele verfolgen. Politische Virulenz traute er ihr fortan aber wohl nur noch im Falle eines Sieges der sowjetischen Neutralisierungsstrategie zu. Angesichts dieser langfristigen Perspektive akzeptierte er nicht die Kritik, das von der Bundesregierung betriebene KPD-Verbot sei überflüssig. Die Kommunistische Partei war für ihn ein Fossil — aber nicht aus der Vergangenheit, sondern für die Zukunft, falls es nicht gelinge, die Bundesrepublik für alle Zeit im Westen zu verankern.

Adenauer gestand ein, »daß die Europaarmee nach den amerikanischen Vorstellungen zweifellos nicht nur de-

fensiven, sondern auch offensiven Charakter trägt gegenüber der kommunistischen Gefahr« (S.13). Ein wichtiges Mittel der Auseinandersetzung im Kalten Krieg war für ihn die »Furcht«: durch die Sowjetunion könne ein neutrales Deutschland so sehr in Angst versetzt werden, daß es ihr verfallende, und umgekehrt sei ebenfalls die Furcht der UdSSR vor einem überlegen militärisch und sozialpolitisch gerüsteten Westen der einzige Weg, um zu einer kapitalistischen Wiedervereinigung ohne heißen Krieg zu kommen. Die Formel, daß die nationale Einheit nicht nur »in Freiheit« (also nach westlichem Muster), sondern auch »in Frieden« erfolgen müsse, war nicht nur Demagogie. Frieden heißt hier: Sieg im Kalten Krieg durch Bereitstellung eines überlegenen militärischen und sozialpolitischen Potentials. Immer wieder thematisiert Adenauer die »Furcht«, welche die Sowjetunion angesichts einer solchen Perspektive haben müsse. Von da aus könnte sogar eine seiner aggressivsten Äußerungen zur Perspektive der Wiedervereinigung auf ihre Authentizität hin befragt werden. In der berühmten Heidelberger Rede vom 1. März 1952 soll er — laut »Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung« (Ausgabe vom 4. März 1952, S. 254) folgendes gesagt haben: »Aber ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man auf der einen Seite Deutschland die Furcht nehmen müssen, die es hat. Dann wird man auch Sowjetrußland klarmachen müssen, daß es so nicht geht, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann, und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern im Wege einer friedlichen Auseinandersetzung die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen.« Dieses Szenario nun wiederholt er in den »Teegesprä-

chen« immer wieder, nur ist da nicht die Furcht *Deutschlands* die Ursache des angestrebten Arrangements, sondern die Furcht der *Sowjetunion*: »Das ist dann nach meiner Meinung der Augenblick, in dem mit Sowjetrußland verhandelt werden kann über eine globale Regelung. Daß eine gewisse Furcht Sowjetrußlands vor Amerika dabei mitspielt, ist immer meine Meinung gewesen, und ich habe dem auch immer Ausdruck gegeben, und dem wird man Rechnung tragen müssen. Es müßte bei Beginn oder im Laufe solcher Verhandlungen Sowjetrußland auch diese Furcht genommen werden.« (S. 480, Tee-Empfang vom 17. August 1953) Wahrscheinlich ist der im »Bulletin« überlieferte Wortlaut der Heidelberger Rede dennoch authentisch. Wie im Fall der Kriegsangst nach Ausbruch der Korea-Krise hätten wir es dann mit einem noch weiter zu klärenden widersprüchlichen Verhältnis zwischen durchaus genutzten Massenstimmungen der Furcht einerseits und strategischem Kalkül andererseits zu tun.

In der Heidelberger Rede sprach Adenauer auch von der Umgruppierung der Verhältnisse in Osteuropa, also nicht nur in Deutschland. Wenige Tage später erwog Staatssekretär Hallstein, die Westintegration des Kontinents könne bis zum Ural erfolgen. Ob Adenauer selbst so weit gehen wollte, ist nicht klar. Wichtiger ist aber hier die Frage nach dem Verhältnis von Ziel und Mittel. Zusammenbruch der sowjetischen Dominanz in Osteuropa war für ihn ganz offensichtlich nicht die nächste Etappe nach einer kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands, son-

dern umgekehrt eine notwendige Voraussetzung. Er führte in seinen Teegesprächen mehrmals aus, daß eine Angliederung der DDR an die Bundesrepublik den Einfluß der UdSSR in Osteuropa nachhaltig erschüttern werde. Auch deshalb werde diese einer solchen Lösung niemals zustimmen, ohne durch ein für sie außerordentlich ungünstiges Kräfteverhältnis dazu gezwungen zu sein. Erst wenn sie so geschwächt sei, daß sie auch ein kapitalistisches Roll back in ganz Osteuropa hinnehmen müsse, sei eine kapitalistische Wiedervereinigung möglich.

Vorraussetzung aller solcher Überlegungen war bei Adenauer, daß der militärisch-technologische Komplex in der Disposition der Politik blieb. Ob das noch zutraf, wußte er wohl nicht mehr ganz genau, aber er ging nach wie vor von dieser Bedingung aus. Ihr Entfallen hätte das Ende von Politik überhaupt bedeutet.

»Journalist: Hat Amerika aus innerpolitischen Gründen Interesse, in der Atomfrage zu einem Arrangement zu kommen?

Adenauer: Das glaube ich nicht. Es gibt aber Amerikaner, die dieselben Erwägungen anstellen.

Journalist: Was denken Sie über die amerikanische Forschung usw. auf längerem Zeitraum?

Adenauer: Verlangen Sie von mir nichts, was ich selbst nicht wissen kann. Sie werden denken, daß sie nicht allein etwas haben und die Russen auch nicht am Ende sind. So kommt nie eine politische Geschichte zusammen. Damit können wir jetzt schließen.« (S. 528, 2. Februar 1954)

1) Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957. Mit einem einleitenden Essay von Theodor Eschenburg. Stuttgart und Wiesbaden 1981, S. 251.

2) Adenauer. Teegespräche 1950-1954. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters. Berlin 1984.

GESCHENKTIPS



256 Seiten, 24 Mark

»Piwitts Sammlung von Aufsätzen, Kritiken und Glossen ist ein schönes Beispiel dafür, daß aus der alltäglichen Ecke, aus der weder orthodox verblödeten noch spontiesk mändelnden, im Zweifelsfall noch immer die stabilsten und brauchbarsten Gedanken kommen. Zumal dann, wenn sie sich, auch wo man ihnen nicht partout zustimmen will, aufs angenehmste zu artikulieren vermögen. Piwitts Sprache ist auch da noch luftig, unaufgesetzt, unangestrengt, konzipiert und oft elegant, wo sie ihrer sozialistischen Sache sicher ist; ein derzeit seltenes Labsal jenseits der professoralen, jenseits aber auch der Seher- und Kündertypen der momentan führenden Oberaltbatrosse Handke-Strauß. 'Proleten liegen momentan nicht im Trend', erahnte Piwitt schon 1979. Hoffentlich galt die Ahnung nicht schon seinem eigenen Buch. Es ist eins, aus dem man auf 250 Seiten gewaltig viel lernen kann.«

Eckhard Henscheid

In jeder guten Buchhandlung oder direkt beim Verlag

KONKRET LITERATUR VERLAG
Osterstraße 124 · 2000 Hamburg 20

Peter Brokmeier-Lohfing

Die Metamorphosen der Politik und Saint-Simons Frage

Kapitalismus und Demokratie gehen in der Geschichte der modernen Gesellschaft eine widersprüchliche, konfliktreiche Beziehung ein. Aber auch die theoretische Durchdringung dieser Beziehung kann nicht so tun, als ob schon aller Tage Abend wäre. Das gilt auch und gerade für das herrschende Denken. Stets von neuem — und nicht etwa erst seit dem Auftreten basisdemokratischer Bewegungen — sieht es sich vor die Situation des Nicht-damit-fertig-Werdens gestellt. Das ist für jemanden, der etwas zu legitimieren hat, zweifellos eine unangenehme Situation. Aber auch diejenigen, die die Symbiose von Demokratie und Kapitalismus für ein Hirngespinnst halten, also eigentlich immer schon mit dem Problem fertig sein müßten, tun sich schwer. Dahinter steht offenbar eine zunehmende Unsicherheit in der Festlegung dessen, was das Politische sei. Es scheint immer schwieriger zu werden, sich davon einen Begriff zu verschaffen.

In solch einer Lage mag es nützlich sein, sich auf Spurensuche zu begeben. Theoriegeschichtliche Sucharbeit kann, vielleicht, zur Schärfung des Blicks beitragen. Die Spuren, die sich dabei in bezug auf das Problem der Politik- und Institutionsbegründung auftun, führen in die Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft und ihres Anderen, der sozialistischen Bewegung, weit zurück. Sie lassen sich in zwei grundverschiedene Konzeptionen bündeln:

- a) Aufgabe der Politik und ihrer Institutionen ist es, den Zusammenhang zwischen Kapitalherrschaft und Selbstentfremdung zu entschärfen und soweit wie möglich zu neutralisieren. Die Auswirkungen der Produktionsweise auf das Leben der Individuen (Vereinzelung, Atomisierung, seelische Verarmung usw.) werden in ihrer Negativität nicht geleugnet; aber um den negativen Tendenzen Einhalt zu gebieten, kommt es darauf an, aus dem »Bourgeois« einen »Citoyen« zu machen. Umwandlung der Natur des Menschen in Permanenz — dies ist der programmatische Ruf, dem die bürgerliche Gesellschaft in ihrer geschichtlichen Entwicklung gefolgt ist.
- b) Unter der Hülle der kapitalistischen Ökonomie verbirgt sich das endlich gelöste Rätsel der menschlichen Arbeit als eines Selbsterzeugungsprozesses der Gattung Mensch. Das Rätsel ist keines mehr, weil die industrielle Technik samt ihrer wissenschaftlichen Grundlage als allgemeine Arbeit erscheint. Daher kommt es, daß nicht mehr die Menschen der Ökonomie sich anpassen müssen, sondern es stellt sich umgekehrt die Frage: Wie lassen sich die Institutionen als politische Institutionen der Ökonomie, der Maschinenwelt anpassen? Oder, anders gesagt, wie verwandele ich die »Natur der Gewalt« — und nicht die Natur des Menschen? Das ist Saint-Simons Frage. Er war der erste, der sie sich stellte: der Graf Henri de Saint-Simon (1760-1825), Sproß einer alten Adelsfamilie, berühmt geworden in der Geschichte der Gesellschaftswissenschaften als utopischer Sozialist.

Betrachten wir diese beiden Konzeptionen etwas näher.

Seit seinen Anfängen in der Aufklärungsbewegung der Neuzeit sieht sich bürgerliches Denken mit dem Problem konfrontiert, Politik als imaginäres und zugleich realitätstüchtiges Gebilde theoretisch zu begründen — und mit der Politik die Gesamtheit der politischen Institutionen. Die aus den feudalständischen Fesseln sich selbst befreiende Klasse des 16., 17. und 18. Jahrhunderts traut sich zu, eine dauerhafte Lösung dieses Problems zu finden; der Anschein spricht für ihr Projekt. In der kapitalistischen Warenproduktion treten ja in der Tat die Produzenten — und das sind aus der Sicht der Bürger sie selbst — erst in Kontakt beim Warentausch; die Produktion erscheint mithin als Tätigkeit autonomer und freier Individuen, und ihr Kontakt beim Tausch als freiwilliges Vertragsverhältnis von Personen, die deshalb auch rechtlich einander gleichgestellt sind. Der Wirtschaftsprozess der Bürger ist es also, der jetzt von selbst etwas fertigzubringen scheint, was zu erreichen bislang der Politik (mit tatkräftiger Unterstützung der Kirche) oblag: die individuellen Wünsche und Handlungen mit der Gesellschaftsbildung in Übereinstimmung zu bringen. Nicht daß die politischen Instanzen und staatlichen Institutionen nun keine Aufgaben mehr hätten — was sich verändert, ist ihre Funktion und ihr Betätigungsfeld, dies allerdings gründlich. Denn nichts erscheint dem ökonomisch erstarkenden Bürgertum dringlicher, als sich jener Freiheit zu vergewissern, die dem Wirtschaftsprozess entstammt, welchen es doch selbst dirigiert. Dieser Vorgang der Selbstvergewisserung ereignet sich im Medium der Politik und die sich darauf beziehenden Problemstellungen ragen weit hinein in die politische Philosophie und Sozialtheorie der Epoche — von Montesquieu bis zu Rousseau, von Locke bis Adam Smith, und von Kant bis Hegel. Der Bedarf nach zusätzlicher Absicherung wird schließlich dann unabweisbar, wenn das Bürgertum die politische Macht erobert — auch und gerade dann, wenn, wie im Frankreich der Jahre 1789 bis 1799, dies auf revolutionärem Wege geschieht. Die Gefahr, daß in solchen Zeiten des Epochenumbruchs die politisierten eigentumslosen Massen darauf kommen könnten, daß es mit der versprochenen Freiheit und Gleichheit hapert, ist offenbar zu groß. Aber wie dem auch sei, ausschlaggebend für das neue Politikverständnis ist sein Motiv und dieses zielt darauf ab, durch Imagination zu re-präsentieren und zu vervollkommen, was im gesellschaftlichen Sein nur unvollkommen abläuft. Diesem Bedürfnis entspricht die Idee der Re-Präsentation in der Politik; die repräsentative Demokratie ist damit geboren — und im Verlauf ihres Ausbaus und ihrer Verfeinerung wird sie immer mehr zu einer irreversiblen Veranstaltung, es sei denn, die zugrundeliegende Konfiguration würde gegenstandslos werden. Das aber wäre gleichbedeutend mit dem Aufhören des imaginären Charakters von Politik.

Nun geht es nicht um imaginäre Perfektionierung unvollkommener Abläufe schlechthin. Die darauf aufbauende Konzeption des Politischen muß schließlich massenwirksam werden (und bleiben, dies vor allem), weil anders der Test der Realitätstüchtigkeit nicht erfolgreich zu absolvieren ist. Also muß die Konzeption nach der Subjektseite ergänzt werden. Die wichtigste Ergänzung scheint mir darin zu bestehen, daß der Vorgang der politischen Imagination subjektiv keineswegs als Quietismus gedacht und erlebt wird, sondern im Gegenteil als intensive Tätigkeit. Dafür sind wenigstens

zwei Umstände verantwortlich: Jedem Bewußtseinsprozeß eignet ein Moment der Selbsttätigkeit, so auch dem hier in Frage stehenden Prozeß der politischen Imagination; außerdem bleibt dieser Prozeß so eng mit politischen Aktivitäten im engeren Sinn des Wortes verbunden (diskutieren, abstimmen, demonstrieren usw.), daß letztere den imaginären Charakter des ersteren hinreichend verdecken können. Bis zu welchem Grad dies passieren kann, mag dahingestellt bleiben — springender Punkt ist, daß die Metamorphose der Politik in ein imaginäres Gebilde stets aus dem Willen zur Praxis erfolgt.

Eine andere Ergänzung nach der Subjektseite vollzieht sich dadurch, daß die geforderte Umwandlung der Natur des Menschen zum Zwecke seiner politischen Individuierung allgemein als etwas geglaubt wird, was im Grunde dieser menschlichen Natur vollständig entspricht, was also durch irgendwelche Nebensächlichkeiten in seinem Lauf bloß gestört ist. Im Grunde genommen, so heißt es seit John Lockes »Two Treatises of Government« (1690), bleiben die Menschen auch im politischen Prozeß das, was sie schon vorher in der Ökonomie waren: Bürger im Sinne von »Bourgeois«, d.h. autonome und frei handelnde, einander gleichgestellte Subjekte. Die Tatsache, daß sie zwecks Bestimmung ihres gemeinsamen Willens stets von neuem, stets von außen und auf allen gesellschaftlichen Aufgaben erinnert werden müssen, hat seine Ursache lediglich in menschlicher Unzulänglichkeit, und mit der müssen wir bekanntlich leben.

Mit dieser doppelten Subjektivierung des Politischen vollbringt die herrschende Ideologie beachtliche Leistungen, bis heute. Zum einen kann die gedankliche Transformation des »Bourgeois« in den »Citoyen« als Aufgabebetten dienen für all die nicht oder nur halb durchschauten Beschädigungen durch jene Selbstentfremdung, die mit der Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit gegeben ist. Der Anknüpfungspunkt ist dabei ausschließlich formaler Natur: In beiden Bereichen, dem ökonomischen wie dem politischen, bilden sich analoge Formen passiv erlittener Umwandlungen — so in der Ökonomie vom »historischen Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel« (Marx) bis zu den Änderungen der Beschäftigungsstruktur in der Gegenwart. Den vom Arbeitsalltag real ausgehenden Entfremdungsprozessen wird auf diese Weise partiell Rechnung getragen; und dem politischen Willensbildungsprozeß läßt sich umgekehrt ein ausreichendes Maß an Realitätsgehalt zubilligen.

Zum anderen ist es gerade dieser Formalismus der Analogiebildung der dazu führt, daß die inhaltliche Seite des kapitalistischen Produktionsverhältnisses für die Betroffenen verhüllt bleibt — ein für den Fortbestand des gesellschaftlichen Systems segensreicher Vorzug, weil so das Geheimnis der Plusmacherei als Geheimnis gewahrt bleibt. Daß und wozu die Funktionen der Individuen im arbeitsteiligen Wirtschaftsprozess, sprich in der Lohnsklaverei, realiter sich umwandeln und das mit weitreichenden Folgen — dies darf nicht zur Sprache kommen. Wer es dennoch soweit kommen läßt, fällt der allgemeinen Ächtung anheim. Ein bekanntes Beispiel dafür stellt auf dem Gebiet der politischen Philosophie Thomas Hobbes dar, Lockes theoretischer Antipode; er war es, der die Kühnheit besessen hat, von dem von ihm als »Leviathan« benannten Gemeindewesen zu behaupten, es würde den Menschen von Grund auf umkrepeln, nämlich aus einem Wolf in

einen Bürger jenes Gemeinwesens. Welch ein Sakrileg — war doch damit etwas systematisch (!) zum Gegenstand politischer Rationalität erhoben worden, was die kapitalistische Rationalität um jeden Preis leugnen mußte!

Resultat all dessen ist eine immer weiter sich vertiefende Befestigung jenes Scheins von Freiheit und Gleichheit, der, wie wir sahen, von der kapitalistischen Zirkulationssphäre ausgeht. Der Schein verdinglicht sich. Er bleibt auch dann wirksam, wenn, wie heute in fast allen industriekapitalistischen Staaten, die Krisenhaftigkeit aller ökonomischen Prozesse offen zutage tritt. Die Metamorphosen des Politischen haben einen gemeinsamen Bezugspunkt: die »Anrufung der Individuen als Subjekte« (Althusser). Die Anrufung in Permanenz verkittet auftretende Widersprüche und Brüche der sozialen Herrschaftsausübung.

Wie kann sich so etwas Utopisches wie Saint-Simons Frage dagegen überhaupt Geltung verschaffen?

Die Gebrechen des Kapitalismus haben gewiß ihren Ursprung im Mechanismus der Verwertungs- und Profitökonomie — aber sie sind doch auch zugleich die Gebrechen der Moderne. Der von ihnen ausgehende ideologisch-weltanschauliche Sog ist immens. Er erfaßt das Denken der Menschen ebenso wie der gesellschaftlichen Klassen mit einer solchen Macht, daß die Aussichten für widerständiges Denken von Anfang an schlecht sind. Sie werden um so schlechter, je unaufhaltsamer der Aufstieg des Kapitalismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts erscheint. Es ist deshalb falsch, sich vorzustellen, daß zunächst der vormarxistische Sozialismus und hernach der Marxismus gewissermaßen nur ausgeheckt zu werden brauchten, um mit dem Anspruch der Gleichrangigkeit, wenn nicht Überlegenheit sich im Kreis der herrschenden Gesellschaftslehren und Politiktheorien einen passenden Platz zu suchen. (Um Mißverständnissen vorzubeugen: Hier ist die Rede von Entwicklungen der Theorie, nicht der sozialen Bewegung, ihrer Organisationen und ihrer Kämpfe!) Es handelt sich in der Theoriengeschichte mitnichten um die Gegenüberstellung von Position und Gegenposition, von Macht und Gegenmacht. Wir haben es vielmehr vorab mit einer herrschenden Ideologie zu tun, hier des ökonomisch und politisch immer weiter erstarkenden Bürgertums, die ihren Einfluß auf verschiedene Weise ausübt: entweder artikulieren sich oppositionelle Gedanken in ihrem Rahmen oder aber die neue Wissenschaft von der Gesellschaft (und von der Politik) erleidet in der Arbeit der Rezeption empfindliche Einbußen, da die Rezipienten ihrerseits ja aus ihrer Haut nicht herauspringen können und demgemäß die oppositionellen Theoreme zumindest partiell im Geist der herrschenden (bürgerlichen) Denkweise aufzunehmen gezwungen sind. Dessen ungeachtet bleiben natürlich gewisse Theorieelemente erhalten; es ist jedoch nicht auszuschließen, daß einige von ihnen bis zur Unkenntlichkeit verdorben sind. Lassen wir einmal die sicher zahlreichen Mischformen beiseite, so steht der vormarxistische oder utopische Sozialismus (eines Saint-Simon, eines Fourier usw.) als Beispiel für die erste Variante der Einflußnahme, während sich an der Lehre von Marx und Engels der zweite Typus exemplifizieren läßt.

Von diesen Prämissen ausgehend, läßt sich Saint-Simons Frage sowohl unter dem Gesichtspunkt ihrer Entstehung als auch unter dem Blickwinkel ihrer Rezeption und ihres möglichen Weiterlebens differenziert verorten.

Zunächst gilt es festzuhalten, worin das widerständige Moment der Frage besteht. Sie lautet ja: wie kann man es erreichen, daß die politischen Institutionen sich der Technik und der Industrie anpassen? Oder mit anderen Worten: wie ist es möglich, die politische Assoziation der Individuen nicht mehr in deren abstrakten (weil von der Assoziation abgetrennten) subjektiven Fähigkeiten und Rechten zu verankern, sondern in solchen Institutionen, die der modernen Technik und ihren zukünftigen Möglichkeiten dienen.

Auf den theorieimmanenten Zugang Saint-Simons zu dieser Problemstellung, an der er ab etwa 1803 arbeitete, gehen wir an dieser Stelle nicht näher ein; wir begnügen uns mit dem Versuch, den Punkt zu fixieren, auf den es unter dem Aspekt einer theoriegeschichtlichen Spurensuche (in der eingangs erwähnten Bedeutung) ankommt. Demnach besteht das Neue an Saint-Simons Frage in ihrer souveränen Mißachtung der objektiven Notwendigkeit, dem Subjektivismus der bürgerlichen Politik- und Institutionenbegründung auf irgendeine Weise ideologisch Rechnung zu tragen. Die Metamorphosen des Politischen interessieren ihn nicht. Diese Mißachtung erwächst aus der Erkenntnis, daß die Grundlage der modernen Gesellschaft die Industrie sei — und nicht der Vertrag oder der allgemeine Wille (oder Gott). »Tout se faisant par l'industrie, tout doit se faire pour elle.« Indem Saint-Simon jedoch Technik und Politik unvermittelt zusammenschloß, bewegt er sich nicht nur nicht in Richtung der Eisenbahnstraße bürgerlichen Denkens — er schlug vielmehr, ob er wollte oder nicht, die entgegengesetzte Richtung ein. War doch damit etwas thematisiert worden, was unter den Bedingungen der Klassenspaltung in der alteuropäischen Gesellschaft seit dem Untergang der griechischen Polis so nicht mehr denkbar, geschweige denn zu verwirklichen gewesen war: die Selbstverwirklichung der freien und gleichen Menschen sowie ihre Aneignung der Natur vermittels Arbeit und Technik ereignen sich als Gleichzeitigkeiten in ihrer gemeinsamen politischen Existenz.

Nun verweist die von Saint-Simon unterstellte Klassenlosigkeit auf eine Ambivalenz. In seiner Konzeption unterscheidet er zwei soziale Großgruppen, die »Müßiggänger« (worunter er alle Nichtproduzenten versteht, z.B. Adelige oder Priester) und die »Industriellen« (das sind in seinem Verständnis alle produktiv Tätigen, die teils direkt, teils indirekt mit der Produktion in Verbindung stehen — Eigentümer ebenso wie Nichteigentümer, Händler ebenso wie Wissenschaftler). Da nun in seiner Vorstellung die erste Gruppe tendenziell funktionslos wird, bleibt für die Führung der allgemeinen Verwaltungs- und Regierungsgeschäfte nur noch die Gruppe der »Industriellen« übrig. Dadurch gelingt Saint-Simon zwar die Legierung von »Arbeit« und »Politik«, aber zugleich entschwindet ihm der gesellschaftliche Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital (wobei wir die zu seinen Lebzeiten nur rudimentäre Gestalt dieses Antagonismus ihm natürlich zugehalten müssen). Das aber bedeutet, daß er im Rahmen der entstehenden bürgerlichen Harmonievorstellungen verbleibt.

Nicht ambivalent sondern eindeutig fällt dann Saint-Simons eigene Antwort auf seine Frage aus. Sein Plan einer von Bankiers, Technikern und Unternehmern geleiteten Gesellschaft erscheint ihm nur realisierbar in Form eines Drei-Kammer-Systems, d. h. in Form von repräsentativen Ver-

treterungskörperschaften, in denen sich die industrielle und wissenschaftliche Intelligenz versammelt. Damit verfängt er sich vollends im Dickicht bürgerlichen Politikverständnisses, von dem wir ja sahen, daß es in bestimmter Weise um die Idee der Repräsentation zentriert ist. Der Technokratie-Vorwurf, der in der Saint-Simon-Diskussion immer wieder erhoben worden ist, besteht zu Recht — aber geht damit auch die Frage unter, von der dieser Denker ausgegangen war?

Inmitten des Stimmengewirrs des europäischen 19. Jahrhunderts hört sich Saint-Simons Frage nur wie das einmalige Anschlagen eines Tons an. Der Ton war zudem neu und gänzlich unpassend. Daran gemessen erscheint es nicht verwunderlich, wenn er recht bald in Vergessenheit geriet. Dafür sorgte allein schon die Rubrizierung »utopischer Sozialismus«. Daß Marx den Ton gehört, aufgenommen und in seine wissenschaftliche, nicht mehr utopische Theorie der Gesellschaft eingearbeitet hat, wird man annehmen dürfen (auch wenn der Tatbestand selber weitgehend unerforscht ist). Leider besagt das aber nicht viel. Die Schicksale des Marxismus im 19. und 20. Jahrhundert sind ja von der Art seiner Rezeption in der deutschen und internationalen sozialistischen Bewegung nicht zu trennen. Stand aber diese Rezeption nicht von Anfang an in Gefahr, die Metamorphosen des Politischen in der bürgerlichen Gesellschaft zu verkennen? Mit dem Resultat, sie am Ende auch anzuerkennen? Und ist die soziale Bewegung nicht mehrfach in ihrer Geschichte dieser Gefahr erlegen, auch dort, wo sie marxistisch inspiriert schien? Wenn das so ist, müssen wir damit rechnen, daß die Frage Saint-Simons im Marxismus verschwunden, daher unauffindbar ist. Auf der anderen Seite bringen sich die gegenwärtigen Fragen nach dem Verhältnis von Technik und Politik immer stärker zur Geltung — auch in den politischen Organisationen der Linken, auch in den Gewerkschaften. Erneuerungen der Marx-Rezeption auf veränderter Grundlage sind angesagt, liegen nahe. Wird man Saint-Simons Frage wiederfinden?

Und den Geführten wird, im Leerlauf der Organisation, vor der ewigen Taktikerfrage: »Also was tan mr jetzt?« bald die Antwort einfallen: »Jetzt tan uns die Fuß' weh«.

Karl Kraus

Thomas Neumann Minister Fischer

Die außerparlamentarische Opposition am Kabinetttisch in Wiesbaden ist der Höhepunkt der Belle Epoque der 68er. Noch ehe die einen mit der SPD aktionseinig geworden sind, ist man auf dem von Minister Fischer eingeschlagenen Weg schon soweit, die Eideszeremonie zu proben.

Als hätten sie's gehaut, schreiben André Leisewitz und Kaspar Maase in den *Blättern für deutsche und internationale Politik*, (10/85): »Die antietatistisch-aggressive Linie, die die gegenwärtige Regierung vertritt, scheint sich relativ schnell zu verschleifen.« »Der Wechsel zu einer reformistisch-etatistischen Entwicklungsvariante sozialdemokratischer Prägung könnte starke Impulse für die Kräfte der Veränderung ergeben.« Auf ihre Weise kommentierte die *DVZ/tat* (1.11.85) das Ereignis, bzw. die abwehrenden Reaktionen der CDU und des Kapitals: »Zieht man von allen politischen Kommentaren das vordergründige politische Alltagsgeschäft einmal ab — es bleibt als Kern des Streits: die Grünen dürfen nicht dazugehören; in Regierungen, im 'Staat' ist für sie kein Platz.« Die den Staat umhüllenden Anführungszeichen sind einem Rest von Scham geschuldet, den Vorbehalten einer antimonopolistischen Demokratie.

»Dazugehören« ist das Schlüsselwort, der Sesam-öffne-dich des Reformismus von Anbeginn. Seit einiger Zeit ist nicht zu überhören, daß die BRD in linken Kreisen »Die Republik« genannt wird, eine neue Variante des Themas verspätete Nation, eines auf den inneren Reichstagen der Linken erdachten Nationalstaates, zu dem man gehört, der zur Wirklichkeit drängt.

Ja, haben wir in unseren Kämpfen nicht das Recht aufs Dazugehören er-

worben? Haben wir nicht mit Berufsverboteopfern und medialem Totschweigen, mit Kahlschlagpolitik und Militarisierung der Hochschulen gut bezahlt? »Ist es ausgeschlossen«, rufen Maase und Leisewitz wie auf jenem Bild des norwegischen Malers, »ist es ausgeschlossen, daß diese Auseinandersetzungen in neuer Dimension« — und die Dimension heißt »reformistisch-etatistische Entwicklungsvariante« — »ist es ausgeschlossen, daß diese Auseinandersetzungen in neuer Dimension die Konsequenzen nahelegen, daß der Bruch mit dem kapitalistischen System gewagt werden muß und Erfolgsaussichten hat?« Es war immer ausgeschlossen, übers Dazugehören zum Bruch zu kommen. Das ist die Geschichte mit der Bahnsteigkarte.

»Wie sollen wir Grünen«, fragt nun Frieder O. Wolf, der alte Hase, »uns innerhalb des Mechanismus des Wechselspiels von Regierung und Opposition in den kommenden Wahlkämpfen verhalten?« *Kommune*, (11/85). Außerhalb, wenn es um den Bruch geht, wo nicht, ist der Opposition beizutreten. Sie könnte mit dem Opponierten eines Tages die Koalition eingehen. Aber, wozu sagt man's ihnen? Wie die Zeiten sind, ist's wieder linksradikal.

Als Johannes Agnoli 1967 im Voltaire-Verlag — der Name war schon eine Erinnerung an die Kostüme — über den »Staat als Friedensstifter« anmerkte, unvermeidlich führe er zur »Verstaatlichung des Bewußtseins«, da waren Minister Fischer, Frieder O. Wolf und die anderen Republikaner von heute noch jung. Joschka war 20 Jahre alt und packte den Tornister, um die Metropolen zu verlassen. Die Revolution kommt von den Dörfern, hatte er gelernt. Und als er wiederkam, ging er den

Pflasterstrand entlang. Die Erfahrung des Landlebens hatte ihm die Umwelt in den Blick gerückt, die vom Kapital noch sträflicher als die Arbeiterklasse vernachlässigten Kläranlagen.

Später gab Freimut Duve, der Jo Leinen um sein Amt beneidet, Fischers Erinnerungen als ro-ro-aktuell heraus. Ein illustres Bändchen: der tote Ohnesorg, der tote Che, das Warschauer Getto, Chatila und Sabra, Arafat, Ernst Jünger, die Parteitage der Grünen — alle Stationen auf Joschkas politischem Bildungsweg sind zu besichtigen; er kommentiert: Was sich geändert hat, »sind wir, weniger die Wirklichkeit. Man könnte sagen: Wir sehen die Wirklichkeit mit anderen Augen.« Also nochmal: »Es bleibt als Kern des Streits: die Grünen dürfen nicht dazu gehören, in Regierungen, im 'Staat' ist für sie kein Platz.« Ärgerlich, daß CDU + Kapital alles Frühere so ernst genommen haben, daß noch immer der Argwohn des Klassenkampfs ihr Bewußtsein trübt.

*

Die in den Sechzigern entstandene außerparlamentarische Opposition, die eine Renaissance des Marxismus in der BRD einleitete und einschließlich der hessischen Verstaatlichung der Grünen alle Aktionen bis heute inspiriert, ist ausgelaufen, hat die Substanz verloren. Aufgezehrt von der lange zurückgestauten Sehnsucht nach Anerkennung nimmt sie ihre falschen Träume als Wirklichkeit, sieht sie »die Wirklichkeit mit anderen Augen«, als reformistisches Subjekt, dem niemand sich verweigern mag.

Ein »neues Selbstbewußtsein«, Franz Sommerfeld, *DVZ/tat* (15. 11. 85), bricht sich Bahn: »Die Bundesrepublik wurde republikanischer (...). Das klassische Feindbild der Republik — die Verbindung von innerem und äußerem Antikommunismus — wird von der Wirklichkeit abgebaut.«

Auch so läßt die Tatsache sich mitteilen, daß der Marxismus bei uns, nicht nur von seinen Gegnern, auf ein kümmerliches Dasein heruntergedrückt wurde. Die Theorien sind versumpft. Aus Torf lassen sich keine Funken schlagen.

Der marxistische Aufbruch der sechziger Jahre war konkret und abstrakt zugleich. Konkret in der Entgegensetzung gegen Notstand und Vietnamkrieg, abstrakt in der wiewohl marxistischen Theorie, die fast bruchlos den Typus der Weimarer Klassenkämpfe adaptierte — in allen Farben des linken Spektrums. Die auf die zwanziger Jahre fixierte Theorie machte sich von der Bundesrepublik ein irreales, das Bild einer 20er-Jahre BRD. Die Assimilationskraft des Nachfolgereiches wurde unterschätzt, die realen Zerstörungen des Faschismus, die ihn überlebten, unwillig zur Kenntnis genommen, die Fähigkeit zu trauern als bürgerlicher Schmonzes abgetan, die Unfähigkeit in dieser Tugend im Pathos der Wahrheit erstickt, Geschichte verallgemeinert, eine Periodisierung.

Das ist die »Frucht zweier verlorenen Weltkriege, des Faschismus als harter Variante der 'Gleichschaltung' nicht weniger als des bundesrepublikanischen Sozialstaates, als weicher Variante der Beseitigung von solidarischen Lebenszusammenhängen und ihrer Ersetzung durch Abhängigkeit vom gesellschaftlichen 'Ganzen', das heißt von Lohn und staatlichen Transferzahlungen.« Joscha Schmierer in der *Kommune* (11/85), und weiter: »Sieg des Faschismus und Niederlage im Zweiten Weltkrieg haben in entgegengesetzter Weise dazu beigetragen, den Rest vom 'moralischen Kapital' der 'Ehre' niederzumachen, so daß schließlich nichts übrig bleibt, als ökonomisch-abstrakte Klassen, die sich in sinnleeren Mittel-Zweck-Organisationen zusammenschließen und gelegentlich mobilisiert werden zu geregelten Feldzügen, und Individuen, die sich durchschlagen und

nur in der Kleinfamilie oder in eingefriedeten, auf die Sozialität als solche ausgerichteten Vereinen, einen Rückhalt finden. Dies endlich ist die Gesellschaft, in der sich die Verwertung des Kapitals als reiner Sachzwang durchsetzt, an dessen Funktionieren alle Reproduktion der vollkommen Lohnabhängigen hängt. Irgendwelche dauerhaften, sozial festumrissene und an bestimmten Punkten lokalisierte Widerstandspotentiale gegenüber der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung gibt es kaum mehr. Sie sind flachgemacht.« Ein starkes Stück, viel ist dran.

Die BRD ist ein abnormes Land. Sie ist, ob immer sie atomwaffenfrei werden wird, judenfrei und wird es bleiben, eine Gesellschaft ohne bürgerlichen Konservatismus. Sie ist das Land der besiegten Arbeiterbewegung; ein Ort, wo man den Mund nicht so voll nehmen sollte. Aber »viele beginnen aus der Widersprüchlichkeit der deutschen Situation herauszudrängen. Harmonisierende Begriffsschimären wie Nation oder nationale Identität gehen um, allesamt, würden sie praktisch, Kriegserklärungen an die sozialistischen Staaten. (...) Die Aufklärung beerben, wird für die Deutschen (dagegen, T.N.) heißen müssen, mit den Widersprüchen zu leben, die sie selbst erzeugten. Wo sind die Koalitionen zur Verteidigung des Worts Vernunft?« Gerd Fuchs, *Debatte* (2/85). Joscha Schmierer antwortet, etwas romantisch aber nachdenkbar: »Medium eines solchen Versuchs müßte die Öffentlichkeit sein, und in ihr müßte die Linke wieder zu eigenen Formen finden. Vielleicht stehen jetzt, wie am Anfang dieser Bewegung wieder so was wie Republikanische Klubs, kritische Universitäten etc. auf dem Programm, damit sie nicht in Intimität versinkt und anschlussfähig bleibt.« Vorläufig aber sind wir beim Republikanismus und seinem ersten Minister. Ihr Auferstehungsdatum hatte die neue Republik am vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes, der Niederlage, des Zu-

sammenbruchs, der Befreiung — dieser vier sich auf einen Tag vereinigenden Jubiläen im Mai des Jahres. Die Begeisterung über die Rede des Bundespräsidenten, der allen aus den Herzen das befreiende Wort sprach, war republikanisch auf BRD-Art. Von außen nahm sich's etwas anders aus.

»Ich möchte sagen«, sagte der dreißigjährige Leo Löwenthal zu Peter Glotz (in der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 10/85), »das, was sich in der Bundesrepublik um den 8. Mai 1985 vollzogen hat, war eine Illustration dessen, was ich meine: eine fürchterliche Orgie, ein Versuch, die Geschichte gleichsam vom Punkt Null neu zu schreiben, eine Art unheilvoller Heilsgeschichte. Es werden wieder Gedanken formuliert, von denen man hätte glauben mögen, daß sie gar nicht mehr gedacht werden können, wie zum Beispiel der eines mythologischen Neoliberalismus — und derartige Formulierungen haben wieder eine Öffentlichkeitsbreite, die noch vor einigen Jahren unmöglich gewesen wäre, möchte ich sagen. Nehmen Sie die FAZ, in der Leitartikel erscheinen über das Volk, das 'bis ins siebte Glied verfolgt'. Unglaublich: eine Massenillustrierte wie die 'Quick' kann die Titelseite so arrangieren, daß rechts unten neben dem Foto einer halb nackten Frau der Titel 'Die Macht der Juden' eines Artikels erscheint, der dann im Inhalt selbst eine unverschämte Entstellung des sogenannten jüdischen Einflusses in den Vereinigten Staaten — und damit wohl der Welt — enthält. Da stehen neben anderen der üblichen antisemitischen Klischees solche Sätze wie 'vier Millionen Juden — jüdische Quellen sprechen von sechs — sind umgekommen'. Das, Herr Glotz, sind Dinge, die dazu beitragen, das Geschichtsbewußtsein zu korrumpieren. Ich will mich jetzt mäßigen und nicht in die groteske Situation geraten, die Mitarbeiter des 'Konkurbuchs' oder ewas Botho Strauß mit vulgären politischen Tendenzen in Zusammen-

menhang zu bringen. Das wäre Unsinn. Aber ich will sagen: Die gegenwärtige Atmosphäre der Bundesrepublik ist verwirrend und weist eben auch solche Strömungen auf. Ich bedaure, daß sich keine klaren Gegenströmungen zu den eben erwähnten und der sogenannten Wende abzeichnen. Bitter füge ich hinzu: Ich fürchte, daß die intellektuelle Linke bisher versagt.«

Der Betroffenheit, die nichts kostet, folgte die Identifikation, nach der niemand gefragt hat. Der »Kampf« um

den Wald drängte zur Heimat. Der auf die Gattung herunter geholte Friede schuf die Nation. Wir sind angekommen. Joschka Fischer kann »Minister« werden. Die »reformistisch-etatistische Entwicklungsvariante« ist ein Sprungbrett für den »Bruch.« Die »Wirklichkeit« verdrängt die »klassischen Feindbilder«. Die klassischen Klassen kommen einander näher. Der »Anwalt der Umwelt«, Fischer nennt sich nun so, kann mit seiner Umwelt, einer beruhigten Klientel, zufrieden sein.

KUNZE Vielleicht sollten wir überhaupt mehr die Gemeinsamkeit betonen. Wir wollen doch hier keine Fehlerdiskussion. Wem nützt sie?

HINZE verstummte; das heißt, er nahm nun an der Diskussion teil.

HINZE Du meinst, wir brauchen nicht die Kritik, wir sehn die Zustände.

KUNZE (nickte:) Wir haben die Weltanschauung.

HINZE So hoch würd ich gar nicht greifen. Ein Ausschnitt kann schon viel lehren. Man sollte mit einer Landanschauung beginnen. Oder gegebenenfalls auf einen Menschen sehn, wie er hinkommt.

KUNZE Wo er hinkommt; auf welcher Seite er steht!

HINZE Gewiß, aber wenn man nur die Seite betrachtet und keine Menschen darauf, möchte sie unbewohnbar scheinen. Das Überraschende ist aber immer, daß Leute da leben, das unterschätzen wir. Dabei ist es das einzige Argument, für die Betroffenen. Wir verschenken es.

KUNZE Weil wir großzügig sind. Eine große Idee ist nicht darauf angewiesen, daß sie in jedem Moment stur bleibt.

HINZE Das ist wahr. Wenn es nur im Großen stimmt, der einzelne muß sehn, wo er bleibt. Natürlich darf man ihn nicht entmutigen. Deshalb ist es gut, von Zeit zu Zeit auch kleinere Ideen und Vorschläge anzubringen, die anwendbar sind. Aber damit haperts. Obwohl, ich will nicht ungerecht sein. Wir haben dafür die große Idee in ein handliches Format gebracht, so daß sie die spontanen Gedanken ersetzen kann. Man kann die Idee bei sich führen, in der Aktentasche oder der Frühstücksbüchse, für den Fall es konkret wo mangelt. Das ist eine Leistung unserer Philosophen, die Praktiker sind und sich in der Theorie nicht ablenken lassen.

Volker Braun

GESCHENKABONNEMENT

DÜSSELDORFER DEBATTE

Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

1986

Wenn Sie auf der einliegenden Einzugsermächtigung vermerken „ab 12/85“, dann beginnt das Geschenk mit dieser Nummer noch vor Weihnachten.

Wer die DEBATTE abonniert,
bekommt nichts als die DEBATTE.

Wer sie verschenkt oder einen anderen Abonnenten wirbt,
hat ebenfalls den Lohn der guten Tat im Diesseits,
insofern die DEBATTE mit solcher Hilfe weiterbesteht.

Wie willkommen ist uns da eine Philosophie, die den Vortheil unserer Wissensbegierde mit dieser Neigung zum Wunderbaren und mit dieser arbeitsscheuen Flüchtigkeit, welche der Jugend eigen sind, vereinigt, alle unsere Fragen beantwortet, alle Räthsel erklärt, alle Aufgaben auflöst! eine Philosophie, die desto mehr mit dem warmen und gefühlvollen Herzen der Jugend sympathisiert, weil sie alles Unempfindliche und Todte aus der Natur verbannt, jeden Atom der Schöpfung mit lebenden und geistigen Wesen bevölkert, jeden Punkt der Zeit mit verborgenen Begebenheiten befruchtet, die für künftige Ewigkeiten heran reifen! Ein System, worin die Schöpfung so unermeßlich ist als ihr Urheber; welches uns in der anscheinenden Verwirrung der Natur eine majestätische Symmetrie, in der Regierung der moralischen Welt einen unveränderlichen Plan, in der unzählbaren Menge von Klassen und Geschlechtern der Wesen einen einzigen Staat, in den verwinkelten Bewegungen aller Dinge einen allgemeinen Richtpunkt, in unsrer Seele einen künftigen Gott, in der Zerstörung unsers Körpers die Wiedereinsetzung in unsre ursprüngliche Vollkommenheit, und in dem nachtvollen Abgrunde der Zukunft helle Aussichten in grenzenlose Wonne zeigt! - Ein solches System ist zu schön an sich selbst, zu schmeichelhaft für unsern Stolz, unsern innersten Wünschen und wesentlichen Trieben zu angemessen, als daß wir es in einem Alter, wo alles Große und Rührende soviel Macht über uns hat, nicht beym ersten Anblicke wahr finden sollten.

Christoph Martin Wieland (Agathon)

Heinz D. Dombrowski

Mathematisierung von Gesellschaft, Natur und Mathematik

Seit längerer Zeit beschäftige ich mich mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen, in denen die Mathematik lebt, mit dem Verhältnis zwischen dem Mathematischen und dem Natürlichen und mit den Beziehungen zwischen Mathematik und Denken und Sprache. Auch über das »Wie« der Erforschung dieser Themen habe ich immer wieder nachgedacht, und es hat sich dabei gewandelt. Während ich ursprünglich jedenfalls im Rahmen der Wissenschaft bleiben wollte, möchte ich jetzt das »Wie« eher »philosophisch«, im Unterschied zu »wissenschaftlich«, verstehen. »Das Problem der Wissenschaft kann nicht auf dem Boden der Wissenschaft erkannt werden.« (Nietzsche)

Die Philosophie der Wissenschaft tendiert dazu, Mathematik und Naturwissenschaft getrennt und ganz verschieden zu behandeln. Als Ausnahme dieser fatalen Regel ist Kant zu nennen, der bekanntlich »in jeder besonderen Naturlehre nur soviel eigentliche Wissenschaft« fand, »als darin Mathematik anzutreffen ist«. Unter den neueren Philosophen nenne ich Husserl als weitere Ausnahme. Sein Spätwerk (1935) hat mich dazu angeregt, den philosophischen Zugang zur Mathematik über den Prozeß der Mathematisierung zu suchen.

Unter dem Gesichtspunkt der Mathematisierung betrachte ich die Gesellschaft, die Natur und die Mathematik selbst. Obwohl ich in jede Richtung nur wenige Schritte vorführen kann, wird sich doch, so hoffe ich, zeigen, daß die Untersuchungen nicht in die drei Richtungen auseinanderstreben, sondern schließlich verschmelzen.

Philosophie ist wesentlich Nachdenken über Selbstverständliches. Ich beginne mit einer Selbstverständlichkeit, die Husserl ausgesprochen hat:

»Die Welt ist vorwissenschaftlich in der alltäglichen sinnlichen Erfahrung subjektiv-relativ gegeben. Jeder von uns hat seine Erscheinungen, und jedem gelten sie als das wirklich Seiende.« Dennoch »glauben wir an die Welt mit denselben uns nur verschieden erscheinenden Dingen«. Wie können wir die »Diskrepanz unserer Seinsgeltungen« überwinden? »Ist nicht in den Erscheinungen selbst ein Gehalt, den wir der wahren Natur zusprechen müssen? Dahin gehört doch ... alles, was ... die ... Geometrie und überhaupt die Mathematik ... lehrt.« (Husserliana, Bd. VI, 20f.)

Die Mathematik ist also das Mittel zur Überwindung der subjektiven Relativität. So entsteht bei Galilei (sagt Husserl) »die Idee einer mathematischen Naturerkenntnis« (ebenda, 21). Das Mathematische in den Erscheinungen ist also die wahre, objektive Natur.

Kurz etwas über den Kontext, in dem das Zitat bei Husserl steht. Husserl versucht, die »Mathematisierung der Natur« philosophisch als eine Tat Galileis zu rekonstruieren, und die zitierten Sätze stehen am Beginn, als eine »das Galileische Denken motivierende 'Selbstverständlichkeit'« (ebd. 21).

Tatsächlich geht aber die »Galileische Selbstverständlichkeit« über in die Husserlsche Erklärung, wie »die Idee einer mathematischen Naturerkenntnis« entsteht.

Ich werde diese Husserlsche Erklärung in die drei schon genannten Richtungen ausdeuten: hinsichtlich der

- Gesellschaft,
- Natur,
- Mathematik.

Ich komme also dreimal auf Husserls Erklärung zurück.

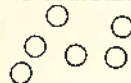
Mathematisierung und Gesellschaft

Zunächst möchte ich eine bestimmte bürgerliche (= neuzeitliche) Denkform in Husserls Erklärung verdeutlichen. Dazu zeichne ich die Erklärung schematisch auf und vergleiche sie mit einer anderen Erklärung. In dieser geht es um die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft.

Hobbes:

vor- u. außergesellsch.:

»Naturzustand«

jeder hat ein
Recht auf alles

Krieg aller gegen alle

Frieden

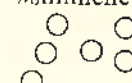
Staat

bürgerliche
Gesellschaft

Husserl:

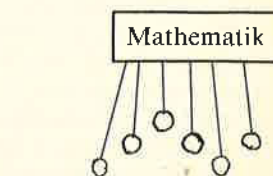
vor- u. außerwissensch.:

»sinnliche Erfahrung«

jedem gelten seine
Erscheinungen als das
wirklich SeiendeDiskrepanz der subjek-
tiven Seinsgeltungen

Einheit der Natur

Mathematik

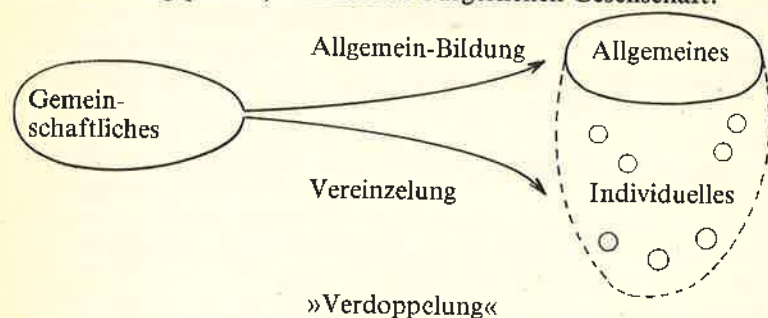
mathematische
Naturwissenschaft

Die mathematische Naturwissenschaft entstand gleichzeitig mit der bürgerlichen Gesellschaft, und ein Zeitgenosse Galileis, Thomas Hobbes, verfaßte eine berühmte Theorie über die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft.

Es geht in dieser Theorie darum, die einander widerstrebenden Interessen und Bedürfnisse der Individuen zum Ausgleich zu bringen. Dies geschieht durch eine kunstvolle menschliche Schöpfung, den Staat (als Institution, Verfassung, Macht).

In der Analogie, einer Art Isomorphie der Denkform, werden also Staat und Mathematik verglichen (gleichgesetzt). (Gedankliche Verbindungen zwischen Staat und Mathematik herzustellen, ist nicht originell; Platon, aber auch Hilbert und Weyl taten es). Uns soll die Analogie vor allem die kritische Würdigung des Gedankengangs von Husserl erleichtern. Es steckt ein merkwürdiges ahistorisches Element darin: die Gleichsetzung vor = außer, vorwissenschaftlich = außerwissenschaftlich, vorgesellschaftlich = außergesellschaftlich. Genauer zeugt dies von einer halbherzigen Geschichtsauffassung: Geschichte findet nur im »Überbau« statt, nicht in der »Basis«. Staat und Mathematik entstehen, sind historische Erscheinungen, aber die Individuen in ihrem Alltagsleben bleiben sich gleich.

Hobbes und Husserl haben geahnt, daß die Entstehung des Staates bzw. der Mathematik mit der Vereinzelung des Menschen zusammenhängt; daß die Vereinzelung die Bildung eines Allgemeinen (Staat, Mathematik) hervorruft. Sie verstanden jedoch die Vereinzelung als Urzustand, nicht als Entwicklungsprozeß, nämlich zur bürgerlichen Gesellschaft.



Der Mensch als einzelner, als Person, als unabhängiges und einsames Individuum, ist ein Ergebnis der Entwicklung zur bürgerlichen Gesellschaft. Der vorbürgerliche Zustand ist die Gemeinschaft, deren Mitglieder in familiärem Zusammenhang miteinander leben. Der Soziologe Ferdinand Tönnies beschrieb (1887) den Unterschied zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft u.a. wie folgt: »In Gemeinschaft mit den Seinen befindet man sich von Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden. Man geht in die Gesellschaft wie in die Fremde.« Inhaltlich und implizit findet man den Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft bei Marx, den Tönnies auch anerkennend erwähnt. Ebenso habe ich die Form, in der ich die Theorien von Hobbes und Husserl kritisch ausdeute, von Marx gelernt.

Die Gemeinschaft ist also das Gegenteil von Hobbes' Naturzustand mit dem Krieg aller gegen alle; und das gemeinschaftliche Naturverständnis ist das Gegenteil von Husserls (individueller) »sinnlicher Erfahrung«. Ursprüngliches Naturverständnis und Naturverhältnis ist magisch-religiös, zauberhaft, und bestätigt und betätigt sich in gemeinsamer ritueller Erfahrung.

Eine Gemeinschaft bedarf weder des Staates noch der Mathematik zur Gewährleistung ihrer Einheit. Diese ergibt sich vielmehr aus inneren, gewachsenen Lebenszusammenhängen, während Staat und Mathematik als »Instanzen« die Koordination der Individuen gleichsam äußerlich vollziehen. Würden der Gesellschaft diese äußeren Klammern fehlen, so hätten wir den chaotischen Zustand, den Hobbes und Husserl als Urzustand postulieren. Dieser »Urzustand« ist also ein Spiegelbild unseres Gesellschaftszustands, eine Art Karikatur unseres bürgerlichen Lebens.

Im bürgerlichen Selbstverständnis liegt, wie Marx entdeckt hat, eine eigentümliche Verkehrung:

- Gesellschaftliches erscheint als Natürliches,
- Natürliches erscheint als Gesellschaftliches.

Konkret hier: der angeblich natürliche Urzustand ist vielmehr eine Karikatur der Gesellschaft; andererseits ist das verselbständigte Allgemeine (Staat, Mathematik) durch Metamorphose aus Ur-Gemeinschaftlichem entstanden (in der Zeichnung angedeutet durch die Gestalt des Kringels). Für die Mathematik mag diese Behauptung spekulativ erscheinen.

Es geht um etwas Mysteriöses, das geheimnisvolle Wesen der Mathematik:

- als Tätigkeit ist sie so individuell wie keine andere, das Resultat aber ist so allgemein wie nichts anderes;
- als Tätigkeit ist sie so subjektiv wie keine andere, das Resultat aber ist so objektiv wie nichts anderes.

(Was die Objektivität betrifft, so erinnere ich an die Husserl-Galileische Bemerkung, daß das Mathematische das wahre Objektive ist.)

Dieses widerspruchsvolle Wesen der Mathematik ist m. E. nur aus seiner gemeinschaftlichen Urnatur zu verstehen: Hier sind Individuelles und Allgemeines, Subjekt und Objekt noch nicht getrennt.

Insbesondere behaupte ich, daß die Mathematik so wenig durch die Tätigkeit der Mathematiker entsteht wie der Staat durch die Tätigkeit der Beamten und Politiker.

Mathematisierung der Natur

Ich kehre zum Ausgangspunkt zurück: zu Husserls Erklärung von Galileis Mathematisierung der Natur. Den Gegenstand der Mathematisierung, die Natur, bestimmt Husserl zunächst subjektiv als Welt der sinnlichen Erfahrung, dann objektiv als Welt der Dinge.

Wir sind von Dingen umgeben, die zu mathematischer Betrachtung herausfordern: Tafel und Kreide, Tisch, Hörsaal, Gebäude sind geometrisch geformt; technische Dinge, z.B. Uhr, Auto, Computer sind auch innerlich mathematisch durchgeformt und funktionieren nach mathematischen Ge-

setzen. Wenn dies die Natur ist, so können wir mit Galilei sagen, das Buch der Natur sei in mathematischer Sprache geschrieben, oder mit Kant definieren, Natur sei »die Existenz der Dinge unter Gesetzen«. Allerdings, so tautologisch haben Galilei und Kant das nicht gemeint. Die Welt der Dinge, die ich aufzählend beschrieb, ist eine vom Menschen mathematisch gestaltete Welt, nicht die vom Menschen unabhängig existierende Natur.

Die vom Menschen unberührte Natur zeigt sich nur ganz ausnahmsweise in mathematischer Gestalt. Inzwischen ist allerdings unberührte Natur überhaupt auf der Erde zur großen Seltenheit geworden. Um so lieber schauen wir himmelwärts zu den Sternen. Da finden wir Punkte, Drei- und Vielecke und auch Kreise, ja sogar Bewegungen, die nach mathematischen Gesetzen ablaufen. Ohne Zweifel haben diese Himmelserscheinungen die mathematische Weltansicht inspiriert.

Wenn man aber außer dem Sternenhimmel auch den Wolkenhimmel in Betracht zieht, so kann man zur Auffassung kommen, daß sublunar, d.h. zwischen Erde und Mond, die Vorgänge sich grundsätzlich anders abspielen als jenseits des Mondes, wo es mathematisch zugeht. Diese duale Weltanschauung herrschte bekanntlich in der Antike und im Mittelalter. Platon, obwohl mathematik-begeisterter Pythagoräer, hielt nicht nur eine mathematische, sondern überhaupt jede wissenschaftliche Behandlung irdischer Naturvorgänge für ausgeschlossen.

Dagegen wurden mechanische Probleme auch in der Antike, z.B. von Aristoteles, mathematisch behandelt. Aber Mechanik hat mit Mechanismen zu tun, mit den sog. einfachen Maschinen wie Hebel und Rolle, nicht mit der Natur. Natur (physis, natura) ist das Gewachsene, Geborene, Gewordene, während Mechanismen und alles Technische (mechane, techne) etwas vom Menschen Gemachtes sind. Dieser Unterschied und geradezu Gegensatz wurde bis zum Beginn der Neuzeit beachtet.

Die neuzeitliche Naturwissenschaft beginnt mit der Behauptung, die mechanischen Gesetze würden auch für die Natur, für die ganze Natur gelten (Descartes). (Übrigens ist selbstverständlich der Begriff des Naturgesetzes neuzeitlich, sogar bei Galilei noch nicht explizit zu finden).

So also kommt die Mathematik in die Natur! Die Verschmelzung von Mechanik und Naturerkenntnis (»Physik«) wird vollbracht durch die Vorstellung der Welt als Maschine (zunächst als Uhr, später als Arbeitsmaschine). Die Mathematik wird also nicht unmittelbar, sondern über ein Weltbild auf die Natur bezogen.

Die Weltbilder haben im Laufe der Neuzeit gewechselt, das Grundverhältnis der mathematischen Naturwissenschaft zur Natur ist aber immer das gleiche geblieben: Die Natur wird durch ein Weltbild betrachtet und behandelt. Historisch läßt sich verfolgen, wie die Weltbilder durch die Entwicklung der Technik revolutioniert werden. Die Vertreter des jeweils neuesten Weltbilds spotten über veraltete Weltbilder, durchschauen aber nicht die Relativität des eigenen Naturbilds.

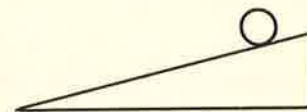
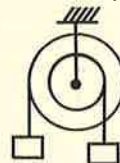
Es gibt aber einen Ausnahmefall, ein Wunder sozusagen, wo die Rede von den Naturgesetzen einen (fast) unmittelbaren Sinn hat: das Planetensystem. Es ist wohl dieses Wunder, das dem Glauben an Naturgesetze zugrunde liegt.

Man kann einwenden, daß die Naturgesetze, zumindest in der Physik,

doch experimentell bestätigt werden. Das stimmt, nur ist zu betrachten, mit welcher Art Natur der Physiker im Labor hantiert. Sie gleicht der oben beschriebenen Welt der mathematisch gestalteten Dinge. Das Fallgesetz z.B. läßt sich nicht an frei herumschwirrenden Gegenständen in der Natur (Blätter, Vögel, Schmetterlinge) nachprüfen, sondern eher an der Atwoodschen Fallmaschine. Machen wir einen Gedankensprung vom ältesten Naturgesetz zu den neuesten! Die grundlegenden Naturgesetze, womöglich die Weltformel, suchen die Physiker z.Zt. bei den Elementarteilchen. Wie werden diese Gesetze geprüft? Mit Maschinen, die inzwischen kilometergroß sind. Man beachte, daß nicht die Meßapparate diese Ausmaße haben (diese sind nur einige Meter groß), sondern die gigantischen Maschinen produzieren erst die zu messenden Prozesse, die als Elementarprozesse ausgegeben werden.

Francis Bacon, auch ein Zeitgenosse Galileis, rechtfertigte das experimentelle Vorgehen, indem er sagte, daß »die Natur der Dinge sich schneller verrät unter den Quälungen der Kunst als in ihrer natürlichen Freiheit«. Goethe dagegen war der Ansicht, die Natur würde im Experiment auf die Marterbank gelegt. Wie dem auch sei — die moralische Seite will ich hier ganz außer acht lassen — das Meßergebnis in einem Experiment ist zweifellos Resultat eines Maschinenvorgangs.

Gehen wir nun der Frage nach, warum die Bewegungsgesetze der Maschinerie mathematisch sind, so ist vor allem festzustellen, daß die Maschinerie selbst nach mathematischen Prinzipien aufgebaut ist. Mechanische Experimente werden mit geometrisch geformten sog. einfachen Maschinen durchgeführt.



Geometrische Formung ist überhaupt grundlegend für alles technische Gerät. Bei der nächsten Stufe, über Mechanik hinaus, z.B. bei elektromagnetischen Experimenten, werden nach mechanischen Prinzipien gebaute Maschinen verwandt, usw.

Wenn die Methode der Physik üblicherweise doppelt bestimmt wird als mathematisch einerseits, experimentell (oder empirisch) andererseits, so wird übersehen, daß das Experiment schon durch seine Technik mathematisiert ist.

Ich breche hier die Analyse des Experiments ab und halte nur fest, daß die Mathematisierung der Natur nicht einfach ein Erkenntnisprozeß ist, der die Natur läßt wie sie war, sondern ein Prozeß, der Natur in Technik verwandelt. Experimentalphysik und industrielle Maschinenteknik sind enger und anders zusammenhängend, als die Physiker glauben: Sie experimentieren nämlich »mit gekauften Apparaten«, wie Hugo Dingler (1938) bedeutungsvoll sagte.

Ich behaupte: Mathematisierung = Technisierung

Diese Identität ist gerade deshalb so gehaltvoll, weil Mathematik und Technik ganz und gar nicht dasselbe sind. Aber die Mathematisierung der Natur vollzieht sich als Technisierung und umgekehrt.

Ich kann und muß noch einen Schritt weiter oder vielmehr zurückgehen. Auch die selbstverständliche Bestimmung der Natur als Welt der Dinge bedarf der Kritik. Die Dinge, die uns umgeben, sind in der Regel Menschenwerk. In der unberührten Natur sieht man selten Dinge — mit Ausnahme der Lebewesen, die aber als Dinge problematisch sind, eben weil sie lebendig sind.

Lange bevor der neuzeitliche Mensch anfang, die Natur in Technik zu verwandeln und technisch zu betrachten, haben Menschen Dinge aus der Natur herausgesucht, isoliert und produziert. Der Technisierung der Natur ging ihre Verdinglichung voraus. Es ist anzunehmen, daß der Warentausch ein Hauptmotiv zur Verdinglichung war und ist.

Auch die Verdinglichung will ich als Mathematisierung verstehen, als elementare Mathematisierung: Das Zählbare und das Geometrische findet der Mensch ja nicht auf der Erde vor, sondern gestaltet es als Welt der Dinge: elementare Mathematisierung = Verdinglichung.

Dem mechanistischen Weltbild voraus ging die dingliche Weltauffassung, die sich in unserem Denken und Sprechen als größte Selbstverständlichkeit durchgesetzt hat. »Ausdrücke wie 'Himmel', 'Hügel', 'Sumpf' verführen uns dazu, irgendeinen ungreifbaren Aspekt der unendlich mannigfaltigen Natur wie ein abgesondertes DING, ungefähr wie einen Tisch oder einen Stuhl zu betrachten«, sagt der Sprachforscher B.L. Whorf.

Unsere Wahrnehmung der Natur ist also nicht nur durch die materiellen Dinge selbst verstellt, sondern auch durch unser »verdinglichtes« Denken und Sprechen.

Mathematisierung und Mathematik

Ich komme ein drittes Mal zurück auf die Husserlsche Erklärung von Galileis Mathematisierung der Natur und deute sie nun in Richtung der Mathematik selber aus. Wenn erst durch die Mathematik die subjektive Relativität überwunden, Intersubjektivität und Objektivität der Erkenntnis erreichbar wird, so kommt der Mathematik eine ganz allgemeine gesellschaftliche Bedeutung zu. Mathematik kann dann nicht mehr den Mathematikern überlassen werden, sie wird zur Bürgerpflicht. Neben die Bildung zum Staatsbürger tritt sozusagen die Ausbildung zum Mathe-Bürger. Der Vergleich Hobbes-Husserl bekommt so eine ganz neue Wendung.

Wie es nun aber für Hobbes fraglich war, ob der Mensch denn zum Staatsbürger geeignet sei, besteht für uns die Frage (die Husserl nicht untersucht), ob der Mensch zur Mathematik geeignet sei. Darwinistisch gesehen müßte man Zweifel haben; denn die Menschwerdung vollzog sich anscheinend ohne Hilfe der Mathematik. Auch weiß jedermann, daß Mathematik nicht jedermanns Sache ist.

Konkreter lautet das Problem: Wenn die Individuen sich mit Mathematik über ihre Erfahrungen einigen sollen, so müssen sie doch zuvor über die — und in der — Mathematik, der mathematischen Erfahrung, einig sein. Wie also hinsichtlich der Mathematik selber die subjektive Relativität überwinden?

Die Lösung des Problems geschieht, so paradox es klingen mag, ganz in der Husserl-Galileischen Art: durch die Mathematisierung der Mathematik.

Die paradoxe Lösung ist die Reaktion auf eine paradoxe historische Situation. Die Mathematik der Neuzeit hat sich von Anfang an mit der (aus der Antike überkommenen) Aura des Methodischen, der Exaktheit und der Strenge (des Logischen) umgeben und eben diese Prinzipien nach außen hin vertreten, um sie gleichsam als Peitsche über jede Art von Erkenntnis zu schwingen. Alle Wissenschaften, von der Mechanik bis zur Ethik, tanzten nach dieser Peitsche, nahmen die strenge Methode des Euklid zum Vorbild im selben Zeitpunkt, als die antike Strenge in der Mathematik selber, mehr oder weniger bewußt, aufgegeben wurde.

Die Mathematik glich einer magischen Kunst, die von Widersprüchen wimmelte. Das störte niemanden. Die Mathematiker waren damals Künstler, die ihre Kunst beherrschten, und die Nichtmathematiker durften nicht mitreden.

Als esoterische Kunst ist die Mathematik aber ungeeignet, Mittel zur Überwindung der subjektiven Relativitäten in der Gesellschaft zu sein. Also: die Mathematisierung der Welt erfordert auch die Mathematisierung der Mathematik. Akut wurde dieses Erfordernis mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert. Als Herkules im mathematischen Augiasstall wird heute vor allem Frege verehrt (der Vergleich mit Herkules kommt von mir; andere haben Frege mit Leibniz oder Aristoteles verglichen).

Die Mathematisierung der Mathematik vollzog sich unter verschiedenen Programmen, die wichtigsten sind:

- Grundlagenforschung
- Axiomatik
- Formalisierung
- Didaktik

Die Mathematisierung der Mathematik kann nicht als eine Formsache angesehen werden, gerade auch in der Mathematik sind Form und Inhalt nicht zu trennen. Durch die Mathematisierung wird die Mathematik verändert, ähnlich wie die Natur durch die Mathematisierung verwandelt wird (in Technik). Aus der Mathematik als Kunst wird die Mathematik als Technik und Maschinerie.

Das ist eine Seite. Andererseits, insofern die Maschine nicht ohne den Ingenieur entsteht, hat eigentliche Mathematik weiterhin ihr Existenzrecht, als Ingenieurkunst für die mathematische Maschine.

Die Mathematisierung der Mathematik bedeutet also eine Verdoppelung der Mathematik. Die Verdopplung wurde erstmals explizit in Hilberts Beweistheorie durch die Unterscheidung von Mathematik als Formalismus oder »Formelspiel« und als Metamathematik:

Mathematik $\xrightarrow{\quad}$ Metamathematik $\xrightarrow{\quad}$ eigentliche Mathematik
 $\xrightarrow{\quad}$ Formalismus $\xrightarrow{\quad}$ Computer

Die anfängliche Frage, ob jeder für die Mathematik geeignet sei, war also schief gestellt, weil sie die Mathematik in zeitloser Form unterstellt. Die *mathematisierte = technisierte Mathematik kann inzwischen im Kaufhaus erworben und getrost nach Hause getragen werden*. Es genügt, daß die Mathematik in maschinisierter Form gesellschaftlich-allgemein wird.

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß es aufschlußreich ist, die Grundlagenkrise der Mathematik unter dem Gesichtspunkt der Mathematisierung zu interpretieren. Ein umfassenderes Verständnis der Entwicklung der Mathematik müßte allerdings unter dem allgemeinen Gesichtspunkt der Mathematisierung der Welt, nicht nur der Mathematik, erarbeitet werden.

Der Aufsatz geht auf einen Vortrag vor dem Mathematischen Kolloquium der Universität Bremen zurück.

Es freut mich immer sehr zu hören, daß weit entfernte Länder oder Menschen, die ich nicht kenne, sich zur Revolution bekannt haben. Aber ich kann mir nicht helfen, es ist die Wahrheit, wenn in meiner Nähe eine Revolution ausbricht, gute Bekannte von mir Revolutionäre werden, bin ich davon nicht erbaut. Wenn die Menschen sagen, daß ich mein Leben für die Revolution opfern sollte, wage ich nicht, nein zu sagen. Aber wenn sie mich ganz ruhig auffordern, mich zu setzen und einen Becher Milch zu trinken, fühle ich mich viel wohler.

Lu Xun

Mechtild Jansen

Die quotierte Frau

Keine Frauenpolitik ohne Feminismus

Es gehört zu den Denkwürdigkeiten der letzten Jahre der Krise und konservativen Offensive, daß, relativ anders als in vergleichbaren historischen Phasen, trotz realer Beschneidung der Lebensmöglichkeiten der Frauen, die von ihnen ausgehende politische Kraft für die Zukunftsentwicklung der Gesellschaft bislang nicht geschwächt werden konnte. Frauenpolitik ist allenthalben ein — internationales — Thema. Was hat sich verändert?

I.

Die kapitalistische Industrialisierung brachte nicht nur den Lohnarbeiter, sondern auch die Lohnarbeiterin, Frauenerwerbsarbeit und die dazu erforderliche (Minimal-)Bildung in großem Maße hervor. Der Einsatz von Wissenschaft als einer Produktivkraft verlieh diesem Prozeß nach dem zweiten Weltkrieg Schubkraft. Die Segnungen des technischen Fortschritts reduzierten und erleichterten Hausarbeit, die traditionelle Domäne der Frau, im Kapitalismus eh nur noch eine private Einrichtung. Veränderte Bedürfnisse des Kapitals, gewachsener Lebensstandard und notwendige Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung bewirkten eine Verlagerung der Kindererziehung an gesellschaftliche Institutionen. Ehe, Hausarbeit und Kinderaufzucht reichten weder als Lebensinhalt noch als soziale Existenz sichernde Lebensperspektive für Frauen aus.

Frauenrechtlerinnen und Arbeiterbewegung hatten für gesetzlich verbriefte gleiche Rechte für Frauen gesorgt. Enorm gewachsene Lebensqualität schien dem Frauenproblem Brisanz zu nehmen, gesellschaftliche Gewaltverhältnisse verloren an nackter Brutalität und wurden subtiler. Dieser Hintergrund erlaubte Frauen aber zugleich, für das ganze Ausmaß kultureller Unterdrückung, Verhöhnung und Verachtung von Frauen — vor allem auch den Aspekt der historisch in tiefen Schichten gewachsenen persönlichen, nicht zuletzt psychischen Abhängigkeiten vom Mann — erst volle Sensibilität zu entwickeln.

Der Kapitalismus erweiterte zwar individuelle Lebensmöglichkeiten, fesselte sie aber in den Grenzen seiner Verwertungsinteressen. Er konnte auf die Erwerbstätigkeit der Frau, aber auch auf die Spaltung der von ihm abhängigen Frauen und Männer zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft nicht verzichten. Er reproduziert persönliche, nicht selten noch beinahe feudale Abhängigkeiten der Frauen von den Männern.

Eine neue Dimension des Emanzipationskampfes — die Tiefe der Spezifik der doppelten Unterdrückung der Frau — steht damit nicht nur für eine privilegierte Minderheit, sondern für die Masse erwerbstätiger Frauen auf der Tagesordnung. Diese Dimension des Kampfes löst die »alte« nicht etwa ab, sondern fällt sogar zusammen mit einer erneuten Bedrohung elementarer Menschenrechte, deren volle Verwirklichung allemal noch bevorsteht.

Die Frauenbewegung hat diesen Sachverhalt mit dem Slogan »Das Private ist politisch« artikuliert. Sie hat damit auf ihre Weise darauf hingewiesen, daß »Privates« politisch konstituiert ist und daß persönliche Beziehungen von Herrschaft durchdrungen sind, die mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen in Zusammenhang stehen bzw. diese auch reproduzieren helfen. Sie hat damit nicht zuletzt für die Frauen selbst die Politik als eine sie betreffende Lebenssphäre in den Blick gerückt; das war bekanntlich in der Geschichte bisher die Ausnahme. Der Vorwurf der Entpolitisierung traf deshalb nur für jene zu, die den besagten Slogan zum Einstieg in die Privatisierung nutzten.

Heute sind zuvor erkämpfte Verbesserungen bedroht. Neue Technologien setzen Millionen »überflüssige« Arbeitskräfte, zuvorderst die der Frauen, »frei«. Traditionelle Frauenarbeitsplätze werden im großen Stil »wegrationalisiert«. Die arbeitsmarktpolitische Notlage und die historisch gewachsenen spezifischen Fähigkeiten der Frau (Feinmotorik, nervliche Belastungsfähigkeit, schnelles Einstellen auf neue Situationen u. a.) werden durch Teilzeitarbeit und an besonders monotonen Arbeitsplätzen effektiv ausgebeutet. Sozialabbau und gesellschaftliches Leid wird Frauen zur Bewältigung »daheim« zugemutet. Das ist zusammengenommen eine Situation, die nicht nur Lohnabhängigkeit und Abhängigkeit von staatlichen Sozialleistungen schmerzhaft spüren, sondern erneut auch persönliche Abhängigkeiten vom Mann wieder zu einem akuten Problem werden läßt.

In dieser Situation geben Frauen zu verstehen, daß sie nicht bereit sind zurückzugehen. Ihre Haltung ist symbolisiert im Gegenbild zur »flexiblen Frau«, in der »quotierten Frau« — in der Forderung nach 50prozentigen Anteilen in Familie, Beruf, Politik und Gesellschaft. »Kleine Schritte« werden als unzulänglich betrachtet. »Harte Maßnahmen« sollen im Zugriff auf Arbeit und Macht gegen bisherige Wirkungslosigkeit gesetzlicher Regelungen, welche bindenden Charakter fehlen lassen, angewendet werden. Viele Frauen hoffen, Politik durch ihre Mitarbeit »entbrutalisieren« und durch Zusammenführung der bislang in Mann und Frau geteilten Welt (den daraus resultierenden unterschiedlichen Rechten, Eigenschaften, Lebens- und Empfindungsweisen) besser lösen zu können. Nicht alle Frauen halten gleichzeitig tiefe gesellschaftliche Einschnitte zur Lösung der Kriegsgefahr, des Hungers, der Umweltzerstörung, der Arbeitslosigkeit etc. für notwendig, aber sie machen deutlich, daß Lösungen nicht denkbar sind, solange Herrschaft von Männern gegenüber Frauen ausgeübt wird (ob diese als antagonistisch verstanden wird oder nicht).

Die Frauenbewegung der kapitalistischen Länder, nicht zufällig zuerst in den USA, ist so auf der Suche nach neuen geeigneten Instrumenten, den Emanzipationskampf weiterzutreiben. Verbunden ist dies mit der Frage, ob sie »nur die Hälfte des Himmels oder mehr« wollen, ob Frauen etwas ganz anderes sind oder ob sie wie Männer sich ändern.

II.

Sozialistische Länder wie die DDR, die die Grenzen gesellschaftlicher Regulation durch Profit gesprengt und die Interessen sowie Bedürfnisse der Menschen zum ersten Orientierungspunkt gemacht haben, sind auf die gezielte Entwicklung aller schöpferischen Ressourcen angewiesen. Sie erlauben Frauen, nicht nur zu arbeiten, sondern ihre Arbeitskraft ist zugleich unverzichtbar. So sind das Recht auf Arbeit, eigenständige Lebenssicherung, Gesundheit und soziale Rechte verbrieft und praktisch gewährleistet. Kindererziehung wird — wiederum aus doppeltem Grund, aus humanistischer Absicht und aus erklärtem Interesse an der Reproduktion der eigenen Gesellschaft — nicht als Privatvergnügen, sondern als gesellschaftliche Aufgabe verstanden und durch entsprechende Maßnahmen und Einrichtungen gestützt.

Diskriminierung von Frauen aber wird offenkundig fortgeschleppt, wenn in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft (bei allen Veränderungen auf unterer und mittlerer Ebene) Spitzenpositionen hartnäckig von Männern gehalten werden und wenn — wohl nicht zuletzt auch aus ökonomischen Gründen — das Problem der doppelten Schicht für Frauen nicht gelöst ist. Letztere tragen Haus- und Familienarbeit nach wie vor allein. Bei allen positiven Verschiebungen (insbes. der Frauenerwerbstätigkeit) ist die gesamte gesellschaftliche Zuweisung von Rollen und Eigenschaften immer noch beträchtlich traditionell geprägt, ganz abgesehen von der nach Geschlecht unterschiedlichen Sitte und Moral, in der tieferliegende Mechanismen von Abhängigkeit und Bevormundung verborgen liegen, als sie in Gesetzen und Rechten zum Ausdruck kommen. Hier steht beträchtliche Emanzipationsanstrengung noch aus.

Wenn es in den sozialistischen Ländern noch keine feministische, d. h. jede Diskriminierung des weiblichen Geschlechts angreifende Bewegung seitens der Frauen selbst gibt (und diese sich angesichts anderer grundlegender Ausgangsbedingungen anders gestalten wird/würde), so hat auch dies nicht zuletzt ökonomische Gründe. Der Lebensstandard gewährt noch keinen so großen materiellen Reichtum oder gar Überfluß, daß der Bewegungsspielraum für die volle Entfaltung der selbständigen Individualität der Frauen schon reichen würde. Gleichwohl kündigt sich der »Problemstoff« bereits an. Die Scheidungsraten sind außerordentlich hoch, zwei Drittel der Scheidungsbegehren werden von den Frauen eingereicht. Wenn bspw. die Arbeitszeit für Frauen mit Kindern reduziert wird, wird schon auf das Problem reagiert, doch noch nicht in einer Weise, die Kindererziehung zur Aufgabe von Mann und Frau macht. Es darf davon ausgegangen werden, daß in den nächsten Jahren unter Einfluß der inneren und äußeren Kräfteverhältnisse auch in den sozialistischen Ländern sich der Veränderungsdruck spürbar verstärken wird.

III.

In den Ländern der »3. Welt« werden die Frauen als billigste Arbeitskräfte gebraucht, und auf ihnen lastet zugleich ohne irgendeine technische oder

gesellschaftliche Erleichterung die ganze Haus- und Familienarbeit. Die Männer leben oft nicht einmal am gleichen Ort. Nicht nur die ökonomische Ausbeutung der Frauen ist noch erbarmungsloser als die der Männer, als Gegenstück ist zugleich der 'Machismo' der Männer entschieden ausgeprägter als in den Ländern der »1. und 2. Welt«. Er durchzieht alle Lebensbereiche. Über Heirat und andere persönliche Lebensfragen entscheiden noch immer weitgehend die Väter, Brüder, Onkel.

Die Frauen der 3. Welt reagieren mit einem wachsenden Kampf um ihre unmittelbarsten Menschen- bzw. Überlebensrechte. Sie stellen dabei zugleich neue (feministische) Ansprüche an ihr eigenes Selbstbestimmungsrecht in allen ihr Leben betreffenden Fragen. Der lange Zeit auf internationaler Ebene bestehende Gegensatz zwischen um ihre persönlichen Entwicklungsrechte kämpfenden Frauen aus den »reichen« Ländern und den um nackte Überleben kämpfenden Frauen aus »armen« Ländern hatte sich (sicher auch vor dem Hintergrund der Krise in den kapitalistischen Ländern) auf der Weltfrauenkonferenz im Juni 1985 spürbar relativiert.

IV.

Der Fortschritt der Frauen bewegte sich immer auf der Basis der Weiterentwicklung der Produktivkräfte und Produktionsweise einer Gesellschaft. Er wurde, willentlich oder nicht, immer gefördert von der Entwicklung und politischen Interessensvertretung der sich wehrenden unterdrückten Klassen. Die elementaren sozialen und demokratischen Grundrechte für Frauen mußten vordringlich erkämpft werden, immer waren sie nackte Grundbedingung für menschliche, humane Existenz. Immer war und ist Erwerbsarbeit der Frau Voraussetzung, persönliche Abhängigkeit vom Mann zu brechen. In dem Maße, wie dies geschieht, tritt das Spezifische und Vielfältige der doppelten Unterdrückung der Frau, die ganze Tiefe und Verästelung der Unterwerfung eines Menschen durch den Menschen, die Verflochtenheit von gesellschaftlicher und geschlechtsspezifischer Unterdrückung bzw. Macht, erst ans volle Tageslicht. Das ist der Grund, weshalb sich gerade in den letzten 20 Jahren, in denen sich Produktionsweise und Berufswelt in einem nie zuvor gekannten Tempo veränderten, eine so breite feministische Bewegung entwickelte und eine neue Etappe im Emanzipationskampf markierte.

Zweimal wurde der Emanzipationsprozeß der Frau durchbrochen und zu großen Teilen zurückgenommen, durch die beiden Weltkriege. Heute ist die Kriegsgefahr wieder groß, und doch scheint dieser »Ausweg« ausgeschlossen, weil die angehäuften Vernichtungskapazitäten menschliches Leben überhaupt auszulöschen droht. Nichtsdestotrotz steht in dieser krisenhaften Zuspitzung für Frauen mehr auf dem Spiel als für Männer, ein Grund auch für ihre Rolle als Motoren nicht nur der Friedensbewegung. In dieser Situation verlangt die »quotierte Frau« einen Zwang, eine direkte gezielte Steuerung der gesellschaftlichen Prozesse, von denen sie nicht länger ausgeschlossen, deren Opfer sie nicht länger, sondern deren selbständig handelndes Subjekt sie sein will. Für sich genommen zielt Quotierung auf nicht mehr und nicht weniger als bürgerliche Gleichstellung. Unter gegebenen

Verhältnissen wird sie zunächst in vielen Fällen zur gerechteren Mängelverteilung führen. Es gibt auch keinen Grund, männliche Privilegien aufrechtzuerhalten. Doch davon abgesehen, wenn es stimmt, daß das Kapital gerade in der Krise auf die Funktionstüchtigkeit eines unbezahlten Reproduktionsbereiches, der Unterbewertung von Frauenarbeit und Diskriminierung des weiblichen Geschlechts angewiesen ist, wird selbst dieser Versuch auf Widerstand und Grenzen stoßen. Umgekehrt beinhaltet dieser Sachverhalt, daß bei Quotierung der Vorteil der Geschlechterspaltung für das Kapital an Kraft einbüßt. In ihrem objektiven Gehalt weist die Forderung deshalb über die bestehende Ordnung hinaus.

V.

Angeichts des Drucks der Frauen und des Angewiesenseins auf Wählerinnen-Stimmen sowie im Wissen um die grundlegende ökonomische, politische und ideologische Bedeutung der Frauenfrage vollzieht die herrschende Politik — in ihren jeweiligen Parteien CDU, FDP, SPD durchaus nuanciert und in sich widersprüchlich — erzwungenermaßen eine Anpassungsleistung. Sie besteht in der mehr oder weniger vollständigen Aufnahme der Forderung nach Quotierung und dem damit verbundenen Versprechen auf zumindest ein höheres Niveau an realer Gleichstellung und »neuer Rollenverteilung« sowie dem Angebot der »Wahlfreiheit für Frau und Mann«. Sie macht das verbale Zugeständnis, bestehende Plätze, Möglichkeiten und Lasten in Beruf, Familie und Politik gerecht verteilen zu wollen, einer Gerechtigkeit allerdings, die prinzipiell nicht weiter reichen wird als zur gerechten Verteilung des Mangels. Das Angebot der Wahlfreiheit für Mann und Frau beinhaltet unter den gegebenen Umständen nichts als eine freiheitlich klingende Umschreibung eines strukturell gegebenen Zwangs der Frau zur Aufgabe oder mindestens Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit und Fügung in einen nach Geschlecht zweistufigen Arbeitsmarkt. Das ist die Art von Zugeständnis und zugleich die Grenze für Emanzipation, verstanden als Befreiung, welche bürgerliche Politik zu machen imstande ist und die einzulösen im Rahmen der bestehenden Ordnung nicht einmal möglich sein wird. Dennoch ist es etwas.

Die »quotierte Frau«, d. h. zum einen das Versprechen auf Gleichstellung in der bürgerlichen Gesellschaft, verbunden mit der Hoffnung auf Integration der Frauenbewegung — dabei wird man noch über die eigenen Widersprüche stolpern — zum anderen ist Quotierung ein Instrument zur Abschaffung des Patriarchats und männlicher Privilegien und zugleich Mittel gegen strukturelle Aufspaltung von weiblichen und männlichen Lohnabhängigen, offen für oder schon verbunden mit einer Perspektive der Aufhebung von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen (und erst in dieser voll verwirklichtbar).

VI.

Für fortschrittliche, gar revolutionäre Politik verlangt all dies, daß sie keine

andere als eine feministische mehr sein kann, weil eine Frauenpolitik ohne Feminismus ihrem Anspruch nicht mehr gerecht werden kann. Sie liefe anderenfalls Gefahr, lediglich der alten patriarchalisch geprägten Politik weibliche Wähler zutragen zu wollen, die — reformistische oder revolutionäre Programmatiken betrachtet — den Frauen wohl mehr Rechte und Verbesserungen bringen aber nicht die volle Emanzipation des weiblichen Geschlechts.

Friedrich Engels spricht im »Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates« davon, daß »der erste Klassengegensatz« (dem ersten Privatbesitz von Produktionsmitteln, den sich der Mann auf der Basis des Besitzes des ersten Mehrprodukt schaffenden Arbeitsmittels aneignen konnte) »zusammenfällt« mit der »Entwicklung des Antagonismus zwischen Mann und Frau«, der »jene bis heute andauernde Epoche eröffnete, in der jeder Fortschritt zugleich ein relativer Rückschritt ist, in dem das Wohl und die Entwicklung der einen sich durchsetzt durch das Wehe und die Zurückdrängung der anderen«. Daraus wäre zurückzuschließen, daß die Aufhebung der Unterdrückung der Frau zusammenfallen müßte mit der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Allerdings scheint fragwürdig, dies im Sinne eines nachgeordneten Wenn-dann-Verhältnisses verstehen zu wollen. Engels Ausführungen weisen auf die von Beginn an *wechselseitige Verschränkung* von gesellschaftlicher Klassen- und geschlechtsspezifischer Frauenunterdrückung hin und damit auch auf die Notwendigkeit einer doppelten Strategie, die dieser wechselseitigen Verflochtenheit von doppelter Unterdrückung der Frau, bei der der Geschlechtergegensatz über Jahrhunderte eine sehr wohl eigenständige Dimension gewinnen konnte, gerecht wird.

Bei allen denkbaren, historisch möglichen Verschiebungen im Kampf gegen die beiden Ebenen von Unterdrückungen (zu bestimmten Zeiten, in bestimmten Ländern) stehen beide Ebenen doch immer in einem Abhängigkeitsverhältnis zueinander, gehören beide immer zusammen. Das erfordert eine feministische Frauenpolitik.

Für die Frauenbewegung impliziert das eine fortgesetzte Doppelstrategie — eigenständigen Frauenkampf um eigene Machtbefugnisse sowie Zusammenarbeit und Integration mit bzw. in anderen sozialen Bewegungen und Organisationen. Von der außerparlamentarischen und der Arbeiterbewegung sowie den fortschrittlichen Organisationen und Parteien verlangt das, der objektiven Situation ihrerseits bewußt Zwang anzutun, den Emanzipationsprozeß in einem neuen Schritt zu steuern, den Nachholbedarf zu decken und Frauen bzw. politische Frauenarbeit überdimensional zu fördern.

Die »quotierte Frau«, bliebe sie weiter auf dem Vormarsch, brächte so mächtige Erneuerungskraft für gesellschaftliche Veränderung, sie wäre Symbol für die Überwindung unterdrückender Spaltung in Männer und Frauen und gegen die Verkümmern menschlichen Daseins. Insofern verändern Frauen dann Form und Inhalt von Politik.

Ich bin so rundum gegen SDI, daß ich gar keine Lust mehr habe, noch die Gründe im einzelnen aufzuführen.

Peter Rühmkorf, UZ 8.11.85

Thorsten Becker

Einige umständliche Überlegungen zu Heiner Müllers VERKOMMENES UFER MEDEAMATERIAL LANDSCHAFT MIT ARGONAUTEN

1. Spur

Wenn Benjamins Aurabegriff ein Schlüssel für die Ästhetik nach Hegel ist, so doch kein Sesamöffnedich, das — wenn auch mit veränderter Mechanik — gleich der Brechstange der Hegelschen Ästhetik das Reich der Künste zu eröffnen vermöchte. Dieser Schlüssel tut der Hermetik der Werke keinen Schaden. Es handelt sich dabei um einen Schlüssel der Art, wie sie noch heute an den Pforten Berliner Mietshäuser gelegentlich im Gebrauch sind, sogenannte Durchsteck- oder Umkehrschlüssel, Schlüssel mit doppeltem Bart, welche nach dem Öffnen durch das Schloß gesteckt und von innen dann nur durch Wiederverschließen der Pforte wieder herausgezogen werden können. Der zweite, spiegelverkehrte Bart dieses Schlüssels ist, in diesem Bilde zu sprechen, ein Aphorismus Benjamins, der sich im sogenannten Passagenwerk findet: »Spur und Aura. Die Spur ist Erscheinung einer Nähe, so fern das sein mag, was sie hinterließ. Die Aura ist Erscheinung einer Ferne, so nah das sein mag, was sie hervorruft. In der Spur werden wir der Sache habhaft; in der Aura bemächtigt sie sich unser.«

Die Spur wird am profanen Gegenstand erfahren, die Aura am Kunstwerk. Subjektiv aufgefaßt handelt es sich aber um ein und dieselbe Erfahrung, verschieden allein in ihrer Richtung, das eigentlich ästhetische Phänomen, die nichtalltägliche Wahrnehmung. Das mag erklären, warum Benjamin an jener Stelle des Reproduktionsaufsatzes, wo er zum ersten Mal das Auratische als die spezifische Eigenart des Kunstwerks beschrieb als »einmalige Erscheinung einer Ferne, so nah sie sein mag« (eine Formulierung, die auf Simmels Definition des Fremden, »das Fremdsein«...bedeute...»daß der Ferne nah ist«, zurückgeht), zur Illustration merkwürdigerweise nur ein Beispiel aus der Natur angeben konnte. Bedeutsam aber wird der Zusammenhang vor allem zum Verständnis einer Entwicklung der modernen Kunst, der Objektkunst nämlich, vor der der Hegelianer ebenso sehr als Banause steht, wie sie selbst den unbegriffenen Zusammenhang einzig als Trick handhabt. Der Trick läßt sich aber aufklären: was subjektiv der Substanz nach identisch, nur der Richtung nach verschieden ist, das läßt sich auch am Gegenstand als Eigenschaft einfach umstülpen, aus Spur wird Aura. Bewerkstelligt wird das durch Kunstbegriff im wörtlichsten Sinne. Die bloße künstlerische Tat, keineswegs Arbeit — von daher den Arbeitern diese Kunst so verhaßt —, welche einzig am Gegenstand jene Eigenschaft wahrnimmt und den Gegenstand zum Kunstwerk erklärt, macht die

Spur zur Aura, das Objekt wird Kunstwerk. Daß sie nicht wissen, was sie da tun, wie sich beispielsweise an dem geistlosen Slogan einer Ausstellung solcher Kunstwerke, »Kunst wird Material«, dartut, ist nicht erheblich.

Aura und Spur als Spannungsbegriff nach der subjektiven und nach der objektiven Seite zu denken, soll aber letztlich nicht dazu dienen, bestimmte Kunstwerke zu rechtfertigen. Kunst ist unberechtigt. Vielmehr kann eine Philosophie der Kunst nun das Benjaminsche Erbe antreten, weil das Auratische, das zunächst ja nichts als eine Umschreibung dessen ist, was bei Kant das »Erhabene« heißt, mit dem Begriff der Spur der Ästhetik eben jene geschichtsphilosophische Dimension erschließt, die Hegel nur aufbrechen konnte, indem er das Erhabene in eine vergangene Kunstepoche zurückprojizierte, wo sich am klassischen Ideal für ihn das Kunstschöne definieren ließ.

Spuren sind, was hinterlassen wird, oder, pathetisch gesagt, alle Hinterlassenschaft ist Spur. Wenn man die Rede von der Postmoderne auf ihren Sinn bringen will, ist damit ein Begriff von Geschichte an der Zeit, der nicht in dem schon geleisteten Teils von Fortschritt aufgeht. Gerade die Reste, all das, was im Prozeß des Fortschritts nicht aufgegangen ist, sind es, an denen Geschichte zu Bewußtsein kommt. An den Ruinen, den Überbleibseln, kommen wir zum Eingedenken des Vergangenen. Monumente, als solche gedacht, verfehlen den Zweck gerade so zwangsläufig wie die fabrizierten Souvenirs.

2. Medea. Zum Mythos der bürgerlichen Ehe

»In der Tat erstrecken die Linien von Vernunft, Liberalität, Bürgerlichkeit sich unvergleichlich weiter, als die historische Vorstellung annimmt, die den Begriff des Bürgers erst vom Ende der mittelalterlichen Feudalität her datiert.« Auf diesem Kurs sind Adorno und Horkheimer in der Dialektik der Aufklärung dem Odysseus nachgefahren, Erkundigungen über das Verhältnis von Mythos und Aufklärung einzuholen.

Die Argonautensage vermag dem Interpreten vielleicht weniger über das Verhältnis von Mythos und Aufklärung zu erschließen, gehört doch der überliefernde Text des Apollonios Rhodos einer Epoche griechischer Gelehrsamkeit, die den Mythos bereits an der sophistischen Aufklärung gemessen hat, und nicht wie der Homerische einer grauen urymythischen Zeit, an. Wohl aber treten in ihr im mythischen Stoff die Muster der Aufklärung, welche Adorno und Horkheimer mit ihrem Exkurs für die Odyssee behauptet haben, deutlicher noch als im Homerischen hervor.

Im Argonautenprojekt der Eroberung des Goldenen Vlieses sind von vorneherein die Konturen der kapitalistischen Unternehmung weit ausgeprägter als in der Irrfahrt des Odysseus von Troja in die ithakische Heimat. Die Konstruktion des Mythos macht Jason, der auf die Herrschaft nur einen rechtmäßigen Anspruch, ihn aber noch durch die unternehmerische Tat zu bestätigen hat, zum Prototypen des Unternehmers. Er hält den Plan, der zu verwirklichen ist und auf den die Helden gerufen werden, welche mit ihm die Fahrt nach Kolchis antreten sollen. Diese Helden changieren eigentart zwischen Unternehmern und Unternommenen. Ihre Ausgewähltheit

nach Ruf und Qualität läßt sie als Partner Jasons, der alleine für die Größe des Unternehmens nicht kapitalkräftig genug ist, erscheinen, die Verpflichtung auf Jasons Plan, der allein darauf abzielt, ihm die Herrschaft in Iolkos zu sichern, und ihre hauptsächlich Beschäftigung auf der Argo, nämlich das Rudern, zeigt sie als nützliche Arbeiter, die sich für fremde Pläne abrackern. Dergestalt versucht die bürgerliche Ökonomik mit der ideologischen Vokabel vom »Mitarbeiter« den Ruder knechten einzureden, sie führen auf eigenem Kurs. Dieser Illusionismus arbeitet mit einer Imagination, die er dem Abenteuermythos entlehnt; nämlich, daß der Unternehmer sich nicht an den Arbeitern, sondern daß beide an einem Dritten sich bereichern: dem Käufer der Waren hier, den Kolchern im Besitz des Goldenen Vlieses dort. Die Argo geht auf Beute, das ist der Kern der Fiktion; wenn aber die kapitalistische Ideologie das Bild vom Boot, in dem angeblich alle sitzen, bemüht, versucht sie, den Hauch der Abenteuerluft des Wir-gegen-den-Rest-der-Welt ins Segel der Profitmaximierung zu bekommen. Beide, der antike Seefahrermythos und die kapitalistische Unternehmensideologie gehen von einer Vorstellung aus, in der Reichtum unabhängig von Arbeit entsteht.

Gleichwohl bleibt das Abenteuerum dieser Seefahrer gebunden an einen Auftrag, in welchem die Argo unter der Flagge des Gemeinwesens läuft. Das unterscheidet die Argonauten von der romantischen Utopie des Piratentums. Die Ambivalenz von allgemeinem und partikularem Interesse haftet nicht dem Unternehmen als ganzem an, sie ist einzig in der Zwieltigkeit seines Anführers Jason gespiegelt, in welchem Zwielt auch die Gestalten modernen Unternehmertums, die heroischen des 19. Jahrhunderts zumal, schimmern. Den Schatten des Partikularen abzuwaschen vermag einzig der Erfolg der Unternehmung. In diesem und keinem anderen Sinne trägt Jason das Risiko allein, und nur in diesem Sinne ist auch das Wort vom Unternehmerrisiko mehr als bloße Ideologie. Nicht, daß etwa die Möglichkeit des Untergangs den Profit legitimieren könnte, aber der Unternehmer setzt in der Tat sein Geld, sein Selbst, Verhältnissen aus, die sich seiner Kontrolle entziehen. Darin liegt eine Möglichkeit des Opfers, Leistung ohne Garantie der Gegenleistung, die dem Arbeiter, der nur seine Arbeitskraft gegen entsprechenden Wert tauscht, verschlossen bleibt.

Das Ende, welches der Mythos dem Jason bereitet, ist denn auch in geradezu philosophischer Weise aus Zufall und Notwendigkeit zusammengebaut. Daß ihn nach gelungener Unternehmung die schließlich gescheiterte Argo, die nunmehr im Baum hängt, im Schlummer erschlägt, das ist wohl das Unfälligste, was sich denken läßt. Doch liegt nichts ferner, als die nahe-liegende Annahme, das Schicksal hätte hier die Ironie in Dienst genommen, um der Vernunft den Gebrauch der List heimzuzahlen. Es ist vielmehr die selbstverpflichtete Folglichkeit des vorkapitalistischen Mythos, die über das Ende des Kapitalismus Bescheid weiß, ohne daß dieser die historische Bühne erobert hat. Wofür seine Ideologen keine Augen haben, ist das Damoklesschwert, unter welchem er wirtschaftet. Abgeschrieben ist nicht abgeblieben. Als nicht mehr gebrauchtes Schiff zertrümmert ihm die Argo den Schädel. Daß die Antike dafür im Epos allein und in der Tragödie nicht sich interessiert hat, spricht von der Indifferenz ihres Gemeinwesens gegen das Unternehmertum. Unsere Epoche, in der Jason als Schicksal für das

des Gemeinwesens stehen könnte, vermag seine Tragödie nicht zu empfinden, weil das entfremdete Gemeinwesen sich nicht tragisch verstehen kann, d. h. es kann sich überhaupt nicht als sich selbst verstehen.

Der tragische Stoff im Argonautenepos, den die Antike selbst geborgen hat, ist ein anderer. Es ist das Geschlechterverhältnis im strikt Hegelschen Tragödienverständnis. Eine Medea-Interpretation, die sich der Hegelschen Antigone-Interpretation als Modell bedient, muß aber in ihrer Durchführung das Modell aufheben. Es muß erscheinen, daß die Positionen hier weiter getrieben sind als im Antigonemodell, und in der Tat finden sich die von Hegel dem göttlichen und dem menschlichen Gesetz zugeordneten Sphären des Weibes und des Mannes in der Argonautensage, nicht erst bei dem von Euripides tragisch bearbeiteten Medea-Komplex, reiner noch als in Hegels Sittlichkeitsvorlage. Man bedenke die bemerkenswerte Konstellation auf der ersten Station der Zielfahrt nach Kolchis, auf Lemnos, wo das männliche Gemeinwesen der Argobesatzung auf ein weibliches Gemeinwesen trifft:

»Dort war das ganze Geschlecht der Männer durch weiblichen Frevel
Grausam insgesamt vertilgt im vergangenen Jahre«

Wie erzählt wird, hatten die Männer von Lemnos thrakische Mädchen von ihren Beutezügen mitgeschleppt und verschmähten fortan die eigenen Weiber. Die lemnischen Weiber hatten daraufhin ihre Eifersucht mit Stumpf und Stiel beseitigt:

»Denn sie erschlugen nicht nur mit jenen Mädchen die eignen
Gatten im Bett, nein alles, was männlich, damit sie nicht später
Für ihren gräßlichen Mord vergeltender Rache verfielen«

Die Argonauten kommen diesen Weibern gerade recht. Einzig unter dem Aspekt ihres Geschlechts wahrgenommen, wird der Empfang, den ihnen die lemnischen Schamlippen bereiten, zur köstlichen Dauerfeier, an der die Unternehmung zu scheitern droht. Denn der Auftrag, die Eroberung des Goldenen Vlieses, gerät unter der permanenten Kopulation in Vergessenheit. Einzig Herakles, der zur Bewachung beim Schiff geblieben war, behält das Gedächtnis und sammelt schließlich die Helden auf der Insel ein, sie an den Zweck der Unternehmung zu erinnern.

Auf dem Hintergrund dieser Epidose erhält die spätere Verbindung von Männlichem und Weiblichem, die Verbindung zwischen Jason und Medea nämlich, ihre Bedeutung. Auf Lemnos gibt es eigentlich gar keine Verbindung, das Abenteuer bleibt im schlichten Sinne unverbindlich. Erstaunlich versammelt der Argonautenmythos den Entwurf einer Weibergesellschaft und darin, wie auch in den komischen Erfindungen des Aristophanes, die noch frische Spur des Matriarchats mit dem Konzept des Lebensbunds von Mann und Weib, der genuin bürgerlichen Ehevorstellung. So erzählt der Mythos von der Geschichte der Aufklärung, denn der Abschied von Lemnos, der den Helden so schwerfällt, ist der Abschied aus einer Epoche. Man bedenke Hegels Wort, man könne nicht wissen, wie es dem Menschen sowohl in seiner Haut sein könne, ohne Aristophanes gelesen(!) zu haben. Der Übergang in eine Epoche der Telosrealisation war nicht zu haben ohne eine Imagination der Weiblichkeit, d. h. Zerstörung aller wirklichen Reste des Matriarchats für die Individuation des Weibs zur Frau, die Voraussetzung ihrer Unterdrückung.

Der Verbindung Halt und dem Vertrag einen Sinn zu geben, haben die Partner allerdings mehr einzubringen als Schwanz und Möse, wie die vermeintlich selbstverschuldete Aufklärung Kants die Angelegenheit auffaßte. Es geht um einander ergänzende sekundäre Geschlechtsmerkmale, geschlechtsspezifische Eigenschaften, die in Verbindung zu ihrem Verhalten kommen. Die Verteilung dieser Eigenschaften ist im Mythos an Jason und Medea modellhaft konstruiert, die als Typen zusätzlich an bestimmte Stadien geschichtlicher Entwicklung gebunden sind. Jason, der Hellene, steht für Zweckrationalität, für das Telos, mittelfristig die Eroberung des Goldenen Vlieses, langfristig Freiheit durch Herrschaft. Medea, die Barbarin, hält die irrationalen Mittel zur Realisation der Teloi bereit. Als Repräsentantin der Kolcher, die die Königstochter Medea auch im wörtlichen Sinne ist, vertritt sie eine ackerbauende Gesellschaft gegen ein Händlervolk, und die Geschichte um das Goldene Vlies läßt sich als eine Fabel auf den griechischen Kolonialismus lesen. Die Pointe aber ist Medeas Verrat an den Kolchern, ihr Bündnis mit dem Argonautenführer Jason. Der Mythos nennt dafür kein anderes Motiv als Liebe, was den Modernen befremden muß, da jene Dimension, welche dieses Motiv stark machen könnte, das Romantische nämlich, in der Antike ausfällt.

Die Qualitäten der Medea, welche sie für Jason so wertvoll und zur unverzichtbaren Helferin bei der Lösung der unlösbaren Aufgabe machen, sind Kenntnisse um Zusammenhänge, die sich der rationalen Sicht Jasons entziehen. Sie als Zauberin zu bezeichnen, wäre eine Prädikation aus der einseitig jasonischen Perspektive. Der Mond, mit dem Medea assoziiert, ist vielleicht am ehesten noch rein Attributives. Denn die Gesetzmäßigkeiten, nach denen Geheimwissenschaften und Esoterik strukturiert sind, sind nicht weniger streng als die aufgeklärter Wissenschaften. Die Mächte, mit denen Medea umzugehen weiß, sind solche vergangener gesellschaftlicher Zustände, die an der Oberfläche der Gegenwart nicht mehr erscheinen, doch aber wirksam sind. Das mythische Bewußtsein — und mit Recht hat man solches Bewußtsein der Kindheit menschlicher Entwicklung gleichgesetzt — vermag sich überholte Etappen gesellschaftlicher Entwicklung, das sind jeweils vom Stand der Produktivkräfte bestimmte Naturverhältnisse, unmittelbar als Naturwesen vorzustellen: in der Argonautensage z. B. der Drache, der das Goldene Vlies bewacht.

Die Zuordnung der über- oder untersinnlichen Kräfte, mit denen die Naturwesen beherrschbar werden, an das Weib ist die Voraussetzung der Tragödie. Hier liegt die Prädestination der Medea zur tragischen Heldin, zu der Euripides sie gemacht hat, was sich im Kontext von Hegels Tragödientheorem, wenn auch mit erheblicher Bedeutungsverschiebung, verstehen läßt. Hegel sagt vom Weib, es habe »die Wahrheit und Bekräftigung seiner Macht an dem Wesen des göttlichen Gesetzes und dem unterirdischen Reiche«. In der Tat muß diese Zuordnung als unverwechselbar angesehen werden, auch wenn die Beweisführung kein biologisches Argument anbringen kann. Das Weib kann in dieser Rolle zur Identität aufgehen, nämlich als Hexe; nicht aber der Mann, dem Zauberer oder dem Magier glaubt man im letzten nie, daß er es ist, dahinter bleibt eine andere Identität zu vermuten, welche sich der Tricks bedient. Andere Absichten und weiterreichende Plä-

ne als männliches Moment repräsentiert Jason. Was Shakespeare für seinen Macbeth noch an die Hexen und an die Lady Macbeth verteilt hat, findet Jason bei Medea schon in einer Gestalt zusammengefaßt: die Irrationale, die alle irrationalen Hindernisse auf der Straße seines Erfolgs ausräumt.

Im Bündnis, Medeas geheime Künste in Funktion des Argonautenprojekts, muß ihnen alles gelingen, ein erfolgreiches Paar. Was die Argonauten von den Kolchern nie zu erzwingen vermocht hätten, ermöglicht die Kolcherin Medea: die Eroberung des Goldenen Vlieses. Auf der Flucht zeigt sich die kontrapunktische Andersartigkeit von Medea. Unterirdischkeit zu jener der Antigone. Bei Medea hat das nichts mit der Pietät der Familie zu tun: sie zerstückt ihren Bruder und wirft die Stücke den Verfolgern in den Weg, um diese aufzuhalten.

Die Ehe muß in dem Augenblick problematisch werden, wo Jasons Zwecke Medeas Künste nicht mehr vonnöten haben. Schon bei der Rückkehr der Argo nach Iolkos, wo sich herausstellt, daß Relias den Jason mit der Aufgabe, das Goldene Vlies zu erobern, nur überlisten wollte und keineswegs gedenkt, ihm den Thron wie versprochen abzutreten, schlägt Medeas Geheimwissen um in Heimtücke. Wie sie den Pelias in dem Glauben, er verjünge sich durch die Kur, von den eigenen Töchtern zerstückt läßt, ist schon keine Hexerei mehr, sondern ein hämisches Kabinettsstück.

In Korinth kommt die Nichtidentität in das Verhältnis der Ausschließung. Jasons Pläne erfordern eine Heirat, und die Ehe ist im Weg. Hier setzt das tragische Interesse des Euripides ein, welches sich den Mythos bearbeitet. Die eigenartige Modernität dieses tragischen Interesses zeigt Euripides als den Modernisten unter den griechischen Tragikern, denn sein Drama steht wie das Ibsensche unter der Norm der bürgerlichen Utopie von glücklicher Ehe.

»Denn dieses ist des Erdenlebens höchstes Glück,

Wenn mit dem Manne sich des Weibes Sinn verträgt.«

Euripides ist damit der Totengräber der Tragödie, nicht, wie Nietzsche es haben wollte, wegen seiner Nähe zur sophistischen Aufklärung, sondern weil er die Tragödie unter die Norm des Ideals stellt, die Tragödie nurmehr das Scheitern dieses Ideals vorführen läßt, die genuin gegenaufklärerische Denkfigur, eben diejenige, nach der Nietzsches eigene Theoreme strukturiert sind. Freilich ist die Darstellung des scheiternden Ideals hier wie da die entschiedenste Propaganda für das Ideal. Man hat Euripides als den Stammherrn einer romantischen Tragödienauffassung anzusehen, welche auf das genaueste von der romantischen Tragödie unterschieden werden muß. Was für die griechische Tragödie zutrifft, nämlich die Identität ihres Problems mit dem Zustand der Gesellschaft, in der sie wächst, das, was ihr bei Hegel den Rang des Klassischen verleiht und zur Folie der Geschichtsphilosophie der »Phänomenologie des Geistes« werden läßt, diese Identität trifft für die romantische Tragödie auch zu. Allein ihre Kollision ist nicht die von göttlichem und menschlichem Gesetz, sondern die von tragischen Situationen und untragischen Individuen, als deren Modell Hegels Ästhetik den Hamlet anführt.

Bei der Umarbeitung der Medea aus einer mythischen Figur in die tragische Heldin wird ihre Verbindung mit den Argonauten zur Exposition der Heldin. Die dramentechnische Exposition ist dabei zugleich die themati-

sche. Das Exil und nicht die geheimen Künste werden so das Hauptmotiv für die Medea des Euripides. Grillparzer hat sich darüber erstaunt, welche große Rolle das Motiv des Exils bei Euripides gespielt hat; der Moderne, so meinte Grillparzer, könne dies Interesse nicht teilen, da er ja überall und nirgends zuhause sei. In der Tat ist aber der breite Raum, den das Thema des Exils einnimmt, Symptom für das Problematischgewordensein des Standpunkts dieser Dichtung. Sie will heimatlich-republikanisch sein, aber sie trifft nicht auf die ungeteilte Annahme des Volkes.

Hierin liegt eine Ähnlichkeit der Situation des Euripides im athenischen Gemeinwesen und der Heiner Müllers in der DDR der 60er Jahre. Heiner Müllers damaliger Rückzug in griechische Themen und Formen, nachdem die Republik für seine republikanische Dichtung (Blankversdramen, die Probleme des sozialistischen Aufbaus darstellen) gedankt hatte, läßt sich als eine Art innere Emigration verstehen. Das dichterisch imaginierte, weil wirklich befürchtete Exil wird zur Utopie in des Wortes wörtlichster Bedeutung, zum Nichtort. In diese Situation fällt bei Heiner Müller das Medea-thema: Die Frau, die alle Bindung an die Heimat zerrissen hat und nurmehr an ihre Heimatlosigkeit gebunden ist. Auf diesem Boden wird eine Handlung möglich, die eine tragische genannt werden kann, eine Handlung, die rein ist von jedem dem Charakter äußerlichen Motiv, so daß sie als Vollziehung eines Schicksals verstanden werden kann. Die Handlung selber ist aber, genau betrachtet, das ganze Gegenteil, nämlich Auflehnung gegen das, was Schicksal zu nennen wäre.

Die Konstellation, welche Euripides aus dem Argonautenepos präpariert hat, ist durchaus, wie gezeigt, als Kollision von göttlichem und menschlichem Gesetz zu sehen. Daß die Jasonsche Zweckrationalität zur Medea-schen Irrationalität ins Verhältnis der Ausschließung kommen kann und kommt, ist tragisch. Was aber Euripides daraus an Handlung macht, ist eine Eigenkonstruktion, die den Mythos geradezu verfälscht. Die Tötung der neuen Braut durch das von Medea mit den wunderlichen Eigenschaften ausgestattete Brautkleid reichte ihm nicht aus, die Ermordung der Kinder muß zur Haupthandlung der Medea werden. Dabei sind bei Euripides aus den sieben Söhnen und sieben Töchtern, welche in einigen Fassungen gar nicht von Medea getötet werden, zwei Söhne geworden. Diese Handlung nun erhält dramentechnisch eine psychologische Motivation, und in nichts läßt sich die nachtragische Gesinnung deutlicher erkennen als darin, daß Jasons Handlung nicht das göttliche Gesetz verletzt, sondern Medea als Person. So kommt Jason bei Euripides gar nicht als Charakter, als Prinzip vor, sondern nur als mieser Typ. Die Auslöschung der Mutterschaft stellt nichts anderes her als die von ihm verletzte Person der Medea. Die Loslösung von der Geschlechtsbestimmtheit als Ziel dieser Handlung läßt Heiner Müller seine Medea aussprechen:

»Will ich die Menschheit in zwei Stücke brechen/
Und wohnen in der leeren Mitte Ich/
Kein Weib kein Mann...«

Der Aufgriff der Medea durch den neuesten Feminismus muß bedenklich machen, weil er seine Kontinuität aus dem bürgerlichen Jahrhundert übersieht und damit das Kreuz, das er fortträgt. Anselm Feuerbach hat in einem Gemälde die Medea als Frauenbild des 19. Jahrhunderts gemalt, als Salon-

dame. Die idyllische Pose, in der er sie mit ihren Söhnen zeigt, treibt, das Thema weiter romantisierend, zum Ausdruck. Sie braucht ihre Söhne gar nicht mehr zu töten, um sich von der Mutterschaft loszusprechen, denn diese Menschen verhalten sich getreu dem Erziehungsideal der bürgerlichen Romantik als reife und reifende, aber vor allem abstrakt gleiche Individuen. Die Nähe des Medeamotivs zu einem zentralen Motiv bei Ibsen, die Opferung der Kinder, die Zerstörung der Familie zur Rettung der Ehe, wird in einer interessanten Medeaaversion aus diesem Jahrhundert, dem Libretto von Madeleine Milhaud zur Medeaoper ihres Ehemannes Darius, deutlich. Im letzten Satz der Medea ist dort der unüberhörbare Ton einer Hoffnung, nach alledem sei an die Reform der Beziehung zu denken, vernehmlich: »Adieu parjure, apprends à connaître ta femme.« (Auf Wiedersehen, Meineidiger, lerne deine Frau erstmal kennen.)

Eine fatale Hoffnung, wie mir scheint, denn wenn auch von Schicksal kaum noch die Rede sein kann, daß die Menschheit in Geschlechter unterteilt bleibt, davon ist auszugehen, Medea führt nicht aus der Tragödie, sie führt bestenfalls in sie zurück.

3. Die letzte Gangart des Helden: Flanieren

Heiner Müller hat einmal, anlässlich einiger Worte über Thomas Brasch, Bechers Definition des Talents angeführt: dies sei die Fähigkeit, in historisch aufschlußreiche Situationen zu geraten. Genauer ist das Talent Heiner Müllers nicht zu beschreiben. Ihm als einzigen ist es bislang gelungen, die Geschichtsschneise in der Berliner Mauer anders denn als Einbahnstraße zu benutzen. Das Dantesche Höllenmotto, das vielleicht in den nach dem Mauerbau westlicherseits stehengelassenen Tafeln YOU ARE LEAVING THE AMERICAN SECTOR beiklingen soll, markiert weit gültiger den Point of no Return von der östlichen Seite, wo das Jenseits als das vom westlichen Werbefernsehen verheißene Paradies geglaubt wird, gegen die Propaganda der eigenen Meinungsbürokratie.

Ein Mann, dem der Kulturschock, — den Berlintonuristen als Grauschauer für 30 Mark West dargeboten, den rübermachenden DDR-Bürgern als gebrochenes Leben, das zur Morgentoilette geworden ist, kann ein Gespür für die Asynchronität gesellschaftlicher Systeme bekommen, welches über das elendige Vergleichen hinaus ist. Die Wahrnehmung dieser Asynchronität beruht auf dem Verzicht seiner einseitigen Deutung zum Anachronismus, damit auf Preisgabe der Utopie. Die Heimat des Grenzgängers ist wohl noch ein Nichtort, aber ein solcher von kartographischer Realität. Wenn schon der Vergleich zwischen den Kulturen am mangelnden Tertium comparationis, an welchem die Anthropologie so vergeblich bastelt, scheitert, so kommt die Erfahrung nicht ohne ein solches aus. Dies findet sie in der Individualität des Grenzgängers, welche einer ganz anderen Rhythmik gehorcht. Für diese gleichförmig-ziellose Bewegung hat Benjamin das Flanieren zum Topos gemacht.

Der Flaneur als Typus des literarischen Intellektuellen, wie ihn Benjamin nach den Zügen Baudelaires gezeichnet hat, stellt auf den Gipfeln der Entfremdung, in den Großstädten, in denen das 19. Jahrhundert Kapital und

Arbeitskraft getürmt hat, eine mimetische Identität mit diesen bewußtlosen Gemeinwesen her, und die bestimmungslosen Bahnen seiner Promenaden geben den Standpunkt ab, von dem allein sich schreiben läßt. »...ihm tritt die Stadt in ihre dialektischen Pole auseinander. Sie eröffnet sich ihm als Landschaft, sie umschließt ihn als Stube«, schreibt Benjamin. Im Wissen, daß Literatur nur vom Standpunkt eines Gemeinwesens aus möglich ist, ist der Flaneur zuletzt in das Zentrum des philosophischen Interesses Benjamins gerückt, aber das Stigma des Grenzgängers ist es, das den Fall Benjamin von den Intellektuellentragedien des 19. Jahrhunderts unterscheidet. Jenseits des jakobinischen Traumas konnte der Jude in Paris sich einem Gemeinwesen einschreiben, dieweil in Deutschland die Nazis hausten, ohne sich den Kopf irgendeines bürgerlichen Staates zu zerbrechen. Sein Trotz dagegen, von den deutschen Faschisten Haifa sich als seine Heimat vor-schreiben zu lassen, hat zu jenem denkwürdigen Ende in Port Bou geführt. Dieser Tod macht die Probe auf seine These über Baudelaire, in dem er den Begründer der radikalen Moderne sah, daß der Dichter nicht mehr die Helden zu besingen habe, daß Dichtung selbst nur mehr heroisch zu haben sei.

Unvergleichbar, aber ähnlich ist die Situation aus der Heiner Müller in der Trümmerstadt Berlin schreibt. Er ist nicht mehr dort, aber er ist auch noch nicht weg. In dem Text LANDSCHAFT MIT ARGONAUTEN, dem aktuellen Teil einer dreiteiligen Montage aus drei Epochen seines Werkes, hat Heiner Müller ein Selbstporträt geliefert, das möglicherweise zu früh zum Denkmal geraten ist. Der Monolog des Flaneurs, genial synkopiert mit der Gestalt des archetypischen Seefahrers, hat den Grenzgänger, Jason gleich Heiner Müller, als Helden aus den Brettern gehoben. Aus der Vielzahl der Prädikationen des Ich, die sich aneinanderreihen, schält sich eine als die gültig bleibende heraus: ICH MEIN TOD.

Biedenkopf will an Karl Marx und nicht an Johannes Rau gemessen werden
Klaus von Dohnanyi

Jürgen Habermas

Wolfgang Abendroth in der Bundesrepublik

Wolfgang Abendroth war anders.

Er war anders als andere Professoren seiner Generation — natürlich anders als die, die aus gutem Grunde oder aus schlechter Gewohnheit unpolitisch waren; anders auch als die politisch denkenden Kollegen, die sich mit den Verhältnissen identifizieren konnten, oder die auf Distanz gingen und sich doch irgendwie arrangierten, die wie Eugen Kogon beispielsweise eine erfolgreiche Zeitschrift machten oder wie Max Horkheimer Rektor wurden. Abendroth war sogar anders als jene seltenen Exemplare seiner Zunft, die zu linken Organisationen Brücken schlugen, wie Helmut Ridder beispielsweise oder Eugen Fink Vorträge hielten vor Gewerkschaften; denn Abendroth war im gewerkschaftlichen Milieu, im Milieu der Arbeiterbewegung zu Hause. Wolfgang Abendroth war auch anders als die Genossen seiner politischen Herkunft — natürlich anders als die vielen Renegaten; aber auch anders als die, die mit der Vergangenheit nicht einfach gebrochen hatten, die, wie etwa Willy Brandt oder Rix Löwenthal, von der Gruppe Neubeginnen ausgingen und in der Mitte der Sozialdemokratie an ihr Ziel gelangten. Er war überhaupt anders als die etablierten Linken, als sein langjähriger Freund Otto Brenner beispielsweise.

Dieses vielfache Anderssein hat, so könnte man denken, Wolfgang Abendroth zum Außenseiter gemacht. Er selbst hat sich einmal öffentlich als 'outcast' bezeichnet. Bis auf die kurze Zeit des Übergangs nach dem Kriege, während der ihn seine antifaschistische Vergangenheit beschirmt, sogar in die Ämter von Staats- und Landesgerichtshöfen befördert hatte, ist er das in gewisser Weise auch gewesen. Ich habe Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre aus der Nähe beobachten können, wie dieser verletzbare, etwas schüchterne, leicht errötende Mann gerade an den subtileren Diskriminierungen innerhalb und außerhalb der Universität gelitten hat — mehr noch daran, daß seine Kinder auf dem Schulhof spüren mußten, wie die Eltern anderer Kinder über ihren Vater dachten.

Trotzdem — Wolfgang Abendroth war anders als andere Außenseiter, anders als jene Juden, Kommunisten, Verfolgten des Nazi-Regimes, die am Rande bleiben mußten. Gewiß, Abendroth hat in Opposition gestanden zu den herrschenden Tendenzen der deutschen Nachkriegsgeschichte — hüben wie drüben. Er hat sich mit seinen politischen Auffassungen nicht durchgesetzt. Er hat die Geschichte der Bundesrepublik gewiß nicht geformt, aber er ist in sie eingegangen. Er ist ein Ferment gewesen, ohne welches wichtige Verzweigungen, Beschleunigungen und Verwerfungen dieser Geschichte nicht zustande gekommen wären. Das sage ich ohne allen Triumph; denn solange die Geschichte eine der Sieger ist, sind Triumphe verräterischer als Niederlagen. Aber auch Niederlagen bleiben das, was sie sind, kein Grund zur Verklärung. Ich meine nur dies: Prozesse und gegenläufige

Prozesse, so sehr die einen über die anderen triumphieren mögen, gehen in *dieselbe* Geschichte ein. Es gibt keine Gegengeschichte, sondern nur Gegenbewegungen in der Geschichte. So ist, was Wolfgang Abendroth getan hat und was er gewesen ist, zum Bestandteil unserer Nachkriegsgeschichte geworden. Deshalb spreche ich über »Wolfgang Abendroth in der Bundesrepublik«.

Sein Name ist unverlierbar mit der Organisationsgeschichte der Bundesrepublik verbunden, noch mehr mit der Geschichte ihrer sozialen Bewegungen und nicht zuletzt mit der Geschichte der Sozialwissenschaften in dieser Periode.

In der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung markiert die Auseinandersetzung um die Position von Victor Agartz einen ähnlichen Wendepunkt wie der Godesberger Parteitag (und der daraus folgende Ausschluß des SDS) in der Geschichte der SPD. In beiden Fällen sind Weichen gestellt worden. Aber in beiden Fällen ist die Erinnerung an die nicht-gewählte Alternative nur darum nicht verblaßt, weil der Gegenposition durch Abendroths brillante theoretische Beiträge und durch sein praktisches Engagement eine so überaus scharfe Kontur verliehen worden ist.

Ähnliches gilt für jene Wellen innenpolitischer Auseinandersetzungen, die den schwankenden Boden der Bundesrepublik immer wieder in Schwingung versetzt haben. Das fing an mit dem Kampf gegen die Remilitarisierung, später gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, erstreckte sich über die Kampagne »Ungesühnte Nazijustiz«, die Ostermärsche, die großen Streiks bis zum Kampf gegen die Notstandsgesetze und die Studentenrevolte, und mündet vorerst in die ökologischen und pazifistischen Bewegungen der Gegenwart. Diese sozialen Bewegungen wären ohne Abendroths eingreifendes, nie erlahmendes Temperament anders verlaufen, mindestens diffuser; denn Einfluß nahm Abendroth in der Überzeugung, daß politisches Handeln ohne klare Analyse gefährlich ist. Abendroths taktische Ziele, seine Situationseinschätzungen, seine historisch stets informierten, klassentheoretisch durchgeführten Analysen mochten die Meinungen noch so sehr polarisieren, immer forderten sie heraus zur rationaler Selbstverständigung, immer gaben sie einen Anstoß zur aufklärenden Diskussion.

Spuren hinterläßt Abendroth schließlich in der Geschichte unserer Wissenschaften. Die deutschen Universitäten hätten sich ohne das Wirken eines Alexander Mitscherlich wohl kaum im Laufe der 60er Jahre psychoanalytischen Forschungen geöffnet. Eine ähnliche Wirkung hatten, meine ich, die Pionierleistungen des lange Zeit einzigen marxistischen Gelehrten an einer deutschen Universität. Dabei denke ich nicht nur an den Zeitgeschichtler und Politikwissenschaftler, der sich mit der europäischen Arbeiterbewegung und der Parteiengeschichte der Weimarer Zeit befaßt hat, sondern mindestens ebenso sehr an den Juristen Abendroth, der an Hellers Lehre vom demokratischen und sozialen Rechtsstaat angeknüpft und jene linke Staatsrechtstradition erneuert hat, die Otto Kirchheimer und Franz Neumann im Umkreis des Instituts für Sozialforschung nur während der Emigration hatten fortsetzen können.

Bevor ich darauf eingehe, möchte ich auf die Frage zurückkommen, warum Abendroth, als Außenseiter, eine solche Ausstrahlung hat haben kön-

nen. Man ist versucht, einfach zu sagen: Wolfgang Abendroth war eine moralische Person. Wenn es so etwas wie die Einheit von Werk und Lebensgeschichte überhaupt geben könnte, niemand wäre diesem Ziel näher gekommen als er. Dem verdankte Abendroth seine unvergleichliche Autorität. Um eine moralische Instanz zu sein, bedarf es allerdings einer außerordentlichen Kraft, einer Vitalität, für die die Gründe nicht nur in der Person eines hinfalligen Einzelnen liegen können. Es bedurfte der lebenslangen Solidarität vonseiten einer Frau wie Lisa Abendroth. Vielleicht mußten sogar Antriebskräfte hinzukommen, die sich einer objektiveren Gewalt verdanken — einer geschichtlichen Konstellation, die mit einem persönlichen, das ganze Leben prägenden Entschluß verwoben ist, aber zugleich über persönlich Zurechenbares hinausreicht. Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern. Wie in der Person von Wolfgang Abendroth so ist mir auch in Gershom Scholem eine lebensgeschichtlich tief verwurzelte Vitalität der Überzeugung begegnet. Ich habe mir diese Sicherheit stets damit erklärt, daß Scholem früh einen radikalen, sein weiteres Leben bestimmenden Entschluß gefaßt hat — 1923 die Auswanderung nach Israel —, und daß dieser Entschluß dann retrospektiv auf eine unvorhersehbare, auch unvorhersehbar grausame Weise durch den Lauf der Weltgeschichte selbst beglaubigt worden ist. Konnte sich Abendroth in jenem ja ebenfalls früh vollzogenen Lebensentschluß, der ihn an die Seite der demokratischen Arbeiterbewegung geführt und ihm schwer zumutbare Opfer abverlangt hat, auf eine ähnliche Weise historisch bestätigt fühlen?

Wie dem auch sei, Abendroth verfügte über viele Ressourcen. Er besaß, wie Sie sich erinnern, einen großen persönlichen Charme, wenn dieses Wort auf eine so spröde, beinahe prüde Person Anwendung finden kann. Aber er entwickelte keineswegs den Charme jener bürgerlichen Diskretion, die man von dem Antifaschisten nach dem Kriege vielfach erwartet hatte. Er hatte den Fehler, die Nazi-Zeit nicht vergessen zu können. Er veranstaltete sogar Seminare, die dem Vergessen vorbeugen sollten, beispielsweise über die Universität im Dritten Reich. Obwohl er die Kollegen am Ort schonte, machte er sich damit nicht beliebt, zog Aggressionen auf sich. Hier in Marburg möchte ich dazu ein Wort der Erklärung sagen. Abendroth konnte gar nicht anders, als eine Sache auch unter ihrem politischen Aspekt zu betrachten. Genauso betrachtete er Personen. Fast unwillkürlich witterte er Gefahren; er wollte nicht wieder geschlagen werden wie damals, im Zuchthaus. Er konnte gar nicht anders, als parteilich zu denken, auch seine Umgebung nach Fraktionen einzuteilen. Dennoch war Abendroth gleichzeitig von großer Sachlichkeit. Auf eine andere Weise als bei Max Weber gingen auch bei ihm politische Leidenschaft und die Fähigkeit zur Objektivität des Urteils Hand in Hand. Abendroth hat bedauert, daß die Naturwissenschaftler aus der alten Philosophischen Fakultät ausziehen mußten. Er, der selber gerne Biologie studiert hätte, traute den Naturwissenschaftlern auch in hochschulpolitischen Dingen eine größere Unbestechlichkeit des Urteils zu. Ich habe erlebt, wenn Sie mir diese selbstbezogene Erinnerung gestatten, wie er auf die ganz ungewöhnliche telefonische Anfrage, ob er mich habilitieren könne, reagierte: er bildete sich ein Urteil aufgrund der Lektüre der Arbeit, ohne daß wir uns je zuvor getroffen hätten. Kennengelernt habe ich Abendroth dann in seinem Oberseminar, wo die heißen Dis-

kussionen jeweils unter der Leitung eines studentischen Teilnehmers stattfanden. Man muß Abendroth bei solchen Diskussionen gesehen haben, um zu begreifen, wie sich in ihm die Parteilichkeit einer lebensgeschichtlich wohl begründeten moralischen Perspektive mit unbedingter Wahrheitssuche, wie sich Authentizität mit wissenschaftlicher Objektivität zusammengefunden haben.

Abendroth war, als Politiker und als Wissenschaftler, Anwalt eines demokratischen Sozialismus, den er sich freilich ohne Abschaffung des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht vorstellen konnte. Er, der 1949 Jena verlassen mußte, um sich dem Zugriff des sowjetischen Geheimdienstes zu entziehen, haßte im Stalinismus die Verachtung des Rechtsstaates. Andererseits lehnte er den sozialstaatlichen Kompromiß, der den Klassenkonflikt durch Eingliederung und Kompensation der Arbeiterschaft bloß stillstellt, ebenso ab. Abendroth hat für einen legalen Übergang zum Sozialismus gekämpft. Er hatte von Rosa Luxemburg gelernt, daß es dahin, in entwickelten Gesellschaften, keinen anderen als den demokratischen Weg geben dürfte: »Realisierbar ist die Transformation erst dann, wenn die Massen deren Notwendigkeit eingesehen und zu ihrer eigenen Sache gemacht haben. Dann ist in dieser Gesellschaft ein friedlicher Übergang zum Sozialismus ohne Anwendung physischer Gewalt denkbar. Der friedliche Übergang ist unerläßlich, wenn man den Weltfrieden bewahren will.« (W. Abendroth, *Ein Leben in der Arbeiterbewegung*, Ffm. 1976, 248.)

Abendroth wußte natürlich, daß eine Rechtsordnung nicht in der Luft hängt. Die realen Machtverhältnisse ermöglichen erst die Realisierung von Rechtsansprüchen — vor allem dann, wenn es sich, wie bei den sozialen Teilhaberechten, um Prinzipien handelt, die im Einzelfall gegen andere Prinzipien abgewogen werden müssen. Diese Einsicht des Historischen Materialisten hat aber Abendroth niemals zum Zyniker werden lassen. Er gehörte nicht zu jenen Linken, die sich im Gefolge Carl Schmitts zu den rechtlichen Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates bloß instrumentell verhalten. Abendroth hat immer wieder darauf insistiert, daß gerade Sozialisten die Rechtsstaatsprinzipien als ein unverlierbares Erbe der bürgerlichen Emanzipationsbewegungen erstnehmen müssen.

Gewiß, Abendroth war kein Legalist; er hat dem autoritären Legalismus seiner staatsrechtlichen Kollegen widersprochen. Aber die große Bedeutung der rechtswissenschaftlichen Dogmatik hat er nie verkannt. Mit großer Brillanz hat er selbst eine radikalreformistische Auslegung der Formel vom »demokratischen und sozialen Rechtsstaat«, wie sie in Art. 28, Abs. 1 GG und in Art. 21, Abs. 1 GG festgelegt ist, entwickelt und hartnäckig verteidigt. Schon 1953, auf der Staatsrechtslehrertagung in Bonn, war Abendroth, obwohl zunächst in den Vorstand der Staatsrechtslehrervereinigung gewählt, als Koreferent zu Forsthoff nicht mehr tragbar; das bahnbrechende, für diese Tagung vorbereitete Referat ist dann in der Festschrift für Bergsträsser erschienen. Darin stellt Abendroth zwischen der Sozialstaatsformel und dem Grundsatz einer bis in die Bereiche der Produktion hinein ausgedehnten demokratischen Selbst- und Mitbestimmung eine *interne* Beziehung her. Das Grundgesetz, so resumierte er diesen Gedanken später, »hat diese beiden Momente sehr bewußt miteinander verbunden, um auszudrücken, daß der Begriff Sozialstaat nicht nur beliebige Ansprüche ein-

zelter an die öffentliche Hand enthalte, sondern den Sinn habe zu zeigen, daß eine Demokratie nur funktionieren könne, wenn sie sich in die Gesellschaft selbst hinein erstrecke und allen sozialen Schichten im Wirtschaftsprozess die gleichen Chancen biete.« (W. Abendroth, *Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der BRD*, Ffm. 1965, 19)

Wie immer man zu den orthodox klassentheoretischen Grundannahmen steht, an denen Abendroth zeitlebens festgehalten hat, seine Sozialstaatsinterpretation ist heute aktueller denn je. Der unverhüllte neokonservative Angriff auf den sozialstaatlichen Kompromiß, der den inneren Frieden in der Bundesrepublik bisher gesichert hat, bringt allen zu Bewußtsein, daß die aus dem Sozialstaatsprinzip hergeleiteten Rechtsansprüche nicht mehr wert sind als die demokratische Macht, durch die sie gedeckt sind.

In den Auseinandersetzungen heute und morgen wird uns Wolfgang Abendroth fehlen — fehlen wird uns die Wärme einer hinreißenden, einer liebenswerten Person, fehlen wird uns die erleuchtende Kraft seiner grammatisch verschachtelten und eben doch luziden Sätze, fehlen wird uns der unverwundliche Mut seines Geistes, eines sehr protestantischen, dem Leiden und der Angst abgerungenen Optimismus.

Der Seismograph:

In unserer Stadt haben wir, um uns vor allen Erdbeben zu bewahren, endlich auch einen Seismographen installiert, ein amerikanisch-japanisches Modell, das Beste seiner Art und in der Empfindlichkeit seiner Zeit voraus.

Nun ist alle Angst von uns gewichen, wir könnten im Schlaf überrascht werden, Klüfte und Spalten rissen uns nützlich in die Tiefe, Häuser und Türme erschlugen uns heimtückisch. Nun sind wir gewarnt und können den Platz beizeiten räumen und Leib und Leben bewahren.

Nur unsere Bewegungsfreiheit ist etwas eingeschränkt, seit wir den Seismographen in unserer Stadt installiert haben. Aus Sorge, die feinen Schwingungen des Geräts zu erregen, setzen wir schon lange keinen Fuß mehr vor den anderen. Dagegen verbleiben wir in unseren Betten und achten im Schlaf darauf, uns nicht allzusehr zu wälzen. Aus Furcht, mit unseren Schallwellen den Seismographen zu reizen, flüstern wir nur noch. Bücher lesen wir längst nicht mehr, das Umblättern, Sie verstehen! und auch das Essen hat bei uns seine Gewohnheiten verloren: wir kauen langsam und oft, um keine Erschütterungen auszulösen. Dasselbe gilt für unseren Gefühlshaushalt und andere Verrichtungen.

Mit diesen Einschränkungen haben wir uns abgefunden und leben sicher und sind aus dem Schlimmsten heraus, denn etwas Schlimmeres als Erdbeben, das weiß jeder, kann es nicht geben.

Peter Maiwald

Karl Hermann Tjaden

Die Bedeutung der 'Wissenschaft von der Politik' Wolfgang Abendroths

Ich danke dem Direktorium des Instituts für Politikwissenschaft und dem ganzen Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität für die ehrenvolle Einladung, auf dieser Veranstaltung zu sprechen, gibt mir das doch die Gelegenheit, über die anhaltende Bedeutung jener Wissenschaft von der Politik zu reden, die Wolfgang Abendroth an diesem Ort vertreten hat.

Die Wissenschaft von der Politik, die nach dem letzten Weltkrieg in Westdeutschland und in West-Berlin entwickelt wurde, hatte vielerlei Bezeichnungen. Angesichts dessen ist es wohl ein Zufall, aber es ist auch ein Glücksfall, daß diese Wissenschaft hier in Marburg von Wolfgang Abendroth vorzugsweise unter zwei Namen eingeführt worden ist: als Wissenschaftliche Politik, wie das von ihm geleitete Institut hieß, und als Politische Wissenschaft, wie er die Disziplin in einer einführenden Betrachtung bezeichnet hat. Eine Wissenschaft also, die politisch ist, und zugleich eine Politik, die wissenschaftlich ist: dieser Zusammenhang von Erkenntnis und Tat war in der von Wolfgang Abendroth vertretenen Politikwissenschaft nicht nur verwirklicht, er war für sie grundlegend. Daß dies so war, lag zunächst an der Verfassung und an den Möglichkeiten des Menschen, der diesen Lehrstuhl innehatte; doch lag es zudem an der Verfassung und an den Möglichkeiten der Gesellschaft, welche kritische Politikwissenschaft nur in Gestalt eines bestimmten Zusammenhangs von Theorie und Praxis zuließ und zuläßt. Doch damit greife ich voraus. Zunächst will ich nur von der Politikwissenschaft Wolfgang Abendroths als Wissenschaft reden, als einer Wissenschaft freilich, die politische Wissenschaft ist.

Politikwissenschaft als Politische Wissenschaft

Als die Sozialdemokraten in Westdeutschland und West-Berlin Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre die Entwicklung einer Wissenschaft von der Politik förderten, wollten sie die Vorgänge »der Machtbildung und der Machtausübung« in unserer Gesellschaft mit der »kritischen Sonde dieser Wissenschaft« untersucht wissen (1). Dazu haben Historiker der Politikwissenschaft zu Recht bemerkt, daß die Politologie, wie sie zunächst betrieben wurde, genau dies in der Regel nicht tat. Gefragt wurde zwar danach, wie politisch entschieden wurde, kaum aber danach, worüber entschieden wurde, und erst recht nicht, von wem, zu wessen Gunsten und zu wessen Lasten politische Entscheidungen getroffen worden waren. Es war zunächst nur der Sozialdemokrat Wolfgang Abendroth — und er sollte damit für lange Zeit der einzige Hochschullehrer dieses Fachs bleiben — der den Gegenstand seiner Wissenschaft als ein Gefüge gesellschaftlicher Klas-

senkräfte und politischer Machtverhältnisse begriff, was, wie wir wissen, dann manchen Sozialdemokraten doch zu weit ging. Er ging dabei von der von Marx und Engels erarbeiteten Erkenntnis aus, daß die kapitalistische Gesellschaft im Klassenverhältnis von Lohnarbeit und Kapital begründet ist und durch eine zum Staat verselbständigte politische Macht bekräftigt und geregelt wird. Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse der Klassen drückt sich in gesellschaftlichen Machtlagen aus und setzt sich in politische Kämpfe um und wird durch sie verändert, wobei die politischen Kämpfe der Arbeiterklasse durch die Staatsverfassung als einem Waffenstillstand-sabkommen zwischen Kapital und Arbeit Rechtsunterstützung erlangen können, was insbesondere für den demokratischen bürgerlichen Rechtsstaat in seiner sozialstaatlichen Ausprägung gilt.

Vor dieser Auffassung des Gegenstands Politischer Wissenschaft erscheinen nun die politischen Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung bis zum heutigen Tag in der Tat als verständlich. Man kann sie nun als eine Kette von gesellschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitnehmerseite und Unternehmerseite, zwischen Arbeit und Kapital begreifen: von der Wiederaufrüstung bis zur Raketenstationierung und Weltraumrüstung durch die USA, vom KPD-Verbot bis zu den späteren Berufsverboten, von der Notstandsgesetzgebung bis zu den jüngsten Angriffen auf die Streikfähigkeit und die Möglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer — alles dies eine einzige Kette politischer Maßnahmen, die den Machtspielraum des Kapitals sichern und erweitern sollen und gegen die sich die abhängig arbeitende Bevölkerung zur Wehr zu setzen hatte und zu setzen hat. Die Politische Wissenschaft eines Wolfgang Abendroth war in der Lage, in diesen Auseinandersetzungen das Nötige zu sagen und zu tun.

Mit dieser marxistischen Gesellschafts- und Politik-Auffassung stand Wolfgang Abendroth in der Hochschullandschaft der fünfziger Jahre allein da. Das war nicht nur eine Frage des Muts in dieser Zeit des reaktionärsten abstrakten Antikommunismus, sondern auch eine Frage des Bewußtseins, das dieser Vertreter seines Fachs von seinem Gegenstand hatte. Es gab ja auch anderswo eine Theorie der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Veränderung; aber diese Theorie blieb im allgemeinen selbst dort, wo sie als kritische sich verstand, ihrem Gegenstand verhaftet — jener Form einer Gesellschaft nämlich, die unter prinzipieller realer Abstraktion von den wirklichen Bedarfen der arbeitenden Bevölkerung, von ihren geschichtlichen Voraussetzungen und natürlichen Grundlagen, von den internationalen Kräfteverhältnissen und Entwicklungsrichtungen scheinbar auf ewig unbehelligt das Ziel verfolgte, das wirtschaftliche Wachstum zugunsten des Kapitals voranzutreiben. Ein Begriff von Gesellschaft, der dieser Fetischisierung abstrakten Wachstums und ihrer Absegnung durch die Politik kaum mehr entgegensetzen konnte als das Pochen auf kritische Distanz zum und auf den Charakter der Totalität des Ganzen, war und ist bis heute nicht in der Lage, aus solchen Verhältnissen gangbare Auswege zu weisen. Wolfgang Abendroth jedoch hatte an die Stelle eines lediglich allgemeinen Begriffs von Gesellschaft und Politik die Theorie einer besonderen, eben der kapitalistischen Gesellschaft und Machtverhältnisse gesetzt. Und er hatte an die Stelle der einzelnen gesellschaftlichen und politischen Erschei-

nungen die Realität der kapitalistischen Gesellschaft, ihrer Politik und ihrer internationalen Beziehungen in der BRD gesetzt. Es war diese Konkretion, die durch den Marxismus Abendrothscher Prägung theoretisch begriffene Einheit realer Vielfalt, welche die Attraktivität der Marburger Politikwissenschaft für die meisten derjenigen angehenden und halbfertigen Sozialwissenschaftler ausmachte, die von anderen Universitäten nach Marburg kamen.

Der eine oder die andere wird nun mit Oskar Negt zu bedenken geben, daß diese Darstellung des Denkens und Wirkens Wolfgang Abendroths zu glatt sei und zu sehr die »Ecken und Kanten« ausspare, als daß man daraus lernen könne (2). Gab es denn nicht Widersprüche in seiner politisch-wissenschaftlichen Biographie, etwa den Gegensatz zwischen dem Streben nach theoretischer »Klarheit« und nach praktischer »Einheit«; den Gegensatz zwischen Kritik und Loyalität; den zwischen dem jungen und dem »späten Abendroth«? Wen solche Bedenken plagten, der sollte sich, falls er das einmal gelernt hat, daran erinnern, daß Widerspruchsverhältnisse nicht nur das Moment des Gegensatzes, sondern auch das Moment der Einheit enthalten. Wie diese Einheit des Denkens und Wirkens Wolfgang Abendroths aussah, das haben, jeder auf seine Weise, wohl zutreffend Heinz Jung (3) und Arno Klönne (4) beschrieben; Heinz Jung, wenn er daran erinnert, daß sich in Abendroths Biographie aller »Brüche« zum Trotz eines als das Bestimmende durchhält: »der Marxismus und die Arbeiterbewegung«; Arno Klönne, wenn er darauf verweist, daß Wolfgang Abendroth immer wieder diejenigen politischen Inhalte »öffentlich zum Ausdruck brachte«, die »manch einer, von den Sozialdemokraten bis zu den Kommunisten, mitunter gern ... gesagt hätte«, aber »eben nicht gesagt hat, nicht sagen wollte oder nicht sagen konnte.« Es ist, mit anderen Worten, die Überbrückung der Kluft zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit durch marxistische Politische Wissenschaft im Sinne der Arbeiterbewegung, was die Identität des politischen Denkens und Wirkens von Wolfgang Abendroth ausmachte.

Politikwissenschaft als Wissenschaftliche Politik

An diesem Punkte unserer Überlegungen angelangt, können wir begreifen, warum Politikwissenschaft im Sinne Wolfgang Abendroths nicht nur Politische Wissenschaft, sondern auch Wissenschaftliche Politik sein muß; eine Politik wohlgerichtet, die wesentlich wissenschaftlichen Charakter trägt. Die Idee der Politikwissenschaft als einer praktischen Wissenschaft gehört zu den gedanklichen Grundlagen ihrer Entwicklung in unserem Land nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei sie als Handlungsanleitung wie als Zielsetzungswissenschaft für die Politik verstanden werden konnte. Auch hier hat Wolfgang Abendroth, weitergehend und schließlich anders, als das ursprünglich gemeint war, mit einer grundlegenden Vorstellung von Politikwissenschaft ernst gemacht, indem er Wissenschaftliche Politik auch als eine Praxis begriff, die die Organisationen und Funktionäre der Arbeiterbewegung in ihrer Politik wissenschaftlich unterstützt.

Diese Idee einer Wissenschaftlichen Politik war nicht willkürlich gesetzt,

sondern ging von der von Marx und Engels gewonnenen Erkenntnis aus, daß die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Entwicklung an einen Punkt gelangt, an dem es vor allem ihre Produktions- und Klassenverhältnisse und damit ihre Machtverhältnisse sind, was eine vernünftige Gestaltung der gesellschaftlichen Arbeit und Arbeitsverhältnisse und der Beziehungen zwischen Mensch und Natur verhindert. Es ist die so begriffene Kluft zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und gesellschaftlicher Möglichkeit, deren Überbrückung schon den Gehalt der Politikwissenschaft Wolfgang Abendroths als Politischer Wissenschaft begründet, was schließlich auch ihren Inhalt als Wissenschaftliche Politik bestimmt: indem diese Kluft nämlich dazu anhält, Gegenmacht gegen die kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisse zu entfalten, um diese Verhältnisse einzuschränken und am Ende die Möglichkeit vernünftiger Gesellschaft zu verwirklichen. Und diese Gegenmacht, die nach der Verfassung kapitalistischer Gesellschaften nur im Gegenpol des Kapitals, der abhängigen Arbeit, gründen kann, läßt sich nur durch wissenschaftlich angeleitete Politik entfalten.

Wissenschaftliche Politik im Sinne Wolfgang Abendroths will vor allem bewirken, daß die Arbeiterklasse diese ihre Lektion lernt. Alle seine wissenschaftlich-politischen Anstrengungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren auf dieses Ziel gerichtet: von der frühen gutachterlichen Tätigkeit für den Deutschen Gewerkschaftsbund bis zur Ausbildung von Gewerkschaftsfunktionären in der Frankfurter Akademie der Arbeit, von der Arbeit an den kleinen sozialistischen Zeitschriften der fünfziger Jahre bis zu den Beiträgen zu sozialdemokratischen Programmdiskussionen; vom Wirken in der SDS-Förderergesellschaft bis zur Beratung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen: alles dies und vieles andere ein Beitrag zur Lösung der unendlich erscheinenden Aufgabe, den arbeitenden Menschen die Einsicht zu vermitteln, daß die Zurückdrängung der Kapitalmacht ihren eigenen unmittelbaren wie ihren weiterreichenden Interessen dient.

Diese Art Wissenschaftlicher Politik war mit der Idee einer praktischen Wissenschaft der Politik freilich nicht gemeint gewesen. Aus dieser Idee entwickelte sich schließlich die sei's positivistische, sei's systemanalytische, sei's sozialphilosophische Politikberatung, die zum Tummelplatz der Tüchtigsten einer jeder dieser Denkweisen werden sollte und die die Entscheidungen der herrschenden Politik rationalisiert, glorifiziert oder problematisiert. Die von Wolfgang Abendroth entwickelte Wissenschaftliche Politik zielt in die entgegengesetzte Richtung, weil sie auf eine Politik von sich einig werdenden Kräften in der abhängig arbeitenden Bevölkerung abstellt und weil es ihr nicht einfach um die Erhaltung und Verbesserung von Bestehendem — auch nicht der bestehenden Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse — geht, sondern um Schritte, die über das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital hinausweisen. Es geht ihr darum, daß die arbeitenden Massen dieses Hinausgehen über die kapitalistische Produktionsweise als eine Notwendigkeit begreifen lernen und zu ihrer eigenen Sache machen.

An dieser Stelle muß ein Wort zur Einheitsfrontpolitik gesagt werden, die als zentrale Strategie der revolutionären Arbeiterbewegung Anfang der zwanziger Jahre entwickelt wurde. Oskar Negt führt einen der von ihm ver-

muteten Widersprüche in der Biographie Wolfgang Abendroths darauf zurück, daß die Vorstellung der Einheitsfrontpolitik, als Konzeption einer gemeinschaftlichen Politik von Kommunisten und Sozialdemokraten entstanden, von ihm in die Wirklichkeit der BRD übertragen wurde, wo politische Großparteien der Arbeiterbewegung nach dem Vorbild der Verhältnisse der Weimarer Republik nicht mehr existierten und Einheitsfront nur noch »quer zu den Großorganisationen« und »unterhalb der Parteiebene« praktiziert werden könne (5). Wer sich einmal ernsthaft mit der Geschichte der Arbeiterbewegung befaßt hat, weiß allerdings, daß die zentrale Idee der Einheitsfrontpolitik ohnehin nicht die Aktionseinheit großer Parteiorganisationen, sondern die Aktivierung des Proletariats selbst zwecks Realisierung seiner Interessen meint, und daß die Theorie dieser Politik nicht die Verwirklichung irgendeines zwischen den Arbeiterparteien abgestimmten Programms anstrebt, sondern wesentlich die Propagierung und womöglich Realisierung von Teilforderungen der Arbeiterbewegung mit ganz bestimmten Eigenschaften, nämlich solcher Teilforderungen, die als Tagesforderungen auf die unmittelbaren Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung bezogen sind und der Erweiterung ihres Bewußtseins dienen können, wie auch jener mit den Tagesforderungen zu verbindenden Teilmaßnahmen und -losungen, die als Übergangsforderungen über die kapitalistische Produktionsweise hinausweisen und die den abhängig arbeitenden Menschen zumindest zu lernen ermöglichen, daß der Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft ihre eigene Sache wäre. Diese grundlegenden Bestimmungen der Einheitsfrontpolitik enthalten sehr wohl, wie Joachim Bischoff richtig hervorgehoben hat, die Möglichkeit einer »Aktualisierung der Einheitsfrontpolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen« (6). Diese erforderte, im Sinne eines Vorschlags von Jürgen Seifert (7), die »politischen und gesellschaftlichen Konfliktlinien« zu bestimmen, die sich aus dem Ziel der Zurückdrängung von Kapitalmacht für die Arbeiterbewegung und für die neueren sozialen Bewegungen heute ergeben. Wissenschaftliche Politik muß heute zu allererst solche Übergangsforderungen, die mit diesen Konfliktlinien korrespondieren, erarbeiten, und zwar aus der wissenschaftlichen Untersuchung der Entwicklungslinien der vorhandenen Gesellschaft selbst.

Politikwissenschaft als Dialektik von Politischer Wissenschaft und Wissenschaftlicher Politik

Damit sind wir bei den Wechselbeziehungen zwischen Politischer Wissenschaft und Wissenschaftlicher Politik angekommen, die Wolfgang Abendroth gemäß marxistisch durch eine »umfassende Theorie der Gesellschaft und der Geschichte (und) gleichzeitig ... umfassende Theorie der Politik« zu begreifen sind (8). Es geht einerseits um das Nachdenken über die wirklichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und politischen Machtverhältnisse und über ihre möglichen Verschiebungen in Richtung auf eine künftige Gesellschaft hin, die vom Kapitalverhältnis befreit ist; es geht andererseits um das Vordenken möglicher gesellschaftlicher Zustände und politi-

scher Zielsetzungen und ihrer wirklichen Entwicklung auf der Grundlage der gegenwärtigen Gesellschaft, die noch durch das Kapitalverhältnis gefesselt ist. Und in dieser Doppelaufgabe stecken ernste methodisch-theoretische Probleme und politisch-praktische Konsequenzen ersten Ranges, die manch einen bedenklich stimmen mögen. Setzt dieser Wechselbezug von Gegenwartsbetrachtung und Zukunftsentwurf, von objektiven Gegebenheiten und subjektiven Setzungen, von gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Anleitungen nicht allerlei voraus, was wir gar nicht denken dürfen und nicht tun können; oder: gar nicht denken können und nicht tun dürfen; angefangen bei der Verkoppelung objektiver Entwicklungsziele und subjektiver Zweckvorstellungen bis hin zur Verbindung von wissenschaftlicher Analyse und politischer Strategie, die doch immer nur unzulässige Vermengungen und Vermischungen sein könnten, im Dienste von Dogmatismus und Parteipolitik? Fragen über Fragen.

Herbert Hörz, der in die Theorie der Entwicklung von Natur und Gesellschaft naturwissenschaftliche Kompetenz und Prägnanz eingebracht hat, hat den Zusammenhang zwischen Möglichkeitsfeldern und inneren Zielen gesellschaftlicher Entwicklung mit den Begriffen der objektiven Möglichkeit und des relativen Ziels zu begreifen versucht, wobei betont wird, daß Möglichkeitsfelder und innere Ziele in bestimmten Entwicklungsphasen die Gestalt »wesentlicher Alternativen« annehmen (9). In einer solchen Phase »reduziert sich das Möglichkeitsfeld auf wesentliche Alternativen, womit diese als relative Ziele gegenüber anderen Möglichkeiten ausgezeichnet sind. Es ist in der Gesellschaft die Phase, in der... die Frage 'Wer — Wen?' noch nicht entschieden ist.«

Gerd Lobboda, der zu den Vordenkern einer arbeitsorientierten Wirtschafts-, Gesellschafts-, Umwelt- und Energiepolitik in der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland gehört, hat einen Zusammenhang hergestellt zwischen der Entfaltung von Kräften in der Gesellschaftsbewegung und in den neueren sozialen Bewegungen unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen auf der einen Seite und dem Heranreifen von Antworten auf die andauernden Krisenerscheinungen auf der anderen Seite, also auf die Probleme der Hochrüstung, des Sozialabbaus, der Massenarbeitslosigkeit und der Naturzerstörung (10): »Obwohl es nicht auf den ersten Blick und ständig sichtbar ist, steckt in all diesen Bewegungen die Möglichkeit einer historisch überlegenen praktischen Antwort auf die wesentlichen ökonomischen und politischen Fragen unserer Zeit.«

In der Tat enthält das Feld der Entwicklungsmöglichkeiten und inneren Ziele, das innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise in unserem Land heute existiert, einerseits die Entwicklungslinien einer zunehmenden Weltkriegsgefahr, Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und Naturzerstörung, andererseits die Entwicklungslinien der Abrüstung, der Arbeitszeitverkürzung, des Umbaus des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und der Verbesserung des Unterhalts der Bevölkerung und der Naturquellen. Und diese zweite Entwicklungslinie ist die der schrittweisen Zurückdrängung und schließlichen Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse im Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft. Diese Diagnose der materiell-praktischen Totalität des gegenwärtigen Kapitalismus entspringt keiner ideologischen Präsumtion. Vielmehr lassen sich die objektiven Möglichkei-

ten und relativen Ziele gesellschaftlicher Entwicklung wissenschaftlich erkunden und als alternative materiell-praktische Entwicklungsschritte und Entwicklungsziele darstellen, wie die systemare Analyse ökonomisch-ökologischer Entwicklungspotentiale und Gestaltungsstrategien heutzutage zeigt. Der Entscheidungszwang, der also unserer gesellschaftlichen Lage innewohnt, ist der Ausgangspunkt der Beziehungen zwischen Politischer Wissenschaft und Wissenschaftlicher Politik im Werk Wolfgang Abendroths.

Politische Wissenschaft, auf der einen Seite, mußte in dieser Situation für ihn einmünden in eine Wissenschaft der »Planung des Übergangs entwickelter Industrienationen zu den Anfängen einer klassenlosen Gesellschaft unter voller Wahrung und Weiterentwicklung demokratischer Verfassungsgrundlagen«, in eine »Überleitungsplanung« als »Bedingung für die Erhaltung der Zivilisation und für die Vermeidung politischer Katastrophen.« (11) Wissenschaftliche Politik, auf der anderen Seite, war für ihn letztlich die wissenschaftliche Bewältigung des Problems der »Übergangslosungen«, also der Verbindung »des jeweils aktuellen Kampfes um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der dadurch gebotenen Übergangslosungen (und ihrer Systematisierung) mit der Erziehung der Massen zur Einsicht in das Erfordernis, ein anderes gesellschaftliches System als das der Konkurrenzwirtschaft ... (und der Profitmaximierung) in Angriff zu nehmen.« (12) Die Dialektik von Politischer Wissenschaft und Wissenschaftlicher Politik, die in der realen Interaktion von »Übergangsplanung« und »Übergangslosungen« in einer gesellschaftlichen Transformationskrise gründet, springt ins Auge, wenngleich noch zu untersuchen wäre, was letztlich die treibende Kraft im Fortgang dieser Dialektik und in der Bestimmung konkreter Übergangsschritte und -ziele wäre.

Wie dem auch sei. In einer Zeit, in der es für jeden denkenden Menschen offen zutage liegt, daß es der Kapitalismus ist, was die Erde und den Menschen verwüstet, war es für Wolfgang Abendroth klar, daß es nur eine Art wahrhaftiger Gesellschaftswissenschaft und Philosophie geben kann: eine ausweislich ihrer Inhalte gegen diesen Kapitalismus gerichtete Wissenschaft und eine ebensolche Philosophie, die die Entwicklungswege aus dieser Produktionsweise theoretisch und praktisch erkunden und wirkliche Schritte zur Einleitung eines Übergangs zu einer sozialistischen Produktionsweise vorzeichnen; oder zumindest zu verhindern versuchen, daß es rückwärts geht. Dazu brauchte er keine dicken Wälzer zu schreiben; Schriften zur wissenschaftlichen Aufklärung und für den politischen Streit reichten vollauf. Dazu brauchte er sich nicht an die Großen dieser kapitalistischen Welt zu wenden; der Vortrag bei den Mitkämpfern in der Arbeiterbewegung und bei den Studenten war Arbeit genug. Es ging eigentlich immer nur um eine Sache: darum, die »Konkretisierung« des Denkens in der Arbeiterbewegung im Sinne der »Ermittlung des nächsten Schrittes ihrer politischen Praxis, zur Ergreifung des nächsten Kettengliedes der Entwicklung voranzutreiben.« (13) Das schloß die Rückbesinnung auf den Entwicklungsstand und die Entwicklungsrichtung der kapitalistischen Gesellschaft im gegebenen Augenblick ein.

Ernst Breit, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat auf der Abschlußkundgebung der diesjährigen Aktionswoche des DGB am

19. Oktober in Kassel erklärt: »Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bundesrepublik ist an einem kritischen Punkt angelangt ... Wir wollen eine Politik für Arbeitnehmer.« Wolfgang Abendroth hatte die mittelfristigen Forderungen einer Politik für Arbeitnehmer in unserer Lage in seinem Beitrag zur aktuellen Programmdiskussion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bereits umrissen: Es geht um »Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich« und um »planende Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur«; »um Abrüstung und um Friedenssicherung durch Verständigungspolitik mit den sozialistischen Staaten und Unterstützung aller Emanzipationskämpfe gegen koloniale oder neokoloniale Unterdrückung«; es geht um »systematische Durchsetzung ökologischer Programme, die gleichzeitig der Vollbeschäftigung dienen«; und schließlich um »kulturelle und bildungspolitische Lösungen und demokratisierende Forderungen rechtlicher Art.« (14) Auszuarbeiten und darzustellen, was diese Forderungslinien in ihrem sachlichen Zusammenhang und in raumzeitlicher Bestimmtheit bedeuten, wird Aufgabe von Kräften in der Arbeiterbewegung und in den neueren sozialen Bewegungen sein, die durch Politische Wissenschaft und Wissenschaftliche Politik zu unterstützen sind. Mir bleibt, in einem letzten Zitat von Wolfgang Abendroth auf die Folgerungen hinzuweisen, die sich daraus ergeben können und ergeben müssen: »In der Debatte darüber werden sich dann immer wieder Denkanstöße in Richtung auf Wiederentwicklung von Klassenbewußtsein und auf das Erfordernis des Fernziels einer sozialistischen Gesellschaft entwickeln.« Kein Zweifel, daß dies genau das ist, was wir heute brauchen.

- 1 Vgl. bzw. zitiert nach B. Blanke (u.a.), Kritik der Politischen Wissenschaft I, Frankfurt-M 1975, S. 68 ff., bes. S. 75.
- 2 O. Negt, Sozialist in dürftiger Zeit: Was die Linke von Wolfgang Abendroth lernen könnte!, in: Sozialismus, Marxistische Zeitschrift, Sonderheft November 1985, S. 30 ff.
- 3 H. Jung, Arbeiterbewegung und Marxismus — Die Achse eines kämpferischen Lebens, ebenda, S. 26 ff., bes. S. 27.
- 4 A. Klönne, Ein Leben in der westdeutschen Linken, ebenda, S. 17 ff.
- 5 Negt, a. a. O., S. 31.
- 6 J. Bischoff, Klassenstruktur und politische Entwicklungstendenzen, ebenda, S. 36 ff., hier S. 41.
- 7 J. Seifert, Soziale Kampffront oder Freund-Feind-Linie?, ebenda, S. 49 f.
- 8 W. Abendroth, Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied 1967, S. 364 ff., hier S. 364.
- 9 H. Hörz, Philosophische Entwicklungstheorie und die Existenz relativer Ziele im objektiven Entwicklungsgeschehen, in: Deutsche Zs. f. Philosophie 33, 1985, S. 726 ff., hier: S. 732.
- 10 G. Lobboda, R. Linnenbaum, F. Schmalzbauer, Global denken — lokal handeln, in: Sozialismus, Sonderheft November 1985, S. 9 ff., hier S. 10.
- 11 W. Abendroth, Alternativen der Planung, in: W. Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 463 ff., hier S. 493.
- 12 W. Abendroth, Von Programm zu Programm?, in: W. Abendroth (u.a.), SPD — Jenseits von Godesberg, Heilbronn 1985, S. 7 ff., hier S. 13.
- 13 W. Abendroth, Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 392.
- 14 W. Abendroth, Von Programm zu Programm?, a. a. O., S. 18 f.; hiernach auch das folgende Zitat.

Die Intellektuellen, welche gehorchen, indem sie ihr Denken aufgeben, und welche der herrschenden Klasse nicht fehlen, fehlen in einem anderen Sinne auch dem Proletariat nicht.

Bertold Brecht

Helmut Ridder

Der Jurist Wolfgang Abendroth

Ich weiß nicht, wie viele Freunde Wolfgang Abendroth bislang gehabt hat. Aber ich weiß, daß er sehr vieler Feund gewesen ist, wobei das Persönliche und das Politische sich nicht trennen lassen. Freund nenne ich auf der einen Seite den, von dem man mit felsenfester Sicherheit weiß, daß er jeder Bitte in Fragen, die der Bittende für essentiell hält, entweder nach besten Kräften mit helfender Tat entsprechen oder aber auch nach einer sich der Sache stellenden, von egoistischem Selbstbezug freien gewissenhaften Prüfung mit aus der Prüfung folgenden Gegenvorstellungen begegnen wird. Freund nenne ich auf der anderen Seite den, der das akzeptiert, der realisiert, daß er, wenn er, um den störenden zweiten Teil der Alternative nicht Wirklichkeit werden zu lassen, direkt oder auch nur konkludent die Solidaritätstaste drückt, sich der Ausbeutung, der verwerflichen Nötigung schuldig machen kann. Auf dieser Reziprozität beruht Freundschaft, die nicht notwendig mit viel Geräusch verbunden sein muß und die sich auch im gegenseitigen Streit erweisen kann. An der danach für eine Freundschaft mit Wolfgang Abendroth erforderlichen Symmetrie aber hapert es.

Nachdem ich das gesagt habe, kann ich Sie, verehrte Anwesende, endlich auch anreden, nämlich als eine Versammlung solcher, die seine Freunde schon immer gewesen sind, und solcher, die es objektiv vielleicht nicht oder noch nicht sind, es aber doch in jedem Fall sein oder werden möchten und deshalb unter dem Eindruck der uns in der Tat momentan so unfäßlichen Nachricht von seinem Tode nicht nur fragen, was seine dezidierten politischen Gegner ihm angetan, sondern auch, was sie selbst getan haben, nicht getan haben, anders hätten tun müssen, um jene Symmetrie der Freundschaft herzustellen und zu wahren. Es ist ihm auch geschuldet, das zu erforschen. Denn das wäre auch eine Fortführung seiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit, einer gesellschaftswissenschaftlichen, einer Arbeit über die Gesellschaft und für die Gesellschaft und an der Gesellschaft, einer Arbeit, von der er selbstverständlich immer gewußt und gelehrt hat, daß sie nicht im eingebildeten Elfenbeinturm geleistet wird, sondern in der Gesellschaft erfolgt, und von der er, für ihn zwar genauso, aber nicht für alle seiner politischen und methodischen Orientierung Verpflichteten in gleicher Weise verständlich, auch wußte, daß sie zum Scheitern verurteilt ist, wenn sie im Ghetto stattfindet, wer auch immer die Wände des Ghettos hochgemauert haben mag.

Ich spreche also keinen Nekrolog, womit ich nichts gegen Nekrologe sage, wenn sie nicht sozusagen aus der Hüfte geschossen werden. Doch bleibt es nur beim Nekrolog, bleibt es insbesondere beim Nekrolog, in dem die Trauer um den Toten, merklich oder nicht, in die Selbstbeweinung der

Trauernden übergeht, so wird daraus unversehens die Fortsetzung gerade jener asymmetrischen Ausbeutung. Ich spreche also von Zukunft, von der Zukunft der Freundschaft mit Wolfgang Abendroth, der nach seinem Tode ganz dem ausgeliefert ist, was die Lebenden tun, und der nicht als Name und Mythos Gegenstand eines intramuralen Devotionalienhandels werden darf. Mehr als je zuvor hat er deshalb jetzt ein Recht auf ein Lebensbild ohne Denkmalsockel und ohne teleologische Retuschen. Ein Mensch, der seine und anderer Ohnmacht überwunden hat, obwohl er total unfähig war des Zugriffs zur und des Umgangs mit der Macht, der also nicht einmal ein »Politiker« war und doch Politik in Bewegung gesetzt und influenziert hat — in einem solchen Maße, daß das Ende des entpolitisierten Einhertrotzens der Jungen »in diesem unserem Lande« ohne ihn gar nicht nach-gedacht werden kann.

Niemand kann er selber bleiben, ohne sich oder seine Lage unter bestimmten Umständen zu ändern. Wolfgang Abendroth hat sich mit den wichtigsten, folgenreichen, irreversiblen Änderungen in seiner vita sein Leben lang gequält. Den Schritt z. B., den er tat, um sich einer selbst für ihn, der sich am 8. Mai 1945 nicht als ein Befreiter, sondern als angeblich umerziehungsbedürftiger Kriegsgefangener wiedergefunden hatte, die Grenzen des Erträglichen überschreitenden Instrumentalisierung zu entziehen, hat er tausendmal im nachhinein vor sich selbst auf seine Vertretbarkeit hin überprüft. Ich meine seine Entscheidung zum Weggang aus der damaligen SBZ, vordergründig mit der Alternative von Selbstverrat und Verrat an seiner politischen Sache vor Augen, von da an um die Überwindung und perspektivische Durchdringung dieser Alternative ringend. Die ihm gegnerische Umwelt in diesem unseren kontinuiertsversessenen Lande, das den 8. Mai 1945 erfolgreich systemunschädlich gemacht hat, hat einen derartigen inneren Konflikt in der Person eines ihrer Zeitgenossen natürlich nicht einmal wahrnehmen können. Doch wenn ihm politisch Nahestehende und Verbundene diesen Konflikt unter der Glanzpolitik herostratischer Denkmalspflege zu verstecken suchen, läuft das, weil es die Nicht-Wahrnehmung zementiert, am Ende auf die Besiegelung einer Aussperrung hinaus. Solcher weiteren Verarmung dieses unseres, zwischen dem hier niemals akzeptierten demokratischen Prinzip der Revolution von 1789 und dem Roten Oktober, in seiner politischen Kultur verarmten Landes der schoffen Mitte muß vorgebeugt werden.

Damit komme ich zu dem besonders wichtigen Arbeitsgebiet von Wolfgang Abendroth, über das ich mit einer gewissen Sachkompetenz sprechen kann, dem juristischen, und dessentwegen ich auch als Beispiel vorhin den Weggang aus der SBZ gewählt habe. Ich komme damit zu den Erträgen dieser juristischen Arbeit, die eben auch nicht mit der Folge des Verharrens bei ihnen zur ewigen Anbetung auszustellen sind, sondern gerade dann, wenn, und dadurch, daß man sie in ihrer zeitgeschichtlichen Relativität begreift, fruchtbar bleiben. Wolfgang Abendroth hat mehrfach geschrieben, warum und wie er Jurist geworden ist. Es ist hier nicht zu wiederholen, daß und warum er mit dem Ergreifen des juristischen Studiums Mandatar der Arbeiterbewegung sein wollte. Doch aus diesen Berichten — es gibt einen noch aus den letzten Monaten vor seinem Tode — schließen zu wollen, es habe sich für ihn dabei um nichts anderes als den Erwerb von ggf. blind in den Dienst

der »guten Sache« stellenden »Herrschaftswissens« gehandelt, wäre abgrundtiefe Verkennung. Er hat sich dieses »Fach« angeeignet; und das »Fach« hat sich ihn angeeignet, wie das jedes »Fach« tut, wenn der wissenschaftliche Funke erst einmal bei dem Adepten gezündet hat. Sogar der schwierige handwerklich saubere Umgang mit den Paragraphen war seinem anti-anarchischen Geist ein Wert. Eine systematisch konsequente Leistung des Gesetzgebers, wie z. B. die der Reichsabgabenordnung, konnte ihn als solche faszinieren, auch wenn der Inhalt für ihn uninteressant, vielleicht sogar ärgerlich war. Und er vermochte, als er Hochschullehrer der Politischen Wissenschaft geworden war, sich gut vorzustellen, daß eine entsprechend harte Schule das sentimentale Schweben auf dem gerade erst als akademisches Fach neu installierten Gebiet zu domestizieren geeignet sei. Er war, als er in die (entstehende) Bundesrepublik kam, Hochschullehrer des Staats- und Völkerrechts in der SBZ gewesen, und dies nicht nur der aus dem Lebensweg resultierenden Vorgegebenheiten wegen, sondern auch, weil es der wissenschaftlichen Berufung entsprach. Ich gehe soweit: Der Inhaber des politikwissenschaftlichen Lehrstuhls in der BRD ist immer ein verhinderter Staatsrechtsprofessor geblieben — als solcher verhindert von der Mafia der politischen Unbußfertigkeit, die sich gegen keinen nennenswerten Widerstand in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und der frühen BRD mit perfektem Schulterschuß hatte organisieren können.

Das heißt nun durchaus nicht, daß der hypothetische Staatsrechts- und wahrscheinlich auch Völkerrechtsprofessor Abendroth, in der BRD lehrend, forschend, publizierend und politikberatend, gewerkschaftliche Schulungs- und Bildungsstätten und Einrichtungen der Lehrerfortbildung betreuend, sich mit wesentlich anderen Inhalten befaßt und Problemen auseinandergesetzt hätte als der tatsächliche Professor der Politikwissenschaft Abendroth. Er hat als letzterer nämlich ganz wesentlich das getan, was die Staatsrechtslehre eigentlich hätte tun müssen. Die heute selbst innerhalb der Umzäunungen des Betriebs der akademischen Juristenausbildung aufdämmende Erkenntnis, daß Rechtswissenschaft eben auch Sozialwissenschaft — mit freilich ganz besonderen Voraussetzungen und Anforderungen wegen der ihren Gegenstand bildenden sozialen Realität, vor allem der sozialen Realität der Norm — ist, konnte von ihm mühelos umgesetzt werden. Die soviel später erst mit dem Buchtitel der »Soziologie vor den Toren der Jurisprudenz« angeschnittene Problematik war für ihn erledigt, ohne für ihn bestanden zu haben und überhaupt als ein Problem empfunden zu werden. Das aber machte in den 50er Jahren seine besondere »Gefährlichkeit« für die Gralswüter der Juristenausbildung aus, für die es sich gehört, daß unter der Geltung von Justizausbildungsgesetzen so gearbeitet wird, daß die soziologischen, politischen, philosophischen, historischen usw. »Bezüge«, mit denen der Student der Rechte sich wortreichen Präambeln zufolge vertraut zu machen hat, tunlichst nicht hergestellt werden. Das heimliche Leitbild des unaufgeklärten, politische Scheuklappen tragenden Juristen, des Juristen, der an das überlieferte antidemokratische Traditionsgut gekettet ist und die apologetischen Entstellungen der geschichtlichen Realitäten und Fehlverarbeitungen vor allem des Geschehens von 1933 bis 1945 nicht zu durchschauen vermag, war in Gefahr.

Aber Abendroth ist dennoch in die Zitadelle der vom obskurantistischen Eifer bewachten juristischen Präparandenanstalten eingedrungen, wo Jurisprudenz als Wissenschaft gilt: Wenn es mit Recht heißt, daß durch seine 1951 in Marburg begonnene Lehrtätigkeit »so viele Studentengenerationen geprägt worden sind«, dann waren das nicht nur die dem Schuldienst, der Publizistik usw. zustrebenden jungen Politologen, sondern unter vielen anderen nicht zuletzt auch die Jurastudenten — Hunderte und Aberhunderte, die das ihnen Vermittelte an Tausende und Abertausende weitervermittelt haben, in Marburg und anderswo. Es gäbe ohne den als Marxist rebus sic stantibus radikalreformerisch wirkenden Politikprofessor aus Marburg überhaupt nur ganz wenig von dem vielen, was es, aus resignativer Passivität heraustretend, tatsächlich an auch institutionellen demokratischen Reformansätzen in diesem unserem Land gegeben hat (aus deren Weiterführung freilich wiederum zu lernen ist), beispielsweise in Sachen Hochschulreform, deren erste Anstöße aus dem SDS kamen, wegen dessen Förderung Abendroth schließlich aus der SPD ausgeschlossen wurde. Mit alldem wird man sich auseinandersetzen müssen — und das will frei von Abgrenzungsneurosen vorbereitet sein —, wenn die mit dem Präfix »Post-« versehenen Versuche des Abseilens aus der Geschichte in kosmische Räume der Unverantwortlichkeit zu Ende sind. Die werden zu Ende gehen, weil die Luft im Kosmos so dünn ist, daß in ihr die Atemwerkzeuge des geschichtlich imprägnierten Organismus der Träger der europäischen Zivilisation versagen — wobei wir noch nicht wissen, ob dann eingeschlaferte historische Subjekte wieder zum Leben erwachen oder andere entstehen werden.

Doch zurück zu den Jurastudenten: Natürlich wollten auch sie zunächst einmal heran an die Quelle der Wahrheit über sich selbst, ihren Generationenzusammenhang und ihren Ort und das sich selbst belügende Kollektiv, das sich in der Rhetorik der politischen Klasse selbstgerecht und larmoyant als »Wir Deutsche« zu artikulieren pflegt und im Rausch der »Freiheitlichkeit« das Phänomen Gesellschaft zur Strecke bringt. Der Vermittler der Wahrheit stand vor ihnen, Akteur, Kronzeuge und Opfer in einer Person. Und er war Jurist, ein Jurist, der sich etwa damit auseinandergesetzt hatte, wie noch in der Frühe der Oktoberrevolution ein Paschukanis sich damit auseinandergesetzt hatte, was das nun sei mit dem Eigenwert von Recht und Rechtsform, nachdem Recht und Moral (auch politische und Revolutionsmoral) auseinandergetreten sind und der zivilisatorische Fortschritt dieses Auseinandertretens der Menschheit erhalten bleiben muß, wenn die Inquisition draußen bleiben soll. Es ist wichtig, was diese Studenten deshalb nicht von Wolfgang Abendroth hörten: Sie hörten nicht, daß ein Volk, das von den Regierenden betrogen wird, gerechtfertigt wäre, wenn es die Regierenden betröge (ganz abgesehen davon, ob sowas möglich ist). Zu Abendroths juristischer Lehre von den unüberschreitbaren Grenzen des Taktischen, die jedoch, was hier nicht weiter auszuführen ist, in einem eigentümlichen Widerspruch steht zu seiner Gutheißung auch eines rechtlich positivierten Widerstandsrechts als ultima ratio, short of revolution. Das hat natürlich mit Hermann Heller und Gustav Radbruch zu tun, und mit seiner eigenen scharfsichtigen Diagnose des permanent Unrevolutionären der Lage. Ich halte Abendroths These zum positivierten Widerstandsrecht für falsch und sage das hier, um eine Aufgabe zu bezeichnen, der seine Freunde

sich anzunehmen haben, und zwar kritisch, um sein Werk nicht von der unter veränderten Umständen gegenwärtig aktualisierten Diskussion um das Widerstandsrecht abzukoppeln.

Die Schriften Wolfgang Abendroths mit besonders dichtem juristisch-staatsrechtlichem Gehalt behandeln in deutlich hervortretender Weise systematisch Grundfragen des politischen Systems der BRD. Das gilt also etwa für das in mehreren Auflagen erschienene Buch »Das Grundgesetz«, das unschätzbare Dienste der Abhilfe von den Defiziten geleistet hat, an denen die bei der akademischen Juristenausbildung überwiegend benutzte Fachliteratur leidet. Hier (und natürlich auch anderswo) tritt in aller Deutlichkeit sein Verfassungskonzept hervor, das Konzept von der Verfassung des »bürgerlichen Rechtsstaats« als Kompromiß in einer Lage, da sich die miteinander ringenden Klassenkräfte zu einem Verständigungsfrieden gezwungen oder mindestens nachdrücklich veranlaßt sehen (»Verständigungsfrieden« ist vielleicht zuviel, aber »Waffenstillstand« wäre gewiß zu wenig; so lasse ich also das Wort »Verständigungsfrieden« hier stehen). Diese Situation nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und auf ihrer Grundlage das prekäre Geschäft der Verfassungsinterpretation vorzunehmen, das der erste und entscheidende Schritt vom normierten Recht in die operative, die reale Praxis ausmachende Sphäre des Rechts ist, das ist das zentrale Anliegen.

Ich muß mit Dankbarkeit bekennen, wie sehr ich in meiner Hochschultätigkeit als Staatsrechtslehrer mich von diesem Konzept her immer sowohl im eigenen Ansatz bestätigt als auch bereichert und gefördert empfunden habe. Dieses Konzept ist eine Schutzmauer gegen das Rückrollen eben des Verfassungskompromisses, eine Schutzmauer gegen das nachträgliche Überlisten der im jeweiligen späteren Status quo schwächer gewordenen Kräfte durch die in diesem Status quo stärker befestigten (welches die stärkeren und welches die schwächeren Kräfte dann sind, weiß jeder, nur daß die Truppe der stärkeren darüber schweigt, verschämt oder unverschämt, je nachdem). Es ist ein Schutz gegen die Aufhebung des historischen Verfassungskompromisses nach Maßgabe späterer Kräftekonstellationen, ein Schutz dagegen, wie das Bundesverfassungsgericht in seinen ganz frühen Anfängen einmal gesagt hat, daß alle zentralen politischen Entscheidungen, die der Verfassungsgeber getroffen hat, zurückgespielt werden in die Hand des späteren Gesetzgebers; und wer etwas näher mit den zählebigen verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Instituten der deutschen Doktrin vertraut ist, wird hinzufügen, auch ein Schutz gegen das Rückspielen u. U. in die Hände der Träger anderer Staatsfunktionen, die der parlamentarischen Kontrollsphäre, wie schlecht es auch mit deren Effektivität schon von vornherein bestellt sein mag, ziemlich fern, dem Sog der (juristisch außerstaatlichen) »Staatsapparate« dafür um so näher liegen. Dieses Konzept, das die Verfassung auch als eine Ansammlung von Widersprüchen stehen läßt (konkret als ein Ensemble von »roten«, »schwarzen«, »blauen« usw. Einzelteilen), fußt auf der konkreten Anschauung des Entstehungsprozesses der Reichsverfassung von Weimar.

Abendroth hat es auf das Grundgesetz übertragen, ohne sich Täuschungen über die Andersartigkeit der Situation bei der Entstehung von »Bonn« hinzugeben. Wolfgang Abendroth war sich also im klaren über die, viel re-

stringierender noch als der Rahmen des Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommens vom November 1918, die sozialen und politischen Demokratisierungschancen einengenden, schon vorgrundgesetzlichen Entscheidungen aus dem joint venture von westlichen Besatzungsmächten und der westdeutschen Überlebensträger des politisch-ökonomischen Systems, die nunmehr ihrem »Augenmaß« durch die restaurative Entfaschisierung, eine bloße »Entbräunung« wahrlich, von Staat und Staatsapparaten zur Wirksamkeit verhelfen konnten; und er hat vor dem moralischen und physischen Ist-Zustand der sich gewerkschaftlich reorganisierenden Arbeiterbewegung die Augen nicht verschlossen. Dem sollte das Verfassungskonzept des Juristen Abendroth, das von vornherein ein Damm gegen das Zurückspielen von Entscheidungen der Verfassung selbst an die Mächte des Tages, gegen die Veränderung der von der Warte des Juristen mit den Widersprüchen zwischen ihren einzelnen Bestandteilen bejahten Verfassung war, begegnen. Er hat dieses Grundkonzept von der Verfassung als Kompromiß, ein Unternehmen vorbeugender Verteidigung, als rechtswissenschaftliche These präsentiert und sie gegen andere, von ihm für falsch gehaltene Positionen, denen er indes die Wissenschaftlichkeit nicht absprach, verteidigt. Daß er dabei auch reformerische Terraingewinne für möglich hielt, versteht sich von selbst; erst das Ende der 50er Jahre (Godesberg!) markiert die Wende im Wollen der großen parlamentarischen Oppositionspartei, die aber danach auf der Landesebene noch lange nicht auf »Große Koalition« orientiert war. Signifikant für Abendroths Zusammenfassung von Hoffnung und Verteidigung die von ihm bevorzugte Darbietungsform im streitigen Zweier-Podium, wie ich sie etwa in den Kursen der Lehrerfortbildung erlebt habe, deren Wichtigkeit er zutreffend eingeschätzt hat und die ihm deswegen besonders am Herzen lagen.

Wenn die Verfassungspraxis von Staat und Jurisprudenz inzwischen durch *Umwandlung der Widersprüche in aufzulösende »Spannungen«* die »Einheit der Verfassung« herstellt, die auf diese Weise eine andere wird, die Verfassung z. B. einer angeblich »abwehrbereiten Demokratie«, die sich mit dem machtständischen Status quo identifiziert, wenn sie so die »Verfassungswirklichkeit« zur Rechtsquelle macht und die Verfassung sich so der besitzständisch machtbegabten Verfassungswirklichkeit anverwandeln läßt, hat sie diese Verteidigungsbastion überflutet. Sie hat es geschafft, und diese Realität muß wahrgenommen und in ihrer Qualität und in ihrer Funktion, der rechtspluralisierend-verrechtlichenden tendenziellen Auflösung von Gesetzlichkeit und Recht überhaupt, richtig eingeschätzt werden. War Abendroths Einschätzung der realen Kräfteverteilung falsch? Das kann nach dem, was ich vorhin berichtet habe, nicht der Fall sein. Aber vielleicht ist diese Einschätzung in seinem Verteidigungskonzept nicht voll zum Tragen gekommen, dessen uns hinterlassene Version vom Verfassungskompromiß also der Aufarbeitung und Fortentwicklung bedarf. Nicht kann es darum gehen, methodisch vor den Ingenieuren der Integrationsjurisprudenz zu kapitulieren, deren Kunstfertigkeit demokratischen Zielen nicht dienlich sein kann.

Die erste Aufgabe einer »Abendroth-Schule« — ich bitte um Vergebung dafür, daß mir kein anderer Ausdruck einfällt —, die erste noch nicht erfüllte Aufgabe einer Abendroth-Schule, die sich um die Instandsetzung

und die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des demokratischen Bollwerks und die Schaffung neuer Bollwerke unter den neu eingetretenen und sich ständig weiter verändernden Bedingungen der Überflutung bemühte, wäre also immer noch die Rezeption des Juristen Abendroth. Und die wäre die Voraussetzung für das Erkennen dessen, was man möglicherweise selbst zu der Flutkatastrophe beigetragen hat, wohingegen es auf eine Namhaftmachung der vielen politisch gegnerischen Ismen nicht ankommt. Es wäre Voraussetzung für die Selbstbefreiung von der Flut, die zentrale Begrifflichkeiten der Verfassung umdreht und der etablierten Macht zur Verfügung stellt. Es wäre Voraussetzung für die Befreiung aus dem wissenschaftlichen und politischen Sumpf einer Alternativ-Jurisprudenz, die einer der Reflexe der vulgär-marxistischen Vorstellung von der unüberbrückbaren Kluft zwischen untereinander sprachlosen, kommunikationsunfähigen Welten, der sog. bürgerlichen und der sog. marxistischen Wissenschaft, ist. Es geht um die Überwindung von Ohnmacht ohne illusorisches Anstreben von »Gegenmacht« — wie in dem Exempel der Wirkungsgeschichte von Wolfgang Abendroth.

Ich habe nicht gesprochen von dem Völkerrechtler Abendroth, der zu den Frühentdeckern der »Dritten Welt« gehört (vgl. dazu die bei Campus erschienene Festschrift »New Directions in International Law«). Ich habe auch nicht gesprochen von der großen Kontroverse um die »Rechtsstaatlichkeit« und die »Sozialstaatlichkeit« der BRD, bei der es Abendroth nicht darum ging, die Gesetzlichkeit durch den »Sozialstaat« zu entthronen, sondern sie gegen ein listenreich die Tabus des ökonomischen Systems unter den Schutzmantel des materialisierten »Rechtsstaats« nehmendes Verfassungskonzept zu verteidigen. Es läßt sich hier nicht darstellen, warum und wie die Auseinandersetzungen von diesem Kernproblem abgelenkt worden sind, das geblieben ist und dessen eine demokratische Verfassungsrechtslehre sich erneut anzunehmen (und dabei ihren eigenen toten Punkt zu überwinden) hätte ...

Ich wünsche Wolfgang Abendroth, daß er nach seinem Tode nicht zu einem zweiten Tod im Museum verurteilt wird, den einen zur Verehrung, den andern zur Abschreckung. Ich wünsche, daß er unter uns bleibt, und daß durch die Arbeit seiner Freunde auch seine Gegner immer wieder mit ihm zu tun bekommen.

Was ein einziger Mann wieder einführen kann, ist wohl eigentlich nicht abgeschafft.
Johann Gottfried Seume

Harakiri

*Jeder kann der Erste von den Letzten werden:
Jede bewußte Sekunde tilgt das hoffnungslose Gewesene und wird zur ersten einer anderen Geschichte.*
Peter Sloterdijk

Wörtliche Betäubung:

Einige der Autos verminderten ihre Geschwindigkeit, als der WDR-Lautsprecher die Antwort des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies auf die Frage übertrug.
UZ, 15.11.85

Klassisch:

...für die Friedensbewegung durchaus nicht einfach zu bewältigen ist: die Verbreitung des Friedensgedankens weit über das klassische Spektrum der Aktiven hinaus...Dabei denkt Herbert Mies über die Idee einer »Mehrheit links von der CDU/CSU« laut nach und zeigt sich diskussionsbereit.
DVZ/die tat, 1.11.85

Naturgesetze unter sich:

Das Leben hat die vom Parteivorstand der DKP unmittelbar nach dem Regierungswechsel in Bonn getroffene Einschätzung bestätigt, daß auch die Bäume der Kohl/Genscher-Regierung nicht in den Himmel wachsen.
Willi Gerns, Marxistische Blätter 6/85

Kultur und Gesellschaft:

Seit Homer durchziehen tiefe Widersprüche die Kunst — auch die einzelnen Werke. Diese sind oft bis zum Zerreißen in solche Widersprüche gespannt. Die Kunst ist in diesem Sinn, und zwar in ihrer ganzen Geschichte, als Kampffeld von Widersprüchen zu begreifen. Sie schlagen sich in den internen ästhetischen Form-Inhalt-Strukturen nieder. Sie haben unlösbar ihre Spuren in der Formenwelt der Werke hinterlassen.

Thomas Metscher, K & G, 7-8/85

Wie der Zundelfrieder und sein Bruder dem roten Dieter abermal einen Streich spielen:

»Die Masse erweist sich dabei als Moment der Trägheit« (DEBATTE 1/84, S. 37, K. Pawek): Genau hier ist der Ansatz jener der DEBATTE entgegengesetzten Richtung, vertreten vom ARGUMENT. Die am Eurokommunismus orientierten Marxisten der Berliner Zeitschrift nämlich sehen Massen nicht als Moment der Trägheit, sondern geradezu als Gewähr für einen demokratischen und friedlichen Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsform.
Dieter Dehm, Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 8/85
(Zwischen zwei Fronten — Marxistische »Abweichungen« und die DKP)

Jesus, meine Zuversicht:

Ich bin fest davon überzeugt, daß die meisten, die die DKP verabscheuen, genau wie Roman Ritter eigentlich Peter Schütt meinen, einige wissen das nur noch nicht.
André Müller sen., Kultur & Gesellschaft, Okt. 85

Uwe Koch

Gehuckelt hat es

Der Mann war im Recht, und der Sitzplatz stand ihm zu. Er hatte es schwer genug, es war ihm anzusehen, wie er mit seinem Bordcase und dem tropfenden Regenschirm im Mittelgang stand und nicht weiterkam, weil drei junge Amerikaner ihre Rucksäcke in der Hutablage verstauen wollten. Wieder war der Intercity überbesetzt, er kennt es schon nicht mehr anders, das ist ein Jammer für die Leute, die viel reisen müssen und trotzdem gezwungen sind, die zweite Wagenklasse zu benutzen. Und er, leider, war dazu gezwungen, denn er reiste auf eigene Rechnung. Das alles an einem Sonntag-nachmittag. Er sitzt am liebsten im Großraumwagen. Die Abteile sind sowieso voll mit Soldaten und Schwiegermüttern, nicht wahr?

Der Mann sieht niemanden an. Er verfolgt die kleinen roten Zettel über den Sitzen, auf denen die Reservierungen vermerkt sind. Flüsternd zählt er ab: Sechszwanzig, achtundzwanzig... hier ist es! In die Richtung seines vorbestellten Platzes sagt er: Entschuldigen Sie, aber hier ist reserviert! In der Hand hält er die Platzkarte bereit, mit der er sein Recht beweisen kann, wenn es drauf ankommt. Fürs erste vermeidet er, sich selbst ins Gespräch zu bringen, sondern weist auf den amtlichen Aushang hin. Es ist ihm alles äußerst unangenehm. Um so mehr, als die von ihm angesprochene Frau seine Mutter sein könnte. Und er fordert sie auf, ihm seinen Platz zu überlassen. So etwas tut man nicht, das weiß der Reisende. Er starrt das rote Schild an. Hamburg Hbf. — Koblenz, steht da, und hier ist seine Bestätigung.

Die Sitzplatzbesetzerin steht auf. Sie hat etwas Verbotenes getan, und sie entschuldigt sich damit, das Schild nicht gesehen zu haben. Ihr Mann sitzt neben ihr. Sein Platz ist nicht reserviert, denn nur die Fensterplätze sind vorgemerkt. Auch er erhebt sich, überläßt seinen Sessel der Frau, er wird sich auf die Suche machen. Es ist ein Glück, wenn man zu zweit reist, er kann seinen Mantel dort lassen und das Gepäck erst recht. Weiter vorn im Waggon sind noch Sitze frei. Da geht er hin, aber bevor er irgendwo Platz nimmt, wird er hilfsbereit gewarnt. Hier ist ab Bremen alles reserviert. Danke für den Hinweis. Er sieht sich ratlos um. Über allen freien Sesseln leuchten rote Zettel. Der Waggon ist zu Ende. Vorn im Zug ist noch was frei, rät jemand. Danke für den Hinweis, sagt der alte Mann wieder, doch er geht nicht nach vorn, er tastet sich zwischen den Sitzen hindurch zu seiner Frau zurück. In ihrer Nähe nimmt er vorläufig Platz und erklärt der Allgemeinheit: In Bremen steh ich wieder auf.

Der vorgemerkte Geschäftsmann hat das Gespräch mit der Frau aufgenommen, die neben ihm, auf dem Platz zum Gang, sitzen bleiben durfte. Man kann eine Reservierung heute ganz leicht vornehmen lassen, erläutert er. Es dauert gar nicht lang, und Sie bekommen sofort die Bestätigung. Sie fahren doch sicher rosarot, da ist es im Preis enthalten. Wir fahren selten Zug, entschuldigt sich die Frau, und im Spätherbst, haben wir gedacht, ist es nicht so voll.

Haben Sie eine Ahnung, sagt er, und daß er in Aluminiumleitern reist. Leider auch am Sonntag, sagt er, gerade kommt er von der großen Leistungsschau »Du und Deine Welt«. Das ist so, wenn man selbstständig ist. Da ist manches Wochenende kein Wochenende. Und mancher Abend kein Feierabend. Er nickt, während er redet, er stimmt sich zu, und die Frau kann das Mitleid kaum verweigern, daß der rechtmäßige Besitzer ihres vormaligen Platzes verlangt. Jaja, sagt sie unbestimmt, und sieht zu ihrem Mann hinüber, der drei Reihen weiter vorn darauf wartet, ob in Bremen ein anderer Platz frei werden wird. Es ist Sonntag, und es regnet, wie immer am Sonntag in diesem Land.

Der Regen ist dunkel, hier drin ist es hell. Leichte Unruhe entsteht bei dem Haushaltswarenvertreter. Der junge Mann in der Reihe vor ihm zieht sein Jackett aus. Das ist ja nicht weiter schlimm. Aber daß er es hinter seinen Sitz hängt, wo es dem Vertreter die Aussicht nimmt, ist ungehörig. Er hätte beinahe etwas gesagt, aber er läßt es sein. Der da vorn, das ist so ein flotter Energischer mit gelber Lederkrawatte. Der kann bestimmt unangenehm werden. Der läßt ihn mit einem dummen Spruch kalt abblitzen. Der Grünschnabel.

Jetzt verstellt er sogar die Rücklehne seines Sessels. Als ob es nicht eng genug wäre. Aber offenbar ist das erlaubt. Oder? Besser auskennen müßte man sich. Dann könnte er jetzt vielleicht sagen: Das Zurückstellen der Rücklehnen ist nur gestattet, wenn die dahinter liegenden Plätze unbesetzt sind oder die dahinter sitzenden Fahrgäste keine Einwände erheben. Aber er ist sich nicht sicher, ob es diese Bestimmung wirklich gibt.

Der Vordermann bemerkt nichts von dieser Verärgerung. Er streckt sich ein wenig und läßt mit rascher Armbewegung die gestärkten Manschetten zurückschnellen, während sein Ellenbogen auf der schmalen Armlehne um Raum kämpft. Ein Blick auf die Uhr. Es tut gut, von Terminen geplagt zu sein, auch wenn man nur der Aussicht auf die Chance einer Möglichkeit hinterherfährt. Es tut gut, in Geschäften zu reisen, in diesen Zeiten, wo nicht mehr jeder einen reservierten Platz hat.

Vor dem nächsten Bahnhof verläßt niemand mehr den errungenen Sitz, auch wenn der Lautsprecher erneut versichert, daß das IC-Team die verehrten Reisenden im Zugrestaurant gern erwartet. Die Stationen bringen Ungewißheit. Noch sind alle Gewinner, mehr oder weniger, und niemand muß im Gang stehen. Aber wiederum steigen weniger aus als ein, das kann auf die Dauer nicht gutgehen. Neue Fahrgäste stürmen herein und verlangsamen sich erst, wenn sie keiner mehr überholen kann. Sie halten kleine Musterkoffer vor sich oder sportliche Freizeittaschen, und für die unsicheren Touristen mit ihren etikettenbeklebten Reisekoffern ist der Gang viel zu schmal. Und wieder haben viele Angst, eine Niete gezogen zu haben, und einige ziehen Platzkarten aus der Tasche. Wieder werden Leistungserschlei-

cher belehrt und Irrtumstäter verwiesen. Der Schaffner schlichtet dienstlich, seine Aufgabe ist nicht leicht. Er muß Staatsmacht verkörpern und trotzdem jedem das Gefühl geben, als Kunde immer noch König zu sein.

An diesem Sonntag gab es einen Zwischenfall auf der Fahrt des IC Senator von Altona nach Frankfurt am Main. Es ereignete sich der Tod eines Menschen, der allerdings nicht im Zug mitfuhr und den auch niemand kannte, so daß eine Beziehung zwischen den Reisenden und dem Verstorbenen eigentlich nicht bestand, zumal jene sein Ende auch nicht sofort bemerkten. Allerdings, im Nachhinein fragte sich der Aluminiumleiternrepräsentant, ob ihm nicht die Verlangsamung des Zugs bei der Einfahrt in den Dortmunder Hauptbahnhof unangenehm abrupt erschien. Wenn dies so war, und er war sich dessen fast sicher, so hatte er dem jedenfalls keinerlei Bedeutung beigemessen. Allerdings beorderte ein undeutlicher, metallisch klingender Bordlautsprecher den Zugführer zur Sprechsäule, und der Gerufene rannte wenig später durch den Mittelgang. Die Fahrgäste wären aber von diesen kleinen Ereignissen nicht behelligt worden, wenn der krächzende Lautsprecher verstummt wäre und nicht ein unwesentlicher Bedienungsfehler ihnen einen Satz übermittelt hätte, der für andere Stellen bestimmt war. Es habe sich, erklärte eine ruhige Stimme ganz undienstlich und formlos, einer vorgeworfen, und nun habe man ihn überfahren.

So wurde bekannt, daß etwas nicht in Ordnung war. Tatsächlich ließen sich die Türen noch nicht öffnen, und die Reisenden für Dortmund warteten auf der Plattform. Der Zug war nicht einmal vollständig in den Bahnhof eingefahren, die hinteren Wagen mußten sich noch auf freier Strecke befinden. Wieder einmal hatten die Fahrgäste ohne Platzkarten das Nachsehen, denn sie hatten keine Fensterplätze und mußten sich weit herüberbeugen bei dem Versuch, etwas zu erspähen, und sahen dann immer noch nichts. Die Fenster ließen sich nicht öffnen, das ist der Nachteil der Klimaanlage.

Man blieb ruhig, und entschuldigte sich, wenn es im engen Gang, wo jetzt viele standen, zu Körperkontakt kam. Daß es gehuckelt habe, wollte eine Frau bemerkt haben, und die Aufregung, die das Ereignis so gänzlich vermissen ließ, stellte sich bei ihr nachträglich ein, jetzt, wo sie sich immer sicherer wurde, daß es gehuckelt habe. Etwas Besonderes war geschehen, doch es geschah in seiner gewöhnlichen Art, kaum daß man sich sicher war, die Stimme des Lokführers tatsächlich gehört zu haben. Das metallische Rauschen der irrtümlich betriebenen Lautsprecheranlage war verstummt, und die gewohnte Stimme des IC-Teams bat um Verständnis, daß der Zug wegen einer Betriebsstörung nicht vollständig in den Bahnhof einfahren könne, und bald darauf, daß die Weiterfahrt sich wegen einer Betriebsstörung verzögere, und wieder bald darauf, daß die Reisenden bis Köln den in Kürze auf dem gegenüberliegenden Gleis eintreffenden Intercity Nymphenburg benutzen könnten. Der Bahnhof war ruhig, aus der Ferne war ein Martinshorn zu hören. Das hilft jetzt auch nichts mehr, sagte der Händler, war es ein Mann oder eine Frau? wollte eine Frau wissen. Drüben gingen Bahnpolizisten vorbei.

Zu allem Unglück ließ der angekündigte Zug auf sich warten. Niemand wollte hinter sich sehen, unter den Zug, aus dem alle ausgestiegen waren. Es

bildete sich kein Halbkreis um die Sanitäter, die jetzt unter einen Waggon stiegen. Keiner brach schluchzend zusammen, niemand verbarg sein Gesicht. Es ist das richtige Wetter für sowas, fiel irgendwem ein, auch kein schöner Beruf, sagte ein anderer und meinte die Männer im weißen Kittel. Dann brachten sich die Reisenden in günstige Positionen, um den einfahrenden Zug zu besteigen. Darin gab es noch freie Plätze, aber nicht für jeden bestand eine Chance. Deswegen bringen wir uns doch nicht um! Na, hören Sie auf, mit sowas scherzt man nicht.

Wieder entstand Gedränge, denn jeder wollte schnell hinein, wo der Platz begrenzt war, und schnell herunter von diesem unglücklichen Bahnsteig. Langsam, langsam, mahnte einer erschöpft. Wir wollen doch alle ankommen.

Drinne hält man sich nicht an die Regeln. Die Platzkartenbesitzer des Senators setzen sich auf die rot markierten Plätze im Nymphenburg und verweigern die Räumung mit dem Hinweis, sie hätten dort drüben Reservierungen gehabt. Jetzt sei der Zug stehengeblieben und man habe sie zum Umsteigen aufgefordert, das sei ein Notstand, höhere Gewalt, jetzt dürften sie sitzen bleiben.

Die neu zugestiegenen Reisenden sind ratlos. Kein Zugbegleiter schlichtet. Kein Computerbeleg rettet die Ansprüche. Höhere Gewalt. Da ist jede Haftung ausgeschlossen.

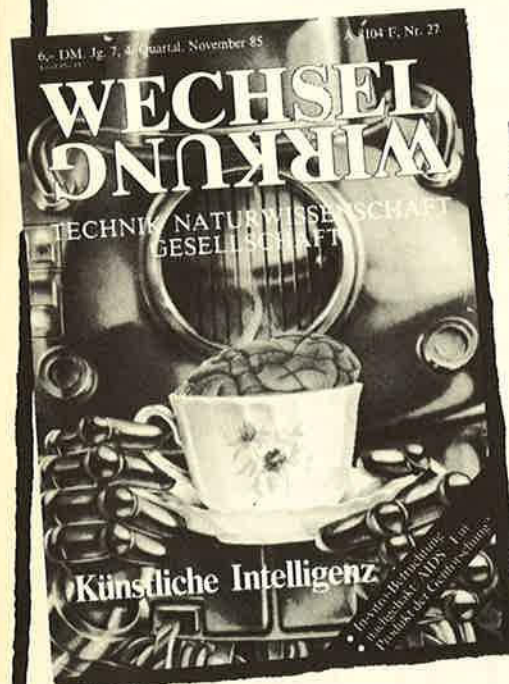
Der Zug ist längst wieder in Fahrt. Sie bringen die Koffer unter, sie hängen die Mäntel so, daß die Aussicht nicht versperrt wird, und rechnen noch einmal nach, wann sie zu Hause sind. Sie werden etwas zu erzählen haben daheim, aber wie merkwürdig, etwas nur vom Hörensagen zu kennen, während man doch dabeigewesen ist.

Durchsichtigkeit ist eine löbliche Eigenschaft von Fensterglas.

Maxim Gorki

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Nr. 27, November 1985

Schwerpunkt: Künstliche Intelligenz □ KI und ihre Kritiker □ KIFörderung in der BRD □ Der unmenschliche Krieg □ Ein Expertensystem für Automatikgetriebe □ Ein künstlicher Dialog □

Weitere Themen: Zur Debatte um künstliche Befruchtung □ AIDS – eine „Altlast“ der Forschung? □ Ingenieure in der IG Metall □ Das IG Metall-Aktionsprogramm „Arbeit und Technik“ □ Neue Wege in der Technologiepolitik? Risiko – kokapital – Technologieparks □ Waldsterben in der CSSR □ Technologiefolgenabschätzung auf Bonner Parkett □

Bitte kostenloses Probeheft anfordern!

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaften und soziale Konflikte. **WECHSELWIRKUNG** analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf. **WECHSELWIRKUNG** ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

Bestellungen an: **WECHSELWIRKUNG**, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten), DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten)

Wir sind

uns einig mit allen, die,
gleich uns, nach den am
meisten fortschrittlichen
und vernünftigen Methoden
suchen, um die anstehen-
den Probleme zu bewälti-
gen.

Was Probleme der Ausschrei-
bungspraktiken am Bau anbe-
langt, lösen wir diese mit-
tels Einsatzes von Compu-
tern. Das ist fortschritt-
lich und vernünftig, und
darum gibt es auf diesem
Sektor derzeit nichts Bes-
seres als

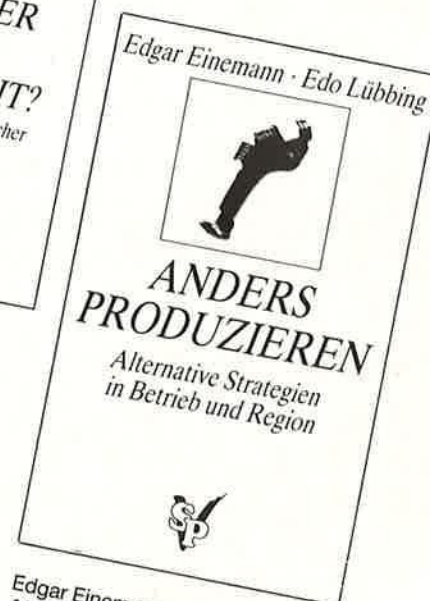


BauData

Königsberger Str. 54
Postfach 1401
3012 Langenhagen
Telefon (0511) 73 10 84 - 85
Telex 922533 bauda d



Hans-Joachim Schabedoth
**BITTSTELLER ODER
GEGENMACHT?**
Perspektiven gewerkschaftlicher
Politik nach der Wende
Ein Buch über die Zukunft der
Gewerkschaften unter den
Bedingungen der 'Wende' und
des neuerlichen industriellen
und gesellschaftlichen Umbruchs.
Mit einem Vorwort von
Franz Steinkühler.
252 Seiten, DM 19,-
ISBN 3-924800-32-4



Edgar Einemann · Edo Lübbing
ANDERS PRODUZIEREN
Alternative Strategien in
Betrieb und Region
Ein Buch für konkrete und
dezentrale wirtschafts- und
arbeitsplatzpolitische
Alternativen.
230 Seiten, DM 19,-
ISBN 3-924800-33-2



SP-Verlag, Deutschhausstr. 31, 3550 Marburg

F 7020 E
017007772/01235/00003

HERRN
WOLFGANG ALBERS
PFALZBURGER STR. 72 A

1000 BERLIN 15

geplant für

1/86
Januar

Bradley S. Klein / Frank Unger
American Football

Hans Platschek
Erkennen und Wiedererkennen

Peter Furth
Troja hört nicht auf zu brennen
Über die Bewirtschaftung der Toten

Wilhelm Paul
Lernprozesse mit ungewissem Ausgang
Schwierigkeiten einer besseren Union

Uwe Timm
Der Lauschangriff

außerdem Texte von Michael Ben, Matthias Beltz, Christoph Hein,
Agnes Hüfner, Peter Maiwald, Thomas Neumann, Michael Springer, ...

(Auslieferung: 18. Jan.)

DÜSSELDORFER DEBATTE

Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

1985
monatlich

•
Jetzt haben wir einander gesehen,
sagte das Einhorn. Wenn du an mich glaubst,
glaube ich auch an dich. Ist das nicht ein gutes Angebot?
(Lewis Carroll)

•
Redaktion:
Michael Ben, Peter Maiwald, Thomas Neumann
Karl Anton Straße 16, 4000 Düsseldorf 1, 02 11/3 61 33 60

konkret

Spitzenleistungen für die kleine plebejische Elite.

Es ist die materialistische Tradition des lustvollen Querdenkens und des hartnäckigen Zweifels, an die die DEBATTE anzuknüpfen versucht.

Linke Zeitung

Vor allem geht es den DEBATTE-Herausgebern um eine realistische Bewertung „der Stärke des Gegners“, die sie innerhalb der bundesdeutschen Linken für unterschätzt halten.

Hamburger Rundschau

Literarisch wurde sie in den bisherigen Heften vor allem von Peter Rühmkorf, Helmut Heißenbüttel und Franz Xaver Kroetz unterstützt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

So geht doch aus der Gesamtheit der Beiträge – sei es aus Zitaten oder direkten Hinweisen auf Aktuelles, sei es aus direkter oder zwischen den Zeilen stehender Ironie – deutlich hervor, daß die Zeitschrift Ulbricht und Honecker immer noch viel näher steht als Glucksmann und Hannah Arendt.

Norddeutscher Rundfunk

Im Vertrauen auf historische Unkenntnis wird in die Welt gesetzt, solche Versuche von Fraktionsbildungen seien von Lenin auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) gebilligt worden.

Unsere Zeit

Hier erleben die siebziger Jahre, das ideologische Jahrzehnt par excellence, ein von jedem Zweifel ungetrübtes Revival.

Zitty

Es soll nicht zuletzt gegen linke Realitätsverluste angeschrieben werden.

Badische Zeitung

Mischung aus Gotteslästerung, Liebe zur Utopie und schwarzem Humor.

Deutschlandfunk

Seit September 1984 erscheint monatlich ein Heft, Umfang achtzig Seiten, Ausstattung schlicht, aber professionell.

DIE ZEIT

Absender:

Mit Angabe Ihres Berufes und
Geburtsdatums können Sie uns zur
besseren Kenntnis unserer Leser
verhelfen:

An

DÜSSELDORFER
DEBATTE
Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

Karl-Anton-Straße 16

4000 Düsseldorf 1

Bisher schrieben: Heinrich W. Ahlemeyer, Ingrid Bachér, Johannes M. Becker, Matthias Beltz, Frank Benseler, Bernhard Boß, Claus Bremer, Peter Brokmeier-Lohfing, Jutta Brückner, Till Bruttel, Rudolf Burger, Rob Burns, Franz Josef Degenhardt, Frank Deppe, Fred Eckhardt, Fridolin Enxing, Manfred Esser, Chup Friemert, Gerd Fuchs, Georg Fülberth, Peter Furth, Helmut Heißenbüttel, Gerd Herholz, Agnes Hüfner, Sigurd von Ingersleben, Martin Jürgens, Franz Xaver Kroetz, Wolfgang Krohn, Hans-Jürgen Krysmanski, Jacques Limburger, Arnhelm Neuss, Mustafa Önal, Michael Otte, Glen Pate, Karl Pawek, Hermann Peter Piwitt, Hans Platšek, Werner Post, Arne Raeihel, Helmut Ridder, Roman Ritter, Peter Rühmkorf, Johannes Schenk, Ronald M. Schernikau, Robert Wolfgang Schnell, Michael Schneider, Peter Schütze, Michael Springer, Armin Steil, Dieter Stöverkrüpp, Ralf Thenior, Uwe Timm, Karl Hermann Tjaden, Frank Unger, Rafael de la Vega, Maria Vonderbank, Manfred Vosz, Franziska Wiethold, WRL, Rainer Zech. . . .

„Die DEBATTE wird eine essayistische Zeitschrift sein, eine Zeitschrift, die vor den Antworten die Fragen stellt, die bei ihren Autoren nicht nur Aufsätze bestellt, sondern erkundet, was sie für wesentlich halten und woran sie arbeiten. – Unsere Bemühungen gelten weder einer Taktik noch einem kleinsten gemeinsamen Nenner. Wir stellen uns nicht die organisatorische Aufgabe, auf Aktionen zu orientieren.“

Mit diesen Sätzen kündigte sich im Sommer 84 die DEBATTE an. Im September 84 erschien das erste Heft. „Indes ist noch nicht aller Tage Abend“ (Karl Marx).

Das Konzept stellt Politik, Kunst, Wissenschaft gleichberechtigt und gleichzeitig nebeneinander. Auf Schwerpunkte und einordnende Editorials wird verzichtet.

Das Interesse gilt der Diskussion irritierend bekannter und neuer Tatbestände:

Wo brechen die Stabilitäten der BRD, dem bisher ruhigen Land? Was, wenn der Gesellschaftsvertrag, Sozialstaat, gekündigt wird? Wie reagieren die Gewerkschaften auf die Individualisierung der Arbeitsverhältnisse? Optimismus oder Pessimismus sind keine Standpunkte gegenüber dem Computer, sondern mit ihm sind Positionen gesetzt, nach denen die Verhältnisse sich zu richten haben. Wer richtet sie, von welcher Utopie geleitet? Der Sozialismus ist zu vielgestaltig, um über einen Leisten geschlagen zu werden, und am Anfang seiner Entwicklung. Wie und wohin? Die Kunst, darüber wurde in der DEBATTE viel geschrieben, ist keine

Dienstmagd. Mit Politik hat sie zu tun, wenn sie mit sich zu tun hat. Aber was hat sie mit sich zu tun? Alte und neue Fragen, alte und neue Autoren, alte und neue Aufklärung, Kritik.

Wir veröffentlichten hinterlassene Texte von: Andersch, Brecht, Dalton, Kipphardt, Nehru, Simonow u.a.

Ständige Rubriken: NOTIZBUCH von Peter Maiwald, die Zeitschriftenschau „Hinter dem Rücken der Avantgarde“, HARAKIRI – neueste Selbstmordversuche unter Freunden. Kommentare greifen Aktuelles auf.

Auch in den kommenden Jahren steht keine Revolution ins Haus, Umwege sind angesagt zur Erhöhung der Ortskenntnis.

DEBATTE-Leser helfen der DEBATTE

Die DEBATTE ist auf Freunde angewiesen. Zeitschriften wie diese haben keine hohen Auflagen. Abonnentenbeiträge und Anzeigeneinnahmen können die Kosten nicht decken. Die Vorbereitung der DEBATTE, die Werbung, Reisen und sonstige Unkosten konnten wir durch Spenden sichern.

Mit der Ausgabe 9/85 (September) hat der zweite Jahrgang begonnen. 10 Hefte sind vorher erschienen. Das ist viel, aber zum Debattieren zu wenig. Für den zweiten DEBATTE-Jahrgang benötigen wir eine Steigerung der Auflage und weitere Spenden. Ihre Hilfe.

Sie können:

- die DEBATTE abonnieren. Der Dauerbezug ist eine planbare Einnahme, die den Fortbestand der Zeitschrift erleichtert –
- die DEBATTE als Geschenkabonnement bestellen –
- die DEBATTE empfehlen, bei Freunden, Feinden und in Buchhandlungen –
- die DEBATTE verbreiten, mit den Heften und mit diesem Prospekt. Wir schicken Ihnen gern Material zu –
- die DEBATTE für Ihre Anzeigenwerbung nutzen –
- die DEBATTE finanziell direkt unterstützen, durch Ihre Spende.

Konto 31046-209 Postgiroamt Hamburg, BLZ: 200 100 20
Gbr P. Maiwald, M. v. Bentivegni

Ich abonniere die **Düsseldorfer DEBATTE** und ermächtige Sie widerruflich, die fälligen Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. (Diese Vereinbarung kann innerhalb von zwei Wochen zurückgezogen werden. Danach gilt eine Kündigungsfrist von drei Monaten vor Ablauf des jeweils mit dem Bestellmonat beginnenden Abonnement-Jahres.)

Name: _____ Vorname: _____
Straße/Nr.: _____ Telefon: _____
PLZ/Wohnort: _____ Bankleitzahl: _____
Konto: _____ Geldinstitut: _____
Datum: _____ Unterschrift: _____

Erscheinungsweise: monatlich, außer Juli/August, Einzelheftpreis 15,- DM, im Abo 12,- DM, jeweils plus Versandkosten.

Abbuchungen: ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐

Das Abonnement soll ein **Geschenk** sein. Empfänger: _____

Ich bestelle Einzelheft(e) gegen Rechnung (Monat): _____ (Jahrg.): _____

Alle fragen sich, wer uns finanziert – Wir uns auch!
Konto 31046-209 Postgiroamt Hamburg, BLZ: 200 100 20
Gbr P. Maiwald, M. v. Bentivegni